

### AUS DEM INHALT

#### BETRIEB UND GESELLSCHAFT

- Kleine geile Streiks** ..... 3  
Streiks scheinen in Deutschland zuzunehmen – eine neue deutsche Streikwelle?
- Industrie 4.0.** ..... 4  
Vernetzte Maschinen, vereinzelte Menschen
- Die Fleischindustrie – Herz der Ausbeutung** . . 5  
Die deutsche Fleischindustrie mit ihren unbelüfteten und überfüllten Mastbetrieben
- „Kuchen“** ..... 6  
Im Original: „Cake“ erschienen in Nappalos, Lines of Work: Stories of Jobs and Resistance (Kanada)
- Sechs Monate Kampf und noch kein Lohn** . . . 7  
Die Auseinandersetzung migrantischer Arbeiter der „Mall of Berlin“ für ihren Lohn geht weiter



#### ZEITLUPE

- Radikale Globetrotter** ..... 8  
Jenseits nationaler Grenzen: Anarchistische Netzwerke in der Karibik um 1900

#### GLOBALES

- Tragödie und Farce der sich wiederholenden Geschichte** ..... 9  
Warum Erdogan keine neue Türkei erschaffen hat
- System Mafia capitale und die Flüchtlinge** . . . 10  
Ein Bericht zur aktuellen Lage der Flüchtling in Verbindung mit der Mafia
- Der Liebesentzug des Bürgermeisters** ..... 11  
Zum Zustand der „partizipativen Demokratie“ in venezolanischen Betrieben

#### HINTERGRUND

- Wer sich nicht ins Feuer begibt** ..... 12  
Oder: Chancen und Risiken von Tarifverträgen

#### KULTUR

- Die Rückkehr der Allmende** ..... 14  
Gartenkultur als gemeinschaftlicher Prozess
- Maya Deren: An einem einsamen Ort** ..... 15  
Essay von Jude Rawlins



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

# Kapitalismus 4.0

Zwischen prekärer Arbeit und digitaler Revolution

Der Kapitalismus steht an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution. Nach Mechanisierung, Industrialisierung und Automatisierung folgt nun die Digitalisierung. Durch das Internet wachsen reale und virtuelle Welt immer weiter zu einem *Internet der Dinge* zusammen. Während sich das Kapital von der Industrialisierung 4.0 neue Wachstumsschübe und mehr Profite verspricht, bedeutet dies auf der anderen Seite eine weitere neoliberale Transformation der Arbeit.

## Smart Factory (Intelligente Fabrik)

Damit die Fabrik der Zukunft (*Smart Factory*) flexibler, effizienter und intelligenter wird, sollen Maschinen, Anlagen und Produkte miteinander reden. Die Kommunikation zwischen Mensch, Maschinen und Dingen wird zum zentralen Moment dieser vierten industriellen Revolution.

Wie dadurch die Produktion verändert wird, zeigt ein Trupp autonom organisierter Maschinen in der Smart Factory des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI) in Kaiserslautern. Auf einer prototypischen Produktionsstraße werden zu Forschungszwecken Schlüsselfinder gefertigt – kleine Anhänger, mit deren Hilfe sich verlorene Autoschlüssel wiederfinden lassen.

Für jeden Schlüsselfinder wird zunächst ein Computerprogramm geschrieben, das spezielle Kundenwünsche beinhaltet. Diese individuellen Wünsche werden auf Funkchips gespeichert. Über das Programm auf dem Chip nimmt der Schlüsselfinder mit den Werkzeugmaschinen und Robotern direkt Kontakt auf. So, als fragte er: „Wer hat Zeit für mich? Wo bekomme ich hier meine Gravur?“ Selbstständig einigen sie sich auf die notwendigen Bearbeitungsschritte. Diese Autonomie der Organisation des Produktionsablaufes ist das Versprechen von Industrie 4.0.

In der Automobilindustrie werden z.B. seit einiger Zeit die Karossen in der Montage mit Transpondern versehen. Diese beinhalten Informationen über die Karosserie und das, was während der Produktion passieren soll. Die Transponder kommunizieren mit den Maschinen und den Mitar-

beiterInnen am Band. Beide, Mensch und Maschine, lesen Informationen aus bzw. ein, so dass am Ende der Montage all das gemacht und belegt wurde, was auf dem Transponder an Modelldetails vorgegeben war.

Das Problem der Smart Factory ist, die allgegenwärtigen Informationsflüsse in den Griff zu bekommen. Denn mit



Urheber: Findus

## Crowdsourcing und Crowdwork

Outsourcing war gestern, heute ist Crowdsourcing. Unter Crowdsourcing wird die Auslagerung traditionell interner Teilaufgaben eines Unternehmens an eine Crowdwork-Gruppe verstanden, z.B. über das Internet. Crowdsourcing ist an den Begriff Outsourcing angelehnt, hier geht es um die Auslagerung von Unternehmensaufgaben an Drittunternehmen. Crowdsourcing stellt somit eine weitere Form der Arbeitsteilung dar.

Die Auslagerung findet z.B. über Online-Plattformen statt. Ein Beispiel ist die australische Plattform *Freelancer*. Darüber können Unternehmen Aufgaben im Bereich Softwareentwicklung, Design, Texterstellung, Buchhaltung und SEO-Marketing auslagern. Das funktioniert so: AuftraggeberInnen stellen Aufgaben auf die Plattform, die Crowdworker bieten um ihren Lohn, die Plattform Freelancer nimmt eine Provision von zehn Prozent. Das heißt, dass die Crowdworker miteinander um den Auftrag konkurrieren – und dies auch international. Die direkte Konkurrenz der Crowdworker wird sich sicherlich nicht positiv auf die Entlohnung auswirken. Crowdworker sind die „digitalen Prekären“, für die als „unternehmerisches Selbst“ auch erst neue Organisationsformen gefunden werden müssen.

Jürgen Mücken

# Deutsche Bio-Bockwurst vs. Ami-Chlorhuhn

TTIP-Protteste zwischen Berechtigung und Panikmache

Am 18. April fanden sich VertreterInnen eines breiten Bündnisses von GewerkschafterInnen in Frankfurt am Main zusammen, um gegen die mittlerweile durchgewundene Tarifeinheit zu demonstrieren. Zeitgleich mobilisierten GewerkschafterInnen der IG Metall mit anderen DGB-Konsorten und grünem Bürgertum zu der parallel stattfindenden Anti-TTIP-Kundgebung. Die selbsternannte Allianz zur Verteidigung „unserer Lebensmittelstandards“ rief ans Mainufer, um mit anderen Empörten gegen den Satan USA mit Verzehr chlorfreier, deutscher Bio-Bockwurst zu protestieren. Standards der USA würden ja „unsere Lebensgrundlagen und hochqualitativen Lebensmittel“ herabsetzen.

Zweifelloch hat TTIP, in vollem Umfang umgesetzt, schwerwiegende Konsequenzen und muss bekämpft werden. Irritierend ist allerdings, dass VertreterInnen eines korporatistischen Wirtschafts- und Gewerkschaftsgebahrens sich als GegnerInnen drohender Arbeitsmarktderegulierung stilisieren. Lieber DGB, TTIP muss gar nicht mehr so viel am Arbeitsmarkt deregulieren – dank eurer Beihilfe. Ihr moniert, dass nur

zwei von acht Kernabkommen der ILO durch TTIP ratifiziert werden. Parallel dazu ignoriert ihr, dass das Gesetz zur Tarifeinheit seitens der ILO als nicht haltbar eingestuft wird. Laut ILO kollidiert die Tarifeinheit mit dem Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und dem Schutz des Vereinigungsrechtes. Ihr partizipiert seit Jahren an der Ausbeutung von Lohnabhängigen, indem ihr mitsamt der SPD und den Grünen dem BDA in den Arsch kriecht. Liebe SPD und Grüne, habt ihr die Agenda 2010 schon vergessen? Eigentlich entspricht doch TTIP in Bezug auf Beschäftigungsverhältnisse genau euren Vorstellungen. Eine Kernkritik an TTIP beinhaltet, „dass keine Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere öffentlicher Dienstleistungen,“ erfolgen dürfe. Dennoch wird die GDL mit der Tarifeinheit unter der Anleitung einer Allianz bekämpft, bestehend aus CDU, SPD, DGB und BDA, wenn die Lokführer genau auf die Folgen der Bahnprivatisierung mit Streiks aufmerksam machen.

Liebe Empörte der Anti-TTIP-Bewegung: deutscher Standard ist auch nicht gerade ein Leuchtturm der Emanzipation,

weder in Bezug auf prekäre Formen der Arbeit noch in der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit oder bezüglich Biofraß. Die eigentlich berechnete und dringende Kritik an TTIP erscheint leider verkürzt. Das liegt unter anderem daran, dass widersprüchlich agierende Organisationen wie Teile der SPD, des DGB und vor allem der Grünen den Protest als Imagepolitik verwenden. Denn gerade diese Organisationen sind auch ohne TTIP schon jetzt aktiv an der Verschlechterung der Lebensbedingungen im Rahmen der Austeritätspolitik, Prekarisierung und Entdemokratisierung beteiligt.

Trotz aller benannten Irritationen rund um beide Veranstaltungen hat sich unsere Demonstration gegen die (mittlerweile umgesetzte) Tarifeinheit an diesem Tag zu den Anti-TTIP-Prottestler\*innen begeben, um auf das drohende Streikverbot aufmerksam zu machen. Leider war die Mehrheit der Anti-TTIPlerInnen bereits verschwunden. Vielleicht waren die deutschen Biowürstchen bereits alle. Wohl bekomm's...

Benjamin Most



## Mensch und Maschine

Der Stand der Technik hat schon immer das soziale Zusammenleben beeinflusst, vor allem seit der Kapitalismus mit seiner Fortschrittsideologie das dominierende System geworden ist. Das wussten schon in der Frühzeit des Kapitalismus die (vor allem englischen) Maschinenstürmer. Heute wird Technik nicht mehr angegriffen, sondern nur noch gefeiert – ihr sozialer Charakter wird dabei völlig vergessen. Grund genug für die *Direkte Aktion* sich dieser Euphorie mit einiger Skepsis anzunehmen. Beiträge zu unserem Schwerpunktthema findet ihr u.a. auf S.1, S.4 und S.5.

## Kauf dich glücklich!

Ein Arbeitskampf in einem kleinen Berliner Kino mit nicht einmal drei Dutzend Beschäftigten schlug 2009/2010 hohe Wellen. Der Konflikt war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der FAU Berlin und zeigte, dass auch in Kleinbetrieben mit prekären Verhältnissen offensive Kämpfe und gewerkschaftliche Alternativen nötig und möglich sind, aber auch, mit welcher Vehemenz genau dies verhindert werden sollte. Fünf Jahre später liegt nun eine Analyse dieses Konflikts von unserem Genossen Hansi Oostinga vor.



Hansi Oostinga  
*Babylon*  
Der Arbeitskampf im Berliner Kino Babylon  
ISBN 978-3-9817138-9-3  
36 Seiten  
2,50 Euro  
Die Broschüre kann beim Syndikat A bestellt werden:  
Syndikat-A  
Bismarckstr. 41a | 47443 Moers  
Mail: [syndikat@syndikat-a.de](mailto:syndikat@syndikat-a.de)  
Web: [www.syndikat-a.de](http://www.syndikat-a.de)

## FAU-Ticker

Die in der Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe Hannover (GGB) organisierten Tarifbeschäftigten im kommunalen Dienst Soziales und Erziehung beteiligten sich am vierwöchigen unbefristeten Streik und den vorhergehenden Warnstreikaktionen zur Aufwertung ihrer Berufe. +++ Die FAU Köln hat gerade ihre libertären Wochen beendet; sie unterstützte den KiTa-Streik sowie einen polnischen Krankenhaus-Streik. +++ Die FAU Halle unterstützt einen Genossen bei der Einforderung offener Urlaubsansprüche und der Nachzahlung nichtentlohnter Arbeitszeit gegenüber einem Bowling-Center. +++ Die FAU Stuttgart unterstützt einen spanischen Genossen bei einer Räumungsklage und hat die Regionalkommission Süd übernommen. Geplant ist auch die Teilnahme am diesjährigen Umsonst & Draußen-Festival am 8. August auf den Uniwiesen in S-Vaihingen. +++ Die FAU Mannheim präsentierte im Mai ihre erste Lokalzeitung „Die schwatte Katz“, als .pdf auf ihrer Homepage zu finden. +++ Die FAU Köln beteiligte sich an Soliaktionen für die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation.

**I**n jedem Jahr, wenn die Lemminge auf den Klippen noch zögern, sich ins Meer zu stürzen, ruft ihnen einer ihrer Gewerkschaftssekretäre zu: „Wir haben nichts gegen das Meer!“ Und dann beginnt wieder ein kollektiver Selbstmord...

Mit diesem Zitat begannen 1986 die Herausgeber des Klassikers „Maschinenstürmer“ von David F. Noble das Vorwort zu ihrer Übersetzung. Gemeint waren die wiederkehrenden abwägenden Worte aus Gewerkschaftskreisen zu den neuen Industrialisierungsschüben, die mittlerweile als „Industrialisierung 1.0 bis 3.0“ benannt werden.

Mit der sogenannten „Industrialisierung 4.0“ beginnt dies wieder. In der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit ist viel von Mitgestaltung die Rede. Ob wir gerade einen vierten Industrialisierungsschub erleben, sei mal dahingestellt, vielleicht handelt es sich auch nur um eine Euphorie, die die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise übertünchen soll. Angebliche Zahlen sind jedenfalls häufig nichts anderes als Kaffeesatzleserei. Dennoch: Die Statistiken sind teilweise alarmierend. Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee vom Massachusetts Institute of Technology haben durchgerechnet, dass die „Industrialisierung 4.0“ erstmals nicht nur Jobs in andere Bereiche verschiebt, sondern im großen Stil Arbeitsplätze vernichten könnte. Grund genug für die Direkte Aktion, sich in die laufenden Debatten einzumischen und nicht nur den aktuellen, sondern auch vergangene Technologisierungsschübe zu thematisieren.

Klingt pessimistisch – und wir bleiben erst mal pessimistisch. Auch das gegen alle Widerstände von der Basis bis hin zu Fachkreisen am 22. Mai erst mal durchgesetzte Tarifeinheitsgesetz steht einem revolutionären Enthusiasmus entgegen. Ein Blick in die internen Diskussionen der Syndikate der FAU weist darauf hin, dass sich ein durchaus berechtigter Pessimismus auch auf den Alltag gewerkschaftlicher Organisation bezieht. Da kommt ein Text wie „Kuchen“ (S.6), den uns die IWW übersetzt hat, gerade recht: Protest und Widerstand entsteht manchmal unverhofft in Nischen, wo man sie nicht erwartet.

Werden wir also optimistisch: Subjektiv kann man das Gefühl haben, dass Protest und Widerstand auch in Deutschland mehr wird: Ob Blockupy oder die Aktionen gegen den G7-Gipfel in Elmau, vor allem aber die vielen Streiks, die wir in den letzten Monaten mitverfolgen konnten bei Amazon, der Bahn, der Post, in den Kitas – wenn selbst französische Tageszeitungen schon von einer „deutschen Streikwelle“ sprechen, dann geht vielleicht wieder etwas. Ob wir nun grabende Maulwürfe sind oder sich mühsam ernährende Eichhörnchen – wir machen weiter.

Davon zeugt übrigens auch der letzte Jahreskongress der FAU, der Ende Mai stattfand: Deutliche Mitgliedszuwächse, eine seltene Einigkeit in den Beschlüssen und immer mehr internationale Gäste zeugen davon, dass es durchaus vorangeht. Und auch die Mitarbeit an der euch vorliegenden Zeitung konnte gesichert werden, so dass ihr auch weiter die Direkte Aktion genießen könnt.

Und das lassen wir euch jetzt auch tun. In diesem Sinne,  
eure Redaktion „Betrieb und Gesellschaft“, diesmal aus Mannheim.

## LOKALFÖDERATIONEN, SYNDIKATE UND KONTAKTE DER FREIEN ARBEITER/INNEN-UNION (FAU-IAA)

### REGION NORD

Bremen ..... FAU Bremen, c/o Jugendhaus Buchte, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, <faubh@fau.org>, (0151) 17 93 52 90  
Celle ..... Kontakt über Hannover  
Flensburg ..... FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>  
Hamburg ..... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783  
Hamel ..... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, <fauhm@fau.org>, 1. Do. im Monat, 19.30 Uhr  
Hannover ..... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 32, 30167 Hannover, Sekretariat: <fauh-kontakt@fau.org>, (0151) 65754116, Offener Abend: 1. Di. im Monat, 20 Uhr  
Allgemeines Syndikat, <kontakt-asyh@fau.org>, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr  
Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe (GGB), PF 2272, 30022 Hannover, <kontakt-ggbh@fau.org>, (0151) 65785054, Büro: Mi. 9 - 11 Uhr, Treffen: 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover  
Kiel ..... FAU Kiel, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>, Anrufbeantworter (0431) 57091884, Mobil (0171) 4848451  
Oldenburg ..... Kontakt über Bremen  
Rostock ..... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock, <fauhro@fau.org>, (0152) 04262843  
Wismar ..... Kontakt über Westmecklenburg  
Wolfsburg ..... Kontakt über Hannover

### REGION SÜD

Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/Main  
Frankfurt/Main ..... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990  
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12  
Karlsruhe ..... FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>  
Lich ..... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <faucli@fau.org>  
Mainz ..... Kontakt über Frankfurt/Main  
Mannheim ..... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphonstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>  
München ..... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rg.), 80339 München, <fau@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr  
Neustadt/W ..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <fau@fau.org>  
Nürnberg ..... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun\_newsletter@fau.org, <faun\_sekretariat@fau.org>  
Offenbach ..... Kontakt über Frankfurt/Main  
Regensburg ..... FAU Regensburg, 1. und 3. Mo. 19 Uhr im Linken Zentrum, Dahlienweg 2a, 93053 Regensburg  
Stuttgart ..... FAU Stuttgart, c/o Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart, <fau@fau.org>, (0176) 9222 0137  
Saarland ..... Kontakt über Neustadt/Weinstr. 11  
Trier ..... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

### REGION WEST

Bielefeld ..... FAU Bielefeld/OWL, Metzgerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, <faubi@fau.org>, (01573) 7957110  
Bonn ..... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi. 20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171  
Duisburg ..... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 1. So. 19 Uhr im Monat, <fau@fau.org>  
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, 3. Do. im Monat, <fau-d-kontakt@fau.org>, (0179) 3258648  
Koblenz ..... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>  
Köln ..... FAU Köln, c/o SSK, Liebigstr. 25, 50823 Köln, <fauk@fau.org>, Tresen: 1. Mo. im Monat, 19 Uhr, Ludolf-Camphausen-Str. 36  
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers  
Münster ..... FAU Münsterland, c/o Selbstverwaltetes Zentrum, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Treffen: 3. Mi im Monat, <faums@fau.org>  
Solingen ..... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fau@fau.org>

### REGION OST

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig  
Brandenburg ..... Kontakt über Berlin  
Berlin ..... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <fau@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 - 20 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr. Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <fau-kultur@fau.org>  
Sektion Bildung, 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr <fau-bildung@fau.org>  
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <fau-bautec@fau.org>  
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fau-prekaer@fau.org>  
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <fau-aus@fau.org>  
Chemnitz ..... Initiative FAU Chemnitz, <fau\_chemnitz@gmx.de>  
Dresden ..... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, BNG <bng-dd@fau.org>, (0151) 41414360, Treffen: 2. Mi. im Monat, 20 Uhr, Cafe 100, Alaunstr. 100 4. Do. im Monat, 19 Uhr, Wums e.V., Columbusstr. 2  
Halle/Saale ..... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>  
Leipzig ..... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „libelle“, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 - 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>  
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <fau@fau.org>  
Thüringen ..... FAU Erfurt/Jena, <fau-thueringen@fau.org> Treffen im Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

### ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin ..... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>  
Bonn ..... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10  
Göttingen ..... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjg@riseup.net>  
Herne/ ..... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7  
Recklinghausen ..... c/o Schwarz & Weidendorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjrhrgebiet@riseup.net>  
Leipzig ..... ASJ Leipzig, Kolonnenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>  
NRW ..... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

### FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort“, Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend“, Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb“.

### REGIONALKOORDINATIONEN

Nord ..... FAU Bremen <reko-nord@fau.org>  
Ost ..... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>  
West ..... FAU Moers und FAU Duisburg <reko-west@fau.org>  
Süd ..... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

### GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <geko@fau.org>

### INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin, <is@fau.org>

### INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

### SCHWEIZ

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

### ÖSTERREICH

Wien ..... Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

# Kleine geile Streiks

Streiks scheinen auch in Deutschland zuzunehmen – eine neue deutsche Streikwelle?

Demnächst erscheint das Buch „Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht. Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken“, herausgegeben von Peter Nowak. Darin werden Streiks außerhalb des klassischen Fabrik- und Gewerkschaftsumfelds dargestellt, vor allem in bislang als schwer organisierbar geltenden Sektoren. Auf Einladung der Region Süd der FAU wird der Herausgeber das Buch im September 2015 u.a. in Frankfurt, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart vor. Die DA sprach mit Peter Nowak über „kleine geile Streiks“.

## Siehst du einen allgemeinen Trend zu Streiks in prekären und nicht gut organisierten Sektoren, oder bleiben dies lobenswerte Einzelfälle?

Oft sind diese Streiks Einzelfälle, aber sie deuten eine Tendenz an. Die Beschäftigten in den schwer zu organisierenden Branchen machen die Erfahrung, dass sie oft frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind und dass das Gerede über familiäre Arbeitsverhältnisse und flache Hierarchien diese Ausbeutungsverhältnisse nur mühsam ideologisch verschleiern. Sehr deutlich wird das am Arbeitskampf in einem Berliner Spätkauf, den ich im Buch vorstelle. Er ging für den Beschäftigten erfolgreich aus, er erstritt sich mit Hilfe der FAU eine Lohnnachzahlung. Dies war nur möglich, weil der Arbeitskampf auch als politische Auseinandersetzung öffentlich geführt wurde.

Der Kollege arbeitete in der Woche bis zu 60 Stunden, hatte aber offiziell einen 20-Stunden-Job. Er war mit dem Chef per Du und erfüllte oft die Funktion eines Ladenleiters. Als der Chef eine Kamera einbaute, mit der er den Kollegen ständig an seinen Arbeitsplatz beobachten konnte, war das Maß voll. Er forderte nicht nur den Abbau der Kamera, sondern auch eine Bezahlung nach den von ihm geleisteten Arbeitsstunden, Pausen, Urlaub etc. Sofort wurde der Ladenbesitzer, mit dem er per Du war, zum Kleinkapitalisten, der ihm zeigen wollte, wer

Herr im Haus war. Er verhängte ein Hausverbot gegen den Kollegen und seine

UnterstützerInnen und ging juristisch gegen Medien vor, die über den Arbeitskampf berichteten. Hier begann erst die Geschichte des Arbeitskampfes, der sicher ohne die Unterstützung der FAU und eines UnterstützerInnenkreises so nicht möglich gewesen wäre. So gelang es, innerhalb weniger Wochen mit Flyer- und Plakataktionen im Umfeld des Spätkaufs deutlich zu machen, dass Ausbeutung in der Nachbarschaft beginnt und bekämpft werden muss. Es gab mehrere Kundgebungen und zunehmend reagierten AnwohnerInnen offener. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es möglich ist, auch in Branchen, die schwer zu organisieren sind, einen erfolgreichen Arbeitskampf zu führen. Dazu gehört allerdings der erste Schritt, dass der Beschäftigte die sozialpartnerschaftliche Ideologie „Wir sind eine große Familie“ überwinden muss. Es geht darum zu erkennen, dass es auch in diesen Arbeitsverhältnissen Interessengegensätze zwischen den KäuferInnen und VerkäuferInnen der Arbeitskraft gibt, die nicht durch Chefduzen überwunden werden können. Das ist der erste, aber wichtigste Schritt, um in diesen Branchen einen Arbeitskampf zu führen. Es gibt viele Beispiele, die erst einmal bekannt gemacht werden müssen. Dazu soll das Buch beitragen.

## Viele kämpferische Streiks gingen von kleinen oder Spartengewerkschaften aus, oder von sich selbst organisierenden ArbeiterInnen. Gleichzeitig geht der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit Jahren zurück. Was leisten kleine Gewerkschaften, was die klassischen Massenorganisationen nicht können?

Sie können Beschäftigte in Bereichen organisieren, die durch das Raster der DGB-Gewerkschaften fallen. In Branchen, wo es Betriebe mit einer Handvoll Beschäftigten gibt, werden die großen Gewerkschaften erst gar nicht aktiv. Natürlich gibt es da mittlerweile gerade im Bereich von ver.di auch Bewegung. So sind in Hamburg im ver.di-Fachbereich „besondere Dienstleistungen“ mittlerweile auch SexarbeiterInnen organisiert. Generell aber gilt: Kleine Gewerkschaften sind viel näher an den KollegInnen dran und es gibt

auch bessere Möglichkeiten der Basisbeteiligung, weil eben nicht ein großer Gewerkschaftsapparat vorhanden ist, der im Zweifel Basisaktivitäten lähmt. Rosa und Johanna von labournet.tv haben im Buch anschaulich beschrieben, wie sich die oft migrantischen LogistikerInnen in Norditalien mit Unterstützung der Basisgewerkschaft SI Cobas organisierten, erfolgreiche Arbeitskämpfe führten und auch ein UnterstützerInnenumfeld in der außerparlamentarischen Linken fanden. Das sind Prozesse, die Mut und Inspiration geben. Es ist überhaupt ein Plädoyer, über den nationalen Tellerrand zu blicken. In vielen europäischen Ländern, aber auch in den USA gibt es interessante Organisationsversuche von schwer organisierbaren Beschäftigten. Am Ende des Buches sind Zeitschriften und Internetprojekte aufgeführt, die darüber berichten.

## Der Untertitel – „Arbeitskämpfe nach dem Ende der Fabriken“ – verweist auf einen anderen Trend: In den Hochlohnländern nehmen die Betriebsgrößen ab, Arbeitsverhältnisse werden zunehmend ‚flexibilisiert‘. Wie können sich ArbeiterInnen unter diesen veränderten Bedingungen wirksam organisieren?

Zunächst mal ist die Flexibilisierung kein Naturgesetz, wie oft behauptet wird. Sie ist die Folge des Machtverlustes der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten. Schließlich wurden alle Rechte von Lohnerhöhungen bis zur Begrenzung der Arbeitszeit etc. durch die Arbeiterbewegung erkämpft und waren kein Geschenk von Staat und Wirtschaft. Allerdings haben die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften einen gewichtigen Anteil daran, dass diese Erkenntnis verloren ging. Es gibt natürlich kein Patentrezept, wie sich KollegInnen organisieren sollen. Wichtig ist, dass sie selber ihre Interessen aktiv wahrnehmen, sich untereinander austauschen, beratschlagen, Forderungen aufstellen und sie dann auch öffentlich durchsetzen. Das ist nicht so viel anders als in der alten Arbeiterbewegung. Denn damals wurde ebenfalls unter extrem prekären und flexiblen Arbeitsverhältnissen gearbeitet und auch dagegen gekämpft.

## Im Care-Bereich sind Streiks oft besonders schwer zu vermitteln – die von der Arbeitsniederlegung Betroffenen sind oft von den erbrachten Dienstleistungen in hohem Maße abhängig. Siehst du den jüngsten KiTa-Streik in dieser Hinsicht als erfolgreiches Modell? Lässt sich dies auf z.B. den Pflegebereich mit seinen notorisch schlechten Arbeitsbedingungen übertragen?

Viele der neuen Arbeitskämpfe werden im Dienstleistungsbereich geführt, in denen vor allem Frauen oft zu niedrigeren Löhnen als Männer beschäftigt sind. Das gilt für den KiTa-Bereich ebenso wie im Gesundheitswesen. Auch im Einzelhandel waren es vor allem Frauen, die sich gegen ihre Arbeitsbedingungen organisierten. Die feministische Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker hat in ihrem jüngsten Buch „Carerevolution – Schritte in eine solidarische Gesellschaft“ sehr gut dargestellt, dass ein wichtiger Teil der neuen Carerevolution-Bewegung auch gewerkschaftliche Kämpfe im Sorge-, Gesundheits- und Erziehungsbereich sind. Dankenswerterweise hat Alexandra Wischniewski für unser Streikbuch einen Beitrag geliefert, der sich mit den Problemen einer solidarischen Organisation von Carearbeit befasst. Ihr Aufsatz beginnt mit der Frage: „Wer übernimmt die Versorgung der Kinder und Alten, der Pflege- oder Assistenzbedürftigen, wenn die Beschäftigten streiken?“ Damit spricht sie eine wichtige Frage der neuen Arbeitskämpfe an. Gerade Arbeitskämpfe im Dienstleistungssektor zeigen nur Wirkung, wenn diese Bereiche lahmgelegt werden. Was bedeutet es aber für berufstätige Frauen, wenn die KiTa geschlossen ist? Die Organisation solidarischer Netzwerke ist auch eine Aufgabe der Gewerkschaften. Wenn während eines KiTa-Streiks gewerkschaftliche und feministische Zusammenhänge gemeinsam eine solidarische KiTa organisieren, wächst so auch die Bereitschaft von Eltern, sich mit dem Arbeitskampf der KiTa-Beschäftigten zu solidarisieren. Genauso sollten bei Arbeitskämpfen im Gesundheitssektor PatientInnen und ihre Angehörigen einbezogen werden. So wird aus einem Betriebskampf eine gesellschaftliche Auseinandersetzung. Heute ist gerade bei Arbeitskämpfen in Bereichen außerhalb der großen Fabriken eine gesellschaftliche Solidarisierung notwendig für einen Erfolg. Gleichzeitig wird dadurch, dass ein Arbeitskampf aus dem Betrieb in die Gesellschaft getragen wird, deutlich, dass es um mehr als eine Lohnerhöhung oder eine Arbeitszeitverkürzung geht. Es geht um die Infragestellung eines kapitalistischen Systems, dass die Verwertung und Ausbeutung der Arbeitskraft zur Grundlage hat.

Interview: Robert Schmidt

## TERMINE

### Berlin

Fr., 3. Juli, 20:00 Uhr  
FAU-Gewerkschaftslokal,  
Lottumstr. 11  
*Anarchismus und Marxismus – nur zwei feindliche Brüder?*

### Köln

Mo., 6. Juli, 19:00 Uhr  
LC 36, Ludolph Camphausen  
Straße 36  
*Schwarz-Roter Tresen*

Mo., 3. August, 19:00 Uhr  
LC 36, Ludolph Camphausen  
Straße 36  
*Schwarz-Roter Tresen*

### Mannheim

Fr., 10. Juli, ab 11:00 Uhr  
wildwest, Alphonstr. 38  
*Erwerbslosenbrunch*

Do., 23. Juli, ab 20:15  
wildwest, Alphonstr. 38  
*Der kommende Aufprall*  
Diskussion mit der Antifa Kritik & Klassenkampf, get Up! und der FAU Mannheim.

### Münster

Sa., 4. Juli, ab 20:30 Uhr  
Selbstverwaltetes Zentrum,  
Nieberdingstr. 8  
*Konzert: Geigerzähler*

**INTERKOMM**  
Wenn das Gute liegt so nah...

- \* Gleiche Probleme - Neue Wege - Interkomm
- \* Die Ernährung wieder in die eigenen Hände nehmen
- \* Das Interkommseminar
- \* Altersvorsorge jenseits von Wachstumszwängen
- \* Kommune als mögliche Zukunftsvision

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für nur 7,50 €!

Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!  
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.  
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel  
www.contraste.org

**CONTRASTE**  
DIE MONATZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

Kommune Lossehof

**WELTFRAUENMARSCH**  
Bericht vom Start der feministischen Karawane durch Europa.

**DIE FREIRAUMTAGE DORTMUND**  
»Avanti« die Bewegung für ein soziales Zentrum im Dortmund der Norden. Mit einer turbulenten Aktionswoche machte sie nun wieder von sich reden.

**WAS MACHT EIGENTLICH...?**  
»Sans ohne Verein« haben heute einen selbstverwalteten Panraum

**ERICH MÜHSAM**  
Erich Mühsam erhoffte sich mit anarchistischen Siedlungsideen eine Lebensform zu finden.

Anzeige

## KOLUMNE DURRUTI



Urheber: Firdus

Mein Ausflug in die Leiharbeitswelt begann mit einer Ernüchterung. Dass der Firmenslogan der Klitsche gleichlautend war mit dem Wahlkampfslogan eines verblichener Kanzlerkandidaten, nötigte mir ein zynisches Lächeln ab: „Das WIR entscheidet“ – wer’s glaubt. Der Tarifvertrag der igZ mit der Tarifgemeinschaft des DGB, der damals verhandelt wurde, führte eine Einstufung nach Entgeltgruppen ein. Aufgrund meines IHK-Abschlusses ging ich mit der Entgeltgruppe 3 in die Verhandlung: Ausführung von Tätigkeiten, für die im Regelfall eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist. Im abschließenden Vorstellungsgespräch vereinbarten wir das auch so. Überraschung dann beim Vertragsabschluss. Der Sklavenhalter, der mir gleich im Vorstellungsgespräch gestanden hatte, dass er für meine vergütete Arbeitszeit vom Entleihbetrieb satte 160 Prozent einstrich, hatte mich in die Entgeltgruppe 1 eingruppiert und stockte lediglich mit einem Leistungszuschlag zur EG 3 auf. Hieß schon mal: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Feiertagsvergütung erfolgte lediglich mit dem Grundlohn von 8,19 Euro.

Als dann im Januar 2014 der neue Tarifvertrag in Kraft trat, der den Grundlohn auf die neuralgischen 8,50 anhob, kürzte der Budenbetreiber den Leistungslohn einseitig herunter, so dass die Entlohnung exakt nach EG 3 des alten Tarifvertrags erfolgte. Im April wurde der Vertrag befristet verlängert. Mitte Mai zog ich mir im Haushalt eine Handverletzung zu. Am Tag nach der Operation trudelte die Kündigung ein. Eine ordentliche sogar! War doch klar, was der Sklavenhalter beabsichtigte: sich auf meine Kosten um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu drücken. Einen Tag vor Ablauf der Einspruchsfrist für die Entlassung forderte ich die Rücknahme der Kündigung. Als die Leihbude dies verweigerte und mir die Karotte einer Wiedereinstellung bei erfolgreicher Suche eines neuen Entleihbetriebes in Aussicht stellte, zog ich die Reißleine. Am Folgetag legte ich Widerspruch am Arbeitsgericht Freiburg ein. Bei der anschließenden Güteverhandlung versuchte die Leihklitsche krampfhaft die Kündigung mit Fehlverhalten meinerseits zu begründen und konstruierte auch eine nie stattgefundene Abmahnung. Ich schaltete einen Anwalt ein, und meine Auseinandersetzung endete mit einem Vergleich, der die Kündigung für ungültig erklärte und mir die Freistellung bei vollen Bezügen bis zum Vertragsende am 24. Dezember 2014 einbrachte – die Kröten hochzuwürgen und zurückzuspucken lohnt sich also!

Jürgen Frietsch

Peter Nowak (Hg.)  
Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht. Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken. edition assemblage, Münster ISBN 978-3-942885-78-2 ca. 96 Seiten ca. 7,80 Euro

Peter Nowak

**Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht**

Arbeitskämpfe nach dem Ende der großen Fabriken

**ZAHLEN, BITTE!**

**Von 27 Prozent der Beschäftigten**

wird erwartet, dass sie auch in ihrer Freizeit erreichbar sind. In der Erziehungsbranche sind es sogar 43 Prozent. (Quelle: Böckler Impuls 8/2015)

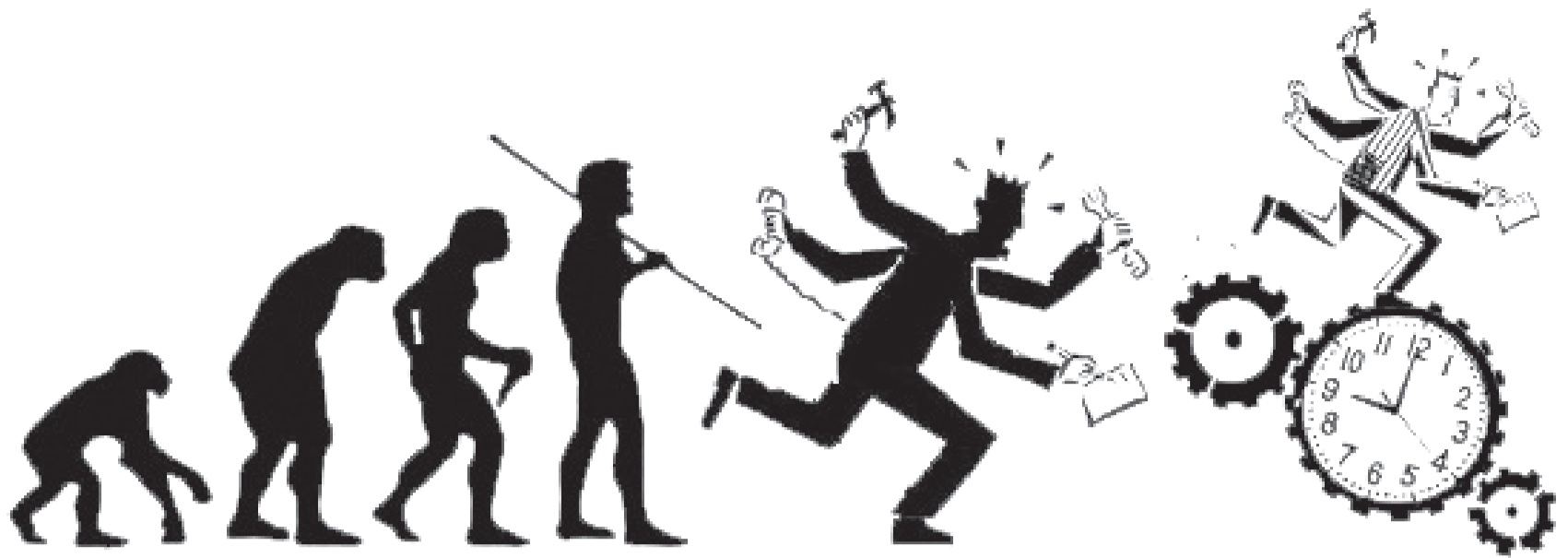
**17 Prozent der ArbeiterInnen**

in Großbetrieben sind mit mobilem Internet durch das Unternehmen ausgestattet. In kleineren Betrieben sind es 12 Prozent. (Quelle: Böckler Impuls 8/2015)

**Fast die Hälfte**

44 Prozent von 400 befragten Unternehmen in Deutschland gaben an, 2014 mit Cloud Computing gearbeitet zu haben.

Einer Studie der Oxford University zufolge werden demnächst 47 Prozent der Jobs in den USA der Automatisierung zum Opfer fallen. Trotzdem beharrt die Industrie: „Industrie 4.0 vernichtet keine Arbeitsplätze!“



# Industrie 4.0

## Vernetzte Maschinen, vereinzelter Mensch

Wenn es um die Frage geht, wie technologischer Fortschritt unser Leben in Zukunft verändern wird, besteht an großen Visionen wahrlich kein Mangel. In den letzten Jahren hat vor allem eine große Vision Wellen geschlagen, die nichts weniger sein soll als die nächste Industrielle Revolution: „Industrie 4.0“. Zur Erinnerung: Die erste Industrielle Revolution resultierte aus der Produktivitätssteigerung, die durch die gesteigerte Nutzung der Dampf- und Wasserkraft ermöglicht wurde, zuerst in Großbritannien, wo Baumwollspinnerei und Bergbau die Motoren der Industrialisierung bildeten, später auf dem Kontinent, wo der Ausbau der Eisenbahnnetze zur Triebfeder wurde. Ein zweiter Industrialisierungsschub setzt in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts ein, mit der verstärkten Nutzung der Elektrizität als Antriebsenergie und der Verwissenschaftlichung der Produktion, sowohl im Bezug auf Fertigungstechnik, neue Produkte wie auch auf die Betriebsorganisation (Taylorismus, Fordismus). Die dritte Industrielle Revolution – vielleicht besser als Digitale Revolution bezeichnet – resultierte aus der rasanten Entwicklung der Informationstechnologien. Ihre markantesten Merkmale dürften wohl die weitreichende Verbreitung des Computers als Arbeits-, Kommunikations- und Unterhaltungsgerät sein, die Betriebsorganisation auf EDV-Basis und selbstregulierende Maschinen, die komplexe Arbeitsabläufe selbstständig erledigen können. Was aber bringt die vermeintliche vierte Industrielle Revolution an Neuerungen?

### Die Euphorie ist verflogen

Wollte man die Idee hinter der von der Bundesregierung 2013 ausgegebenen Losung „Industrie 4.0“ in einem Satz beschreiben, dann wohl so: Flexibilisierung der Produktion auf der Basis neuester Informationstechnologien. Konkret bedeutet dies: Die starren, oft nur bei hohen Stückzahlen rentablen Fertigungsketten sollen zerfallen in kleine, wie Bausteine kombinierbare Einheiten, die alle über ein Netzwerk miteinander verbunden sind. In diesem „Internet der Dinge“ tauschen sie beständig Daten über ihre Zustände, ihre aktuellen Aufgaben, vorhandene Kapazitäten, anstehende Aufträge usw. aus; so lassen sich die Produktionsabläufe flexibel steuern, Engpässe und Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und Überkapazitäten auf andere Aufgaben umleiten. Richtig eingesetzt soll diese voll vernetzte, „intelligente“ Fabrik die Vorteile der Massenfertigung – geringe Stückkosten und hohe Auslastung der Kapazitäten – mit denen der Kleinserienfertigung kombinieren: Kosteneffektiv hergestellte, in-

dividualisierte Produkte hoher Qualität für die anspruchsvollen Konsumenten der Zukunft.

Gedacht ist dies selbstverständlich vor allem aus drei Blickwinkeln: Dem wirtschaftlichen der Kostenreduktion und Gewinnmaximierung, dem nationalen der Standortsicherung im internationalen Konkurrenzkampf – vor allem gegenüber den Niedriglohnländern – und dem technischen der Machbarkeit. Im Hinblick auf die ersten beiden Aspekte wird der Schritt zur „Industrie 4.0“ als unumgängliche Notwendigkeit verargumentiert, die Begeisterung für die technischen Möglichkeiten liefert dazu den Zuckerguss. Seltsam unterbelichtet bleibt jedoch die Frage nach dem Menschen und seinen Arbeitsbedingungen in dieser neuen Produktionsumgebung.

Zunächst kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich der Weg in die „Industrie 4.0“ wohl weniger als der behauptete Quantensprung vollziehen wird, sondern in Tripelschritten. Obwohl jährlich Milliarden an Fördergeldern in die Entwicklung der hierfür benötigten Hard- und Software, Modellanlagen und Initiativen gepumpt werden, sind die Ergebnisse bescheiden, und die anfängliche Aufbruchsstimmung unter den High-Tech-Konzernen hat sich in verhaltenen Optimismus verwandelt. Einheitlichen Standards, die eine Vernetzung ganzer Wertschöpfungsketten zuließen, sind die Gremien noch nicht näher gekommen. Die Entwicklung dürfte eher schleppend und, je nach Branche und Unternehmen, sehr unterschiedlich verlaufen. Das größte Interesse an ihrem Fortgang haben die großen Hersteller von Elektro-, Informations- und Kommunikationstechnik, etwa Siemens, Bosch oder T-Systems, und Softwareschmieden wie SAP, die nicht nur selbst eine Umstellung anstreben, sondern sich als Anbieter der entsprechenden Technologien auch neue Absatzmöglichkeiten erhoffen. Hier ist die Umrüstung zu „intelligenten“ Fabriken in den kommenden Jahren am wahrscheinlichsten, wie auch in der Automobilindustrie, die sich mit der Umstellung auf stärker individualisierte Kleinserien ihre Marktmacht bewahren möchte. In kleineren und mittleren Betrieben, die in manchen Branchen, etwa im Maschinen- und Anlagenbau, ohnehin auf Kleinserien oder sogar Einzelfertigung setzen, dürfte die projektierte Revolution eher als Patchwork punktueller Innovationen auftreten, schon allein der hohen Kosten wegen, die eine komplette Umstellung der Produktionsabläufe mit sich bringt. Zu guter Letzt wären da noch die kleinen Start-ups, Unternehmen mit nur wenigen Mitarbeitern, die einzelne Technologien, etwa 3D-Drucker, nutzen, um sich Marktnischen zu sichern.

### Flexibilisierung, Vereinzelung, Prekarisierung

Doch auch wenn sich die Entwicklung verhaltener darstellt als das ganze Innovationsgetöse glauben machen will, wird sie für die Arbeiter\*innen in den Betrieben Konsequenzen haben: Das Schlüsselwort dürfte hier „Flexibilisierung“ sein, womit ein ohnehin schon lange anhaltender Trend verstärkt werden wird: Weg vom „Normalarbeitsverhältnis“ in seiner klassischen Form (Unbefristet, Vollzeit, Einheit von Beschäftigung und Anstellung, geregelte Entlohnung) hin zu „offeneren“, teilweise prekären Formen der Beschäftigung. Das heißt zunächst einmal reduzierte Stammbeschaftungen aus hochqualifizierten Experten (Ingenieuren, IT-Fachpersonal, Chemikern usw.), die die komplexe Architektur der vernetzten Fabriken konstruieren und betreiben können. Darum herum eine Peripherie zugekaufter Dienstleistungen und ausgegliederter Kompetenzen – Beratung, Kundenservice, Wartung, Logistik, Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen, die projektorientiert arbeiten, aber auch Freelancer und Soloselbstständige, die, wie schon lange zu beobachten, miteinander bis in die Selbstaussbeutung um Aufträge konkurrieren, oder als Scheinselbstständige von der Gunst eines Auftraggebers vollkommen abhängig sind. Die größte Bürde aber dürften die gering qualifizierten Arbeiter\*innen zu tragen haben. Sie werden teilweise durch die neue Produktionstechnik verdrängt und sich wohl zunehmend in einem schrumpfenden Arbeitsmarktsegment wiederfinden, in dem die Chance auf eine dauerhafte, existenzsichernde Beschäftigung noch weiter reduziert sein wird – die Leiharbeitsbranche wird davon profitieren. Wenn die erklärte Zielsetzung einer Innovationskampagne darin besteht, die Produktion zu flexibilisieren, so wird dies an den Beschäftigungsverhältnissen nicht vorbeigehen. High-Tech-Unternehmen können auf die Infrastruktur und das Ausbildungsniveau in den hochentwickelten westlichen Ländern nicht verzichten, doch sie scheuen die vorgeblich zu hohen Lohnkosten und Ansprüche ihrer Angestellten und Arbeiter\*innen.

Vorgelagerte Produktionsschritte, die vielleicht arbeitsintensiv sind, aber kein ausgeprägtes Know-How verlangen, werden wie bisher weiterhin jeweils dorthin verlegt, wo die Lohnkosten möglichst niedrig sind, und daran wird auch „Industrie 4.0“ nichts ändern. Am ehesten noch werden diese Produktionsstandorte sich darauf einstellen müssen, mit extrem variierender Auftragslage umgehen zu können. Die avisierte Flexibilisierung der Produktion in den Hochlohnländern wird auf diese Weise, mitsamt eines Teils des unternehmerischen Risikos, in der Wertschöpfungskette nach unten durchgereicht, was zur Folge hat, dass vor allem jene Zulieferbetriebe profitieren, die aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen ihres Standortes nur wenig Rücksicht auf Arbeitnehmerrechte zu nehmen brauchen.

Zur steigenden Komplexität und Arbeitsbelastung tritt außerdem noch ein weiterer Faktor hinzu: Wenn die Produktion als großes Netzwerk organisiert wird, nimmt dies Kunden und Beschäftigte nicht aus. Auch ihre Daten sind für die Steuerungsmechanismen der Industrie 4.0 relevant. Dies ist nicht nur aus der Perspektive des Datenschutzes ein Albtraum, sondern erlaubt auch detailliertes Mikromanagement in großem Stil, wie wir es etwa von Amazon bereits kennen. Mit einer weiteren Zunahme arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen kann wohl gerechnet werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist außerdem zu befürchten, dass der ohnehin seit Jahrzehnten rückläufige Organisationsgrad weiter abnehmen wird. Sollten die oben gemachten Einschätzungen zutreffen, so ist davon auszugehen, dass es für die Beschäftigten in Zukunft noch schwerer werden wird, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich gegen die Zumutungen der schönen neuen Arbeitswelt zur Wehr zu setzen. Es steht zu befürchten, dass diese in drei Lager zerfallen: Gut ausgebildete und bezahlte Experten, um die die Unternehmen konkurrieren, in dem sie ihnen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen bieten, und die es daher auch nicht für nötig erachten werden, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, und ein in sich zersplitterter Rest prekär und befristet Beschäftigter, Solo- und Scheinselbstständiger und Leiharbeiter\*innen, die untereinander in Konkurrenz stehen, und die Masse der „Überflüssigen“, die als Erwerbslose in Abhängigkeit von den sozialen Sicherungsmechanismen gegen die Erwerbstätigen ausgespielt werden. Die Isolation, Konkurrenz und Unsicherheit, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der großen Mehrheit bestimmen, werden auch ihre gewerkschaftliche Organisation erschweren.

### Neue Kampfformen notwendig

Die „Industrie 4.0“ steckt zwar noch in den Kinderschuhen, aber sie ist ein Trend, der von großen Konzernen und Regierungen überall auf der Welt gewollt und nach Kräften gefördert wird. Zukunftsprognosen sind stets auf Sand gebaut, und dass sie zutreffend sind ist eher die Ausnahme als die Regel. Wie auch immer sich „Industrie 4.0“ letztlich realisieren wird, sie wird die Bedingungen, unter denen wir arbeiten und leben, verändern. Als Gewerkschaft müssen wir diese Entwicklung beobachten und uns fragen, wie wir ihr begegnen wollen. Wenn wir nicht nur Zuschauer sein wollen, so müssen wir Instrumente und Kampfformen entwickeln, die auch unter sich verändernden Bedingungen die Solidarität der Arbeiter\*innen stärken und ihre Interessen durchsetzen können, im einzelnen Betrieb und weltweit.

Christian Schmidt

**DA**  
DIREKTE AKTION  
anarchosyndikalistische Zeitung  
**ABONNEMENT**  
DA ABONNEMENTVERWALTUNG  
Mühlgasse 13  
60486 Frankfurt/Main  
da-abo@fau.org

**Ich will folgendes Abo haben:**

- 6 Ausgaben - / 1 Jahr (Euro 12,-)
- 12 Ausgaben - / 2 Jahre (Euro 24,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 30,-)
- 6 Ausgaben Ausland / - 1 Jahr (Euro 16,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 32,-)

**WiederverkäuferInnen:**

Schickt mir bitte \_\_\_\_ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex. 1 Euro pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

Allgemeine Arbeitsschutzfibel

FAU - Die ersten 30 Jahre

Cornelius Castoriadis - Mai 68. Die Wurzelschmerzen Revolution

**Meine Anschrift**

Vor- und Nachname \_\_\_\_\_

Straße/Postfach \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

**Geld:**

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623  
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart,  
BLZ 600 501 01  
Für SEPA-Überweisungen aus dem Ausland:  
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23  
BIC (BLZ): SOLADEST



## Die Fleischindustrie – das Herz der Ausbeutung

An vorderster Front: die deutsche Fleischindustrie mit ihren Produktionsfabriken, unbelüfteten und überfüllten Mastbetrieben. Die Opfer? Tiere und Menschen in Tier- und Fleischfabriken

„Fleisch steht seit Langem für die Freiheit, nach Belieben auszubeuten.“<sup>1</sup> Tiere müssen unter erbärmlichen Zuständen als ihrer Würde beraubte Produkte in überfüllten Mastbetrieben bis zur Schlachtung leiden, für den Profit. Mit der Schlachtverordnung vom 1.1.2013 legte die EU zudem den Tierschutz in die Hände der Schlachthofbetreiber und schuf die Voraussetzung für unkontrollierte, tierverachtende Vorgänge in den Betrieben. Dazu profitieren insbesondere Großbetriebe von den EU-Subventionen. Sie sind es auch, die in hohem Maße auf LeiharbeiterInnen aus Niedriglohnländern zurückgreifen. Dies geschieht über Subunternehmen in den Herkunftsländern – sie bestimmen über Einsatzort, Gehalt und Unterkunft. (Siehe DA 229) Ergebnisse sind Lohndumping und Dequalifizierung. Und wie sieht es mit den Arbeitsplätzen vor Ort aus?

### Belastungen am Arbeitsplatz

Im Schlachthof zu arbeiten heißt arbeiten im Akkord. Unvorbereitet, mangels Sprechkenntnissen ohne Möglichkeit, sich mit Vorgesetzten zu verständigen, treffen die LeiharbeiterInnen auf ein gewalttätiges Arbeitsumfeld, in dem sie unter enormem Zeitdruck am Fließband gefährliche, immer wiederkehrende monotone Arbeitsschritte durchführen müssen. Beispielsweise trennen sie Gliedmaßen ab oder verpacken Tierteile. Dabei verbringen sie ihre oft 13-stündige Schicht in überfüllten Fabrikgebäuden und stehen auf Böden, die oftmals von Fett und Blut überströmt sind. Je nach Arbeitsplatz sind sie ständiger Hitze oder Kälte ausgesetzt. Genauso wie die Tiere in den Mastbetrieben sind auch sie anfällig für Infektionskrankheiten sowie Reizung und Schädigung der oberen Atemwege. Bei dem Abtrennen von Gliedmaßen an toten Tieren kommt es zu schweren Verletzungen aufgrund

des vorgegebenen Arbeitstempos: Augenverletzungen, Schnittwunden, Stürze oder der Verlust eigener Gliedmaßen. Eine medizinische Behandlung findet selten statt. Es ist billiger, die ArbeiterInnen zu verschleifen, in das Herkunftsland zurückzusenden und zu ersetzen. Viele werden aber nicht nur zum Abtrennen von Körperteilen und Abpacken eingesetzt. Über Stunden hinweg müssen sie auch betäuben und töten. Dies führt zu enormer psychischer Belastung. Das Resultat daraus sind Gewaltausbrüche gegenüber den anderen Opfern der Fleischindustrie. Zitat eines Arbeiters: „Also, einmal haben mich die reingetriebenen Schweine wahnsinnig gemacht [... da] kriegst du so einen Hass auf ein Tier, [auch wenn du] es ja sowieso tötest. [...] Bloß, du tötest es nicht einfach, du stößt fest zu und haust so richtig rein, zerschneidest die Luftröhre, lässt es in seinem eigenen Blut ertrinken. Spaltest ihm die Nase.[...]“<sup>2</sup> Menschen haben eine angeborene Abneigung gegen das Töten, dies zeigen wissenschaftliche Studien auf, meist aus der militärischen Forschung. Der ohrenbetäubende Lärm der Maschinen und die Angstschreie der Tiere steigern die Aggressivität der ArbeiterInnen. Durch die mangelhafte Ausbildung und den Zeitdruck, durchschnittlich fünf Sekunden für ein Tier, stechen ArbeiterInnen oft fehlerhaft zu. Für das Tier bedeutet dies die Verlängerung seiner Qualen. Viele erleben den Beginn der Abtrennung ihrer Gliedmaßen oder erreichen den 62 Grad heißen Brüh tank bei vollem Bewusstsein, der bei Schweinen zur Enthaarung dient. Manche ArbeiterInnen gewöhnen sich gezwungenermaßen an die ihnen aberlangte Gewalt und erklären in der Folge „Härte“ zur Voraussetzung für die Ausübung ihrer Tätigkeit.<sup>3</sup> Ist der Mensch psychisch betäubt, werden gewisse Handlungen zur Routine: „Das Schlimmste, schlimmer als die körperliche Gefahr, ist der emotionale Preis, den man zahlt.

[...]“<sup>4</sup> Viele ArbeiterInnen sind traumatisiert und kompensieren ihren eigenen Stress: „Die meisten Stecher haben schon einmal wegen Körperverletzung eingewiesen. Viele haben Alkoholprobleme. Sie müssen trinken, anders können sie nicht damit umgehen, dass sie den ganzen Tag lebende, zappelnde Tiere töten. [...]“<sup>5</sup>, so ein Arbeiter.

### Ausbeutung für den Konsum?

Ein Oligopol herrscht über die Fleischindustrie. Wie die Umsätze steigen, so sinken die Löhne. Der Import von Tieren als Lebendware und Arbeitskräften wächst. Sowohl Tiere als auch Menschen werden in den deutschen Schlachthöfen physisch und psychisch ausgebeutet und malträtiert. Dies kann nicht länger ignoriert werden. Die Fleischindustrie ist wesensverachtend: Kein Leben zählt, Menschen werden in Maschinen verwandelt, Tiere nur als Produkte wahrgenommen und misshandelt. All dies im Dienste der Fleischherstellung für die KonsumentInnen. Ihr Appetit nach Fleisch treibt diese Industrie mit an, einschließlich ihrer Gewalt an Menschen und Tieren.

Lana Wania

- [1] Nick Fiddes, Fleisch. Symbol der Macht. Frankfurt/M. 1993.
- [2] Melanie Joy, Warum wir Hunde lieben, Schweine essen und Kühe anziehen. Karnismus – eine Einführung. Münster 2013.
- [3] Fleischatlas 2014, verfügbar auf [www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/140108\\_bund\\_landwirtschaft\\_fleischatlas\\_2014.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/140108_bund_landwirtschaft_fleischatlas_2014.pdf).
- [4] Joy, Warum wir Hunde lieben, Schweine essen und Kühe anziehen. Karnismus – eine Einführung.
- [5] Ebd.

## Proteste gegen UBER

Weltweit wehren sich TaxifahrerInnen gegen Uber

Am 25. Mai haben Tausende von TaxifahrerInnen in der Millionenmetropole Mexiko-Stadt aus Protest gegen den umstrittenen US-Fahrdienst Uber den Verkehr lahmgelegt. Die FahrerInnen blockierten am Pfingstmontag die Hauptverkehrsstraßen der mexikanischen Hauptstadt, viele mit ihren Wagen. Auf den Scheiben vieler Taxis war „Uber raus“ zu lesen. Uber beschert den mexikanischen TaxifahrerInnen nach eigenen Angaben Auftragseinbußen zwischen zehn und 50 Prozent. Der Fahrdienst reagierte auf die Proteste in der 20-Millionen-Einwohner-Metropole mit Gratis-Fahrten. Dies habe den EinwohnerInnen von Mexiko-Stadt helfen sollen – „an einem Tag, an dem es so kompliziert ist, sich fortzubewegen“.

Aber es gibt nicht nur Proteste in Mexiko: Weltweit wehren sich TaxifahrerInnen gegen Uber. Am 11. Juni 2014 fand ein europaweiter Protest der TaxifahrerInnen statt. Hunderte von TaxifahrerInnen nahmen in Berlin an einer Sternfahrt teil, Tausende blockierten in Paris die Straßen zu den Flughäfen Orly und Charles de Gaulle. In London fand der größte Streik statt. Das Regierungsviertel um der Trafalgar Square wurde von 10.000 Black Cabs lahmgelegt.

Doch die TaxifahrerInnen befinden sich trotz einiger Erfolge in der Defensive: dieser Streik hat viele Menschen überhaupt erst mit Uber bekannt gemacht – in der Folge meldeten sich viele neu bei Uber an. Trotzdem konnten die TaxifahrerInnen in Deutschland einen ersten Erfolg vermelden: das Landgericht Frankfurt hat am 19. März den Smartphone-basierten Dienst UberPop in ganz Deutschland verboten.

### Wer oder Was ist Uber?

Uber ist die wohl bekannteste Online-Vermittlungsplattform der Welt. Im Jahre 2009 wurde Uber in San Francisco von Travis Kalanick gegründet und agiert heute weltweit. Der Online-Vermittlungsdienst von Uber ist in drei Sparten aufgeteilt: UberBlack vermittelt Fahrgäste an Mietwagen mit FahrerInnen, UberPop an private FahrerInnen zur Personenbeförderung, und über UberTaxi werden auch reguläre Taxis vermittelt. Die Vermittlung erfolgt über eine Smartphone-App oder über eine Website.

Uber versteht sich selbst als Teil der so genannten Share Economy, wie das Teilen von Konsumgütern oder Dienstleistungen über Plattformen im Internet genannt wird. Der Harvard-Ökonom Martin Weitzman, der

Mitte der 1980er den Begriff Share Economy geprägt hat, vertritt die These, dass sich der Wohlstand für Alle erhöht, je mehr unter allen MarktteilnehmerInnen geteilt wird. Wenn wir uns aber die diversen Plattformen anschauen, ist es doch besser, von einem „Plattform-Kapitalismus“ zu sprechen.

Über eine Smartphone-App wird eine private FahrerIn/ein privater Fahrer geordert. Der Fahrweg wird mit Hilfe von GPS berechnet, die Wagen kommen daher ohne Taxameter aus. Der Bezahlvorgang entfällt: Es wird einfach die bei Uber hinterlegte Kreditkarte belastet. Die Tarife bei UberPop liegen in der Regel 20 Prozent unter den normalen Taxitarifen, 20 Prozent des Fahrpreises gehen an Uber. Dieses Geschäftsmodell wurde vom Landgericht Frankfurt verboten. Die Antwort von Uber heißt uberX: Das neue Angebot ist an deutsche Regulierungsvorschriften angepasst. Die Uber-FahrerInnen machen einen Personenbeförderungsschein, versichern ihr Auto und legen eine Prüfung bei der IHK ab. Die Kosten dafür übernimmt Uber, die so gekürzten sind jetzt MietwagenunternehmerInnen im Ein-Personen-Betrieb. Ansonsten hat sich im Vergleich zu UberPop nichts geändert.

Jürgen Mümken

## SSS-DSCHUNGEL

### Habe ich ein Anrecht auf bezahlte Pausen bei ununterbrochener Bildschirmarbeit?

Viele Tätigkeiten erfordern heute die Arbeit am Bildschirm. Um einseitigen Belastungen, Ermüdungserscheinungen oder langzeitbedingten Schäden (bspw. Augenerkrankungen) vorzubeugen, sollte nach Möglichkeit ein Mischarbeitsplatz eingerichtet werden, bei der die Bildschirmarbeit durch alternative Tätigkeiten wie Protokollführung, Dokumentenablage, Arbeitsbesprechungen oder Ähnliches unterbrochen wird. Real sind die meisten ArbeiterInnen allerdings vollständig an die Bedienung und Kommunikation mit dem Bildschirm gebunden, und die Kriterien für Mischarbeit an Bildschirmarbeitsplätzen werden nicht mehr erfüllt (z.B. Arbeitsplätze in Callcentern, Programmierarbeitsplätze, elektronische Vorgangsbearbeitung). Laut § 5 der Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbV) hat der Arbeitgeber die Tätigkeit so zu organisieren, „...“, dass die tägliche Arbeit an Bildschirmgeräten regelmäßig durch andere Tätigkeiten oder durch Pausen unterbrochen wird, die jeweils die Belastung durch die Arbeit am Bildschirmgerät verringern.“ Ist eine tatsächliche Mischarbeit, also eine Unterbrechung der Bildschirmarbeit, nicht gegeben, stehen einem somit zusätzliche Erholungspausen zu. Hier wird arbeitsrechtlich unterschieden zwischen Ruhepausen nach § 4 Arbeitszeitgesetz (ArbZG) und bezahlten Erholungspausen. Bildschirmspausen von fünf bis zehn Minuten erfüllen nicht die Kriterien von Ruhepausen nach § 4 ArbZG, sondern sind ähnlich wie Lärmpausen Arbeitszeit im Sinne des ArbZG und sind als bezahlte Erholzeit nach besonderer Arbeitsbelastung anzusehen.<sup>1</sup> Leider regelt die BildscharbV nicht die Häufigkeit und Dauer solcher Erholungspausen. Die Gewerbeaufsicht empfiehlt stündlich eine frei gewählte fünfminütige Erholungspause, Arbeitsmediziner oder Arbeitswissenschaftlicher empfehlen vielfach sogar zehn Minuten Erholungspause pro Stunde Bildschirmarbeit.

Fazit: Es besteht ein Anrecht auf bezahlte Erholungspausen, wenn die Bildschirmarbeit nicht als Mischarbeit umgesetzt werden kann und die Tätigkeit nicht unterbrochen wird. Die BildscharbV liefert keine eindeutigen Regeln für Häufigkeit und Dauer der Erholungspausen, sodass bei Uneinigigkeiten im Einzelfall zu prüfen ist, ob § 5 der BildscharbV eingehalten wird. Genauere Regelungen gibt es oft in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarung (laut höchstem Arbeitsgericht hat der Betriebsrat Mitbestimmungsrecht zur Regelung und Unterbrechung von Bildschirmarbeit). Besser haben es da die KollegInnen in Österreich. In der österreichischen Bildschirmarbeitsverordnung (BS-V) regelt § 10 (1), dass nach jeweils 50 Minuten ununterbrochener Bildschirmarbeit eine Pause oder ein Tätigkeitswechsel im Ausmaß von mindestens zehn Minuten erfolgen muss und BS-V § 10 (5) Pausen gemäß Abs. 1 in die Arbeitszeit einzurechnen sind.

Saša Rebew, FAU Lich-Gießen-Wetzlar

### Darf mein Chef meine E-Mail lesen?

Erlaubt ein Arbeitgeber seinen Beschäftigten die private Nutzung des Internets, erbringt er damit laut Telekommunikationsgesetz geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste (§ 3 Nr.10 TKG) und wird damit zum Diensteanbieter (§ 3 Nr. 6 TKG). Nach § 88 Abs.1TKG unterliegt der Inhalt der Telekommunikation dem Fernmeldegeheimnis. § 88 Abs. 2 TKG fügt hinzu, dass zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses jeder Diensteanbieter verpflichtet ist, und § 88 Abs. 3 TKG spezifiziert, dass der Diensteanbieter sich oder anderen keine Kenntnisse über den Inhalt der Telekommunikation verschaffen darf, die nicht für die oben genannte Erbringung geschäftsmäßiger Telekommunikationsdienste nötig sind.

Um es auf den Punkt zu bringen: Mein Chef darf meine privaten E-Mails nicht lesen. Nach einem Beschluss des LAG Berlin-Brandenburg vom 16.02.2011 (Aktenzeichen 4 Sa 2132/10) wird jedoch ein Arbeitgeber nicht allein dadurch zum Diensteanbieter, dass er seinen Beschäftigten gestattet, einen dienstlichen E-Mail-Account auch privat zu nutzen. Der Auffassung des LAG nach unterliegt der Zugriff des Arbeitgebers auf E-Mails auch dann nicht den rechtlichen Beschränkungen des Fernmeldegeheimnisses, wenn Beschäftigte diese bei Nutzung des Arbeitsplatzrechners im Posteingang oder Postausgang belassen.

In diesem Fall konnte eine Beschäftigte krankheitsbedingt nicht zur Arbeit kommen, woraufhin sich die Chefin Zugang zum E-Mail-Postfach der Angestellten verschafft hat, das sie im Einklang mit den Unternehmensrichtlinien auch für private E-Mails genutzt hat. Dies war nach Auffassung des LAG rechtmäßig. Private E-Mails sollten also am Arbeitsplatz separat abgelegt oder nach Bearbeitung sofort gelöscht werden.

David Rabel, FAU Lich-Gießen-Wetzlar

### Rechte von Minijobber\_innen – bezahlter Urlaub und Weihnachtsgeld!?!

Auch Minijobber\_innen haben Anrecht auf bezahlten Urlaub, den Bossen fällt es manchmal schwer, dies zu berechnen. Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) gelten Minijobber\_innen als Teilzeitbeschäftigte und haben die gleichen Rechte wie Vollzeitbeschäftigte. Der Urlaub muss auf die entsprechenden Werkstage umgerechnet werden. Dabei ist ausschließlich relevant, wie viele Werkstage der Arbeitnehmer pro Woche arbeitet – und nicht, wie viele Stunden er an den Werktagen leistet. Arbeitet eine Person mit einem Minijob einen Tag in der Woche und gehen wir von vier Wochen Jahresurlaub aus, dann hat diese Person vier bezahlte Urlaubstage im Jahr – sodass diese Beschäftigten ebenfalls auf vier Wochen Urlaub kommen. (Siehe § 13 Absatz 1 BUrlG). Anspruch auf Weihnachtsgeld haben Menschen mit Minijob nicht. Wenn die Firma Vollzeitbeschäftigten eine Gratifikation zahlt, so haben Minijobber\_innen in ihrem Umfang der Arbeitszeit ebenfalls einen Anspruch. (Siehe § 4 Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG).

Zusammengestellt von David Rabel und Saša Rebew, FAU Lich-Gießen-Wetzlar

[1] Kiper: „Mischarbeit oder Erholungspausen bei Bildschirmarbeit?“, Computer und Arbeit 12/2011, 10-15.

**Post AG versucht Streiks zu unterlaufen**

Während sich in den letzten Wochen mehr als 32.000 Beschäftigte der Deutschen Post AG im Ausstand befanden, zeigte das Unternehmen eine ungeahnte Kreativität bei dem Versuch, die Streiks zu unterlaufen. So versucht die Post nicht nur, Beamte, StudentInnen und sogar „Freiwillige“ als Streikbrecher einzusetzen – in Frankfurt soll die Post nach Auskunft von Ver.di Taxis nutzen, um die liegegebliebenen Pakete und Briefe zuzustellen, auch lasse sie VerwaltungsmitarbeiterInnen in leeren Paketautos durch die Straßen fahren, um eine Zustellung vorzutäuschen. In einigen Orten würden Pakete bei Privatpersonen abgegeben, die diese dann für 50 Cent pro Zustellung ausgeben sollen. Vor dem Arbeitsgericht Bonn stellte Ver.di erneut einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen. Das Land Niedersachsen hat unterdessen die Paketzustellung an Sonntagen für unrechtmäßig erklärt und die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, diese zu unterbinden.

**Amazon: Klage gegen Befristung gescheitert – Streiks gehen weiter**

Die Klage vierer ehemaliger Amazon-Mitarbeiter – darunter zwei ehemalige Betriebsräte – auf Weiterbeschäftigung vor dem Arbeitsgericht Brandenburg wurde abgewiesen. Die vier waren zusammen mit ca. 900 weiteren KollegInnen am Standort Brieselang nach bis zu 1,5 Jahren befristeter Beschäftigung entlassen worden, obwohl im gleichen Zeitraum Neueinstellungen stattfanden. An anderen Standorten gehen die Streiks derweil weiter. Zuletzt legten die Beschäftigten in NRW, Hessen, Bayern und Sachsen die Arbeit nieder. Sprecher von Amazon glaubten zuvor eine abnehmende Streikbereitschaft feststellen zu können.

Anzeige

**Querstellen**  
statt querlesen

**ak**  
analyse & kritik  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 Euro  
Bestellungen unter [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

# „Kuchen“

Dieser Text heißt im Original: „Cake“. Erschienen in: Nappalos, Scott (2013), *Lines of Work: Stories of Jobs and Resistance*, Edmonton (Kanada), S. 44 - 50

Vor einiger Zeit entschied sich mein Boss, keine Partys mehr zu erlauben. Er sagte, das wäre „zu viel Ablenkung“ für die ArbeiterInnen. Da ich erst seit sechs Monaten hier arbeite, habe ich eine solche Party bisher noch gar nicht miterlebt.

Auf dem Flur hängen dekorative Rahmen, damit die Firma nicht wie ein Friedhof oder eine Anstalt aussieht. Es sind handgemachte Collagen, Nahaufnahmen aller MitarbeiterInnen, die auf früheren „Ende-des-Jahres-Partys“ waren. Leute bleiben oft vor ihnen stehen, um sie anzuschauen und um über Ex-MitarbeiterInnen zu tratschen.

Da ich ein Neuling bin, nehmen sie sich immer Zeit, um mir die Bilder zu erklären, wenn sie mich davor stehen sehen. Sie erklären mir, wie die KollegInnen heißen, wen sie besonders mögen und wen die ganze erweiterte Familie umfasst, die zu solchen Partys mitgekommen ist. Dann erzählen sie mir, wie betrunken sie an welchem Event waren, und darauf folgt immer eine witzige Anekdote. Sie scheinen diese Zusammenkünfte sehr zu vermissen. Angesichts der lächelnden Gesichter auf den Bildern kann ich erkennen, dass sich etwas verändert hat, seit der neue Chef den Laden übernommen hat.

„Wir waren glücklich“, höre ich oft, „ich meine, wir hassten uns oft gegenseitig, aber letztlich war es eine Art Hass-Liebe. Wir hatten Spaß. Jetzt interessiert sich niemand für irgendwas, alles hat sich verändert.“ Das erzählte mir Maria in der Mittagspause vor ein paar Tagen, als Santiago, Javier und seine Frau am anderen Tisch saßen. Die generelle Haltung dem Management gegenüber ist offensichtlich feindselig. Ich höre Spott, direkte Beschimpfungen und permanentes Lästern, auf Spanisch natürlich – außer, wenn Leute vom Management angesprochen sind, dann gibt es nur lächelnde Gesichter. Heute war der Geburtstag von Javier. Niemand wusste davon so richtig, und niemand hatte ihm irgendetwas mitgebracht. Als seine Frau seinen Geburtstag erwähnte, sagten wir peinlich berührt etwas wie: „Oh, äh... Herzlichen... Glückwunsch!“

Ich schlug vor, zu feiern. Maria sagte, dass sie das früher gemacht hätten. Jemand hätte Kuchen gekauft, und alle hätten eine kleine Pause genommen, um „Happy Birthday“ zu singen. Aber auch das wäre nicht mehr erlaubt. „Wie bitte? Das ist lächerlich! Wir sollten ihm (dem Chef) sagen, dass wir einen Kuchen für Javi anschneiden wollen“, sagte ich. „Pff“, spottete Santiago, während er seinen Kopf schüttelte, „er lässt uns ja nicht mehr.“

Ich ließ den Zynismus einfach an mir abprallen und mischte mich wieder ein: „Buen provecho [guten Appetit], ihr alle!“, ging zurück in mein Büro und dachte: „Warum weiß niemand, dass Javi heute Geburtstag hat?“

Ich arbeite an einem Arbeitsplatz, wo viele Menschen miteinander verwandt sind. Wir sind ungefähr drei Generationen hier, deshalb arbeiten viele mit ihrer Schwester, ihrem Cousin, der Mutter oder dem Vater zusammen, und das über viele Jahre. Ich gehöre zu der kleinen Minderheit von Menschen, die hier arbeitet, ohne mit jemand anderem verwandt zu sein. Ich erwähne das, weil Javi ein Mitglied der größten Familie hier ist. Trotzdem schien niemand zu wissen, dass er Geburtstag hat.

Ich ging schnell zurück in den Pausenraum und fragte, ob es irgendeinen Weg gäbe, an eine Liste mit den Geburtstagen zu kommen. Javi, der sonst für die Gehaltsabrechnung und Personalakten zuständig ist, schüttelte seinen Kopf. Nein, es sah so aus, als wenn er nicht helfen wollte.

„Ok...“, sagte ich.  
„Du könntest rumgehen und alle fragen, ha ha ha“, lachte Maria laut.  
„Ha... Ok.“ Ich ging zurück in mein Büro.  
„Alle fragen?“, dachte ich. „Ich kenne

gar nicht alle. Ich kenne nur ein paar Leute näher, der Rest kennt mich so gut wie gar nicht. Wie sollte ich erklären, dass ich die Leute nach ihrem Geburtstag frage? Sie werden alle denken, dass ich herumschnüffle. Die draufgängerische Grafikerin aus der letzten Ecke, die immer herumschnüffelt.“ Vielleicht sollte ich bis morgen warten. Ich könnte nach Hause gehen und meine FreundInnen fragen, ob das eine gute Idee wäre, und mir ein paar Tipps holen. Meine Aktion könnte zu überstürzt sein, da mich die Leute bisher nicht kennen. Vielleicht ist es merkwürdig.

„Ach, was soll's“, sagte ich mir. Javiers Geburtstag ist heute, ich habe jetzt einen guten Grund, morgen hat niemand Geburtstag. Ich nahm einen benutzten Zettel und beschrieb die Rückseite mit zwei Spalten: Name und Geburtstag.

Maria war wieder an ihrem Schreibtisch. Ich zeigte ihr den Zettel, und sie wusste sofort, worum es geht. Sie lachte und schrieb ihre Daten auf. Die Liste zeigte ich ein paar anderen Leuten und erklärte, dass Javi heute Geburtstag habe, und dass niemand das gewusst oder ihm etwas geschenkt habe. Wir sollten wenigstens gegenseitig unsere Geburtstage wissen. Ein Bogen, der Daten von ihnen verlangt, machte die Leute misstrauisch. Ich persönlich fühlte mich sehr unsicher in dem, was ich tat.

„Aber wofür ist das?“, fragten sie mich.  
„Äh... ich weiß nicht genau, vielleicht bringen wir das nächste Mal ein paar Kekse mit. Niemand hat irgendwas für Javi mitgebracht, weil wir nichts davon wussten.“

„Ja, das ist wirklich nicht richtig... Weißt du, früher feierten wir Geburtstage und brachten auch Kuchen mit...“

„Ich weiß, ich weiß. Nächstes Mal werden wir was machen, auch wenn es nur etwas Kleines sein sollte“, antwortete ich.

Nachdem sich ein paar Leute eingetragen hatten, sagte ich ihnen, dass sie die Liste weitergeben sollten. Ich dachte, das geht bestimmt in letzter Sekunde in die Hose. Ich holte mir Wasser, damit ich nicht die ganze Zeit dabei stehen würde, um zu sehen, ob Leute die Liste unterzeichnen. Ich ging ins Badezimmer, rief anschließend meine E-Mails ab und kam dann zurück.

Fast alle hatten unterschrieben, und noch besser: Sie waren von ihren Plätzen aufgestanden, unterhielten sich aufgeregt über frühere Geburtstagsfeiern und darüber, wann ihre Geburtstage waren, über witzige Geschichten und ihre Sternzeichen. Es war ein lebhafter Anblick. Ich brachte den Zettel zurück in das Büro, wo Javi und seine Frau arbeiteten, und als ich das Blatt Javis Frau gab, neigte sie sich mir entgegen und sprach mit leiser Stimme: „Sabes qué, weißt du was? Ich werde zum Chef gehen, um zu fragen, ob wir einen Kuchen für Javier haben können.“

Ich lehnte mich vor und sagte „Ja, super, wann?“

„Jetzt gleich.“  
„Jetzt gleich? Du hast ihm einen Kuchen besorgt?“

„Nein, ich besorge einen.“  
„Was? Woher? Jetzt gleich?“ Ich fragte sie ein paar Mal. Ich dachte: „Wird sie wirklich ihre Arbeit unterbrechen, sich in ihr Auto setzen und hier wegfahren?“

„Ja, jetzt gleich. Ich fahre zum Laden und komme dann wieder.“

„Ok? Ok... Ja, klar, ja, sag mir, was er dazu sagt.“

Sie füllte den Zettel aus, und ich ging zurück in mein Büro, noch verwundert darüber, was gerade passiert war.

Ungefähr eine Stunde später kam die Vertriebsleiterin, Javis Nichte, in mein Büro und sagte mir, dass ich in den Pausenraum kommen solle, weil wir einen Kuchen für Javi anschneiden würden. „Ok? Ok. Ok ja, ich bin sofort da.“



Ich ging in Richtung Pausenraum, und die Menschen zwängten sich in das winzige Zimmer, leise lächelnd, mit aufgeregten Händen in ihren Hosentaschen. Auf dem Kuchen stand sogar sein Name.

Javi kam als letzter, und ein Feliz Cumpleaños [Alles Gute zum Geburtstag] wurde angestimmt. Der Kuchen sah aufwendig und lecker aus. Hinterher lachten wir alle, redeten und machten Scherze im Pausenraum. Auf dem Weg zurück zu meinem Schreibtisch hängte ich die Liste an die Stempeluhr. Maria begleitete mich und sagte: „Das war toll... Ich bin froh, dass wir das gemacht haben. Auch wenn es niemand zugeben mag, alle mögen es, mal jemand Besonderes zu sein.“

Ich lachte leicht und sagte: „Du bist so kitschig.“ Ich griff lachend nach ihrem Arm. „Aber das ist wahr... So viel ist sicher.“

**Das Mitgenommene**

Die letzten sechs Monate waren eine spannende Reise des Lernens über die Gegebenheiten vor Ort. Ich knüpfte neue Beziehungen mit KollegInnen, was mir schwerfällt, da ich isoliert im Hinterzimmer arbeite. Aber dieses Lernen war von unschätzbarem Wert für mein Organizing. Die wenigen Male, als wir über die Arbeit geredet hatten, lernte ich viel über die verschiedenen Missstände in unserem Job, wie die extrem ungleiche Bezahlung, fehlende Leistungen/Renten, unklare Verträge, Lohnraub und so weiter. Jedes Mal, wenn ich fragte, wie wir diese Missstände zum Positiven verändern könnten, bekam ich dieselbe zynische Antwort: „Dieser Arbeitsplatz wird sich nie verändern, du kannst nichts machen.“ Ich kann gar nicht genug unterstreichen, wie sehr Leute an diesen Begründungen festhängen.

Ich frage mich von Zeit zu Zeit: „Wie bekomme ich Menschen dazu, sich zu wehren, wenn sie so hoffnungslos, desillusioniert und klein gehalten werden? Was wäre ein Thema, für das es sich zu kämpfen lohnen würde? Was passiert, wenn wir kämpfen, um Vorteile zu bekommen? Was ist, wenn Menschen ihre noch ausstehenden Löhne ausgezahlt bekommen?“ Ich bringe diese Themen ab und zu ein, wenn ich denke, dass es passt, aber der Zynismus ist so hartnäckig, dass er erdrückend wird. Das immer und immer wieder zu hören, führt dazu, dass ich manchmal glaube, die Dinge vielleicht wirklich nicht ändern zu können.

Aber dann kam die Sache mit dem Kuchen, und die führte dazu, dass ich die Dinge ein bisschen anders sehe.

Obwohl es kein großer Kampf war, war er ein Beispiel einer Aktion an einem Ort, an dem lange Zeit nichts besonderes passiert war. Wenn ich das genauer betrachte, musste ich mich nur leicht ins Handgemenge begeben

und ein bisschen Smalltalk über Sachen führen, die nichts mit der Arbeit direkt zu tun haben, um Menschen zu erreichen, mit denen ich sonst keinen Kontakt habe. Wir erreichten eine Unterbrechung der Arbeit für mindestens eine halbe Stunde, und Menschen können sich daran erinnern, wie es war. Sie haben sich daran gewöhnt, und jetzt feiern wir einfach, weil es alle wollen.

Das brachte mich dazu, kreativer zu denken, wenn ich mich an meinem Arbeitsplatz organisiere. Ich stellte fest, dass Widerstand nicht notwendigerweise in typische Schablonen passen muss, wie Kämpfe um höhere Löhne oder um Krankenversicherung. Widerstand kann auch von Dingen ausgelöst werden, die unsere politische Linie als OrganizerInnen nicht vorgibt. Vielleicht erscheinen diese Kämpfe im Moment zu winzig oder unbedeutend, aber an Orten, an denen Menschen ihre grundlegenden Beziehungen verloren haben, klingen große Kämpfe unangemessen oder unmöglich. Ich habe das Gefühl, dass ich zu sehr nach Chancen Ausschau hielt, nach Kämpfen, von denen ich gehört und vorher gelesen hatte, so dass ich die grundlegenden Beschwerden, die mir mitgeteilt wurden, übersah.

Als ich mit den anderen im Pausenraum saß und sah, wie alle miteinander redeten und lachten, war das ein Beweis dafür, dass soziale Bindungen das Rückgrat von Arbeitsplatz-Gemeinschaften sind. Ohne diese intensiven Beziehungen ist Widerstand nicht möglich. Diese gemeinschaftlichen Veranstaltungen produzieren Erfahrungen, die die Arbeit annehmbar machen. Das sind die Momente, auf die sich Menschen freuen, auch wenn die Aktion keine große Sache war. Sie sind ein Zeichen dafür, dass Menschen sich bereit fühlen, gemeinsam gegen die Aussage des Chefs vorzugehen, dass ArbeiterInnen „zu sehr abgelenkt“ würden. Und es zeigt immerhin, dass ihnen die Beziehungen untereinander wichtiger sind als das Kommando der ChefInnen.

Monika Kostas

Autorin:

Monika Kostas lebt und arbeitet in Miami, Florida. Sie ist Mitglied der IWW und arbeitet ebenso daran, dass neue Projekte in Miami entstehen, die sich darauf konzentrieren, Geschichten von ArbeiterInnen zu verbreiten und soziale Beziehungen in ihrer Community herzustellen. Normalerweise erstellt sie Grafiken und Illustrationen für die Ortsgruppe der IWW in Miami und andere Organisationen der radikalen Linken.

Aus dem Englischen übersetzt von Mark Richter/IWW Frankfurt am Main und Levke Asyr, IWW Leipzig.

Anzeige

## Kritik organisieren.

Jungle World. Die linke Wochenzeitung.  
Am Kiosk und im Netz: [jungle-world.com](http://jungle-world.com)



## Geringfügig angepisst

Die FAU Freiburg beginnt eine Kampagne zu geringfügiger Beschäftigung. Drei Fragen an das Syndikat.

### Was hat euch zu der Kampagne motiviert?

Die Anzahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse ist in Freiburg außergewöhnlich hoch. Dies vor dem Hintergrund ständig wachsender Mieten und der damit einhergehenden Verdrängung. Allein 22.232 Menschen arbeiten ausschließlich in geringfügiger Beschäftigung als MinijobberInnen. Das entspricht ungefähr 20 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Freiburg. Mit einem Anteil von ca. 60 Prozent sind dabei Frauen überdurchschnittlich betroffen. Gerade im Gastronomiebereich, von dem der Freiburger Fremdenverkehr abhängig ist, geht nichts mehr ohne die vielen MinijobberInnen.

Motiviert haben uns die erfolgreichen Kampagnen anderer FAU-Syndikate wie Jena oder Dresden. Darum sind wir auch an einem bundesweiten Erfahrungsaustausch interessiert.

### Kannst du kurz die besonderen Probleme in dem Beschäftigungsbereich schildern?

Für ArbeitgeberInnen sind Minijobs „eine Form staatlich zugelassener Schwarzarbeit“. Dabei subventioniert der Staat den Niedriglohnsektor aus Steuermitteln zusätzlich für all die AufstockerInnen, die von ihrem kargen Lohn nicht leben können und HartzIV beantragen müssen. Weitaus die meisten ArbeitgeberInnen drücken sich davor, elementare Arbeitsrechte zuzulassen. Dabei nutzen sie zum Teil geschickt „Vergünstigungen“ wie insgeheim bezahlte Mehrarbeit, die natürlich nicht auf den offiziellen Stundenabrechnungen erscheint, als Druckmittel mit Erpressungspotential aus. Durch die Einführung des Mindestlohns im Januar 2015 kam eine neue Dynamik in diesen Beschäftigungssektor, die wir nutzen wollen.

### Gibt es erste Erfolge? Welche Erfolge erwartet ihr?

Bisher haben wir uns darauf konzentriert, die Kampagne durch eine umfangreiche Plakatierungsaktion bekannt zu machen und gleichzeitig unsere Flyer an die Leute zu bringen. Außerdem haben wir eigens die Website [minijobfreiburg.blogspot.eu](http://minijobfreiburg.blogspot.eu) entworfen, um auf diesem Weg an Interessierte zu kommen.

Wir sind jedoch als Syndikat auch selbst betroffen von den Ausbeutungsbedingungen, die in diesen Jobs gang und gäbe ist. Hier sind wir konkreter aktiv und wollen eine Betriebsversammlung einberufen. Außerdem wollen wir analog zu unseren Dresdner GenossInnen einen Lohnspiegel ins Netz stellen und formulieren diesbezüglich eine Umfrage.

Interview: Emil Lohoff sr.



## Sechs Monate Kampf und noch immer kein Lohn

Die Auseinandersetzung migrantischer Arbeiter der „Mall of Berlin“ für ihren Lohn und ihre Würde geht weiter

Sie haben die Arroganz der Macht, doch sie haben nicht mit unserer Bereitschaft zum Widerstand gerechnet. Was das auf den ArbeitgeberInnen bedeutet, das haben sie bei uns keine Chance.“ Die knapp 200 TeilnehmerInnen der Demonstration „Sechs Monate Kampf und noch immer kein Lohn“ brechen in Applaus aus, als einer der rumänischen Kollegen spricht, die um ihren Lohn kämpfen (DA berichtete). Ein Stundenlohn von sechs Euro sowie Kost und Logis war ihnen versprochen worden. Der Betrag ist wesentlich niedriger als der im Baugewerbe gültige Mindestlohn. Aber selbst dieser Niedriglohn wurde den Bauarbeitern vorenthalten.

Im Oktober 2014 hatten sie sich zunächst an den DGB Berlin-Brandenburg gewandt. Das im dortigen Gewerkschaftshaus angesiedelte „Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte“ nahm Kontakt mit dem Generalunternehmer der Baustelle, der Firma Fettchenhauer Controlling & Logistic, auf und schrieb Geldentwässerungen. Außer Abschlagszahlungen, die nur einen Bruchteil des vorenthaltenen Lohnes ausmachten, konnten die Bauarbeiter auf diesem Weg allerdings nichts erreichen. Sie hatten weder Arbeitsverträge noch Gewerbescheine – das macht die Durchsetzung ihrer Ansprüche schwierig. Einige nahmen die Abschlagszahlungen und unterzeichneten zudem eine vom Unternehmen vorbereitete Erklärung, nach der sie auf weitere rechtliche Schritte verzichten sollten. Andere beharrten darauf, ihren vollen Lohn zu erhalten, und wollten weiter gehen. Erst, als sich die verbliebenen Bauarbeiter an die FAU wandten, begann die Öffentlichkeitsarbeit. „Mall of Berlin – auf Ausbeutung gebaut“ lautete die Parole. Der von der FAU kreierte

Begriff „Mall of Shame“ hat sich mittlerweile im Internet verbreitet. Der gesellschaftliche Druck hatte bisher nicht ausgereicht, um zu bewirken, dass der Generalunternehmer und seine Subunternehmen die ausstehenden Löhne bezahlten. Dabei handelte es sich um einige Tausend Euro. Für die Unternehmen sind es Beträge aus der Portokasse. Für die betroffenen Bauarbeiter und ihre Familien in der Heimat ist das Geld existenziell. Anfang April hatten zwei der Bauarbeiter einen juristischen Etappensieg errungen. Das Berliner Arbeitsgericht bestätigte die Forderungen von Nicolae Molcoasa und Nicolae Hurmuz. Das beklagte Subunternehmen war nicht zur Verhandlung erschienen und hatte auch keinen Anwalt geschickt. So musste das Gericht der Klage stattgeben. Doch wenige Tage später ging ein Anwalt des Unternehmens in Berufung – jetzt müssen die Arbeiter weiter auf ihren Lohn warten. Im August sind die nächsten Prozesse vor dem Arbeitsgericht angesetzt. Trotz aller Schwierigkeiten betonen die betroffenen Arbeiter, wie wichtig es für sie war, gemeinsam mit der FAU um ihren Lohn zu kämpfen. Nur ein Teil der Betroffenen kann die Auseinandersetzung jetzt noch in Berlin führen. Andere mussten wieder nach Rumänien zurück oder haben in einer anderen Stadt Arbeit gefunden. Die Kollegen, die bis heute durchgehalten haben, berichten auch über die vielen Schwierigkeiten. Zu Beginn ihres Kampfes hatten sie weder Geld noch Unterkunft. Die FAU kümmerte sich um Essen und Obdach. Wenn sie auch nach sechs Monaten Kampf noch immer auf ihren Lohn warten müssen, so haben sie doch schon einen wichtigen Erfolg errungen.

Sie haben deutlich gemacht, dass ausländische ArbeiterInnen in Deutschland nicht rechtlos sind und sich wehren können. Denn der Fall der rumänischen Bauarbeiter ist keine Ausnahme. „Es gibt viele solcher Fälle. Aber leider sind die Betroffenen nur selten in der Lage, sich zu wehren“, meint eine Mitarbeiterin von Amaro Foro, einer Organisation von in Berlin lebenden Romajugendlichen, auf der Demonstration. Das Leben von vielen Arbeitsmigranten aus Osteuropa sei von ständiger Verunsicherung geprägt. Das erstreckte sich nicht nur auf die Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie würden in den Jobcentern benachteiligt, seien oft von medizinischer Versorgung ausgeschlossen und müssten wegen rassistischer Diskriminierungen am Wohnungsmarkt oft in teuren Schrott-Immobilien wohnen. Zudem fehlt es den Betroffenen oft an Kontakten zu Organisationen und Initiativen, die sie im Widerstand unterstützen könnten. Das zeigte sich erst vor einigen Wochen wieder, als eine Gruppe rumänischer und bulgarischer Wanderarbeiter in den Fokus der Berliner Medien und einer Nachbarschaftsinitiative im grünbürgerlichen Stadtteil Schöneberg geriet. Nicht, dass sie in überbelegte Schrottwohnungen leben müssen, wird skandalisiert, sondern dass sie angeblich nicht in den Stadtteil passen. Es gibt also genug zu tun für eine kämpferische Organisation wie die Foreigners Section der FAU. Sie ist mittlerweile zum Anlaufpunkt für KollegInnen aus den verschiedenen Ländern geworden, die in Deutschland um ihren Lohn oder um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Peter Nowak

## Ein anderer Tarifvertrag ist möglich

Allgemeines Syndikat Berlin schließt Haustarifvertrag ab. Ein Interview mit der Basis.

Vielleicht könnt ihr erst mal was zu dem Betrieb sagen. Was ist das für ein Betrieb, was macht ihr? Wie sieht die Organisationsdichte aus und welche Gewerkschaften sind vertreten?

Betriebsgruppe: Strengthshop.de ist ein Onlineversand, der sich auf den Verkauf von Kraftsportartikeln spezialisiert hat. In den Bereichen Warenlager, Versand und Büro arbeiten wir weitestgehend selbstbestimmt. Es gibt zwar einen Chef, der alle Abläufe überwacht und letztendlich die Entscheidungsgewalt hat, aber wir strukturieren unseren Arbeitsalltag selbstständig. Die einzige bei Strengthshop.de vertretene Gewerkschaft ist die FAU Berlin, bei der alle MitarbeiterInnen Mitglieder sind.

Euer Tarifvertrag hat einige Alleinstellungsmerkmale, die ihn zu etwas besonderem machen.

BG: Ein Alleinstellungsmerkmal unseres Tarifvertrags ist das große Mitspracherecht (inkl. Vetorecht bei Neueinstellungen) der MitarbeiterInnen und der (erhöhte) Einheitslohn. Ebenfalls besonders ist das jährlich steigende Gehalt, das an die Inflation angepasst wird. Auch die Urlaubstage steigen bis Ende des Vertrags pro Jahr um einen Tag an. Erfreuer-

licherweise konnte auch ein Urlaubsgeld sowie ein Weihnachtsgeld von jeweils 30% eines monatlichen Nettogehalts ausgehandelt werden.

Jana (Tarifkommission - TK): Sehr wichtig war uns die Festschreibung der Betriebsgruppe, mit dem Recht auf Einflussnahme und Information, ohne die Nachteile eines Betriebsrates. Das ermöglicht eine aktive Gestaltung des Arbeitsplatzes durch die Arbeitenden. Gleichzeitig gibt es keine institutionelle Hierarchie über die Geschäftsführung hinaus. Um informellen Hierarchien vorzubeugen und Einflussnahme zu ermöglichen, wird die Betriebsgruppe von der FAU begleitet, erstattet Bericht und wird sich weiterbilden. Dafür hat die FAU ein Betriebsgruppenkonzept erarbeitet. Letztlich steht und fällt aber alles mit der Aktivität der Betriebsgruppe.

Tarifverhandlungen gehen mit Arbeitskämpfmaßnahmen einher. Musstet ihr kämpfen?

Markus (TK): Wenn man sich auf eine Tarifauseinandersetzung einlässt, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Gewerkschaft sich darauf vorbereitet. Das haben wir natürlich getan, indem wir im Vorfeld eine dezidierte Eskalationsstrategie ausgearbeitet haben.

Kämpfen mussten wir aber eigentlich nicht. Die Verhandlungen kamen öfter ins Stocken, aber dann mussten wir nur drohen, dass wir auch anders können. Unser Gegenüber wusste, dass die FAU kämpfen kann. Dieses Wissen hat immer gereicht, die Verhandlungen wieder in Fahrt zu bringen. Unser Gegenüber ging natürlich zu einem Fachanwalt, um den Tarifvertrag prüfen zu lassen. Der Anwalt fragte, mit welcher Gewerkschaft er verhandelt. Als unser Verhandlungspartner die FAU genannt hat, riet ihm der Anwalt davon ab, mit uns zu verhandeln, da die FAU nur an Kämpfen interessiert wäre. Nach dem Hinweis über den Organisationsgrad im Betrieb sagte der Anwalt nur noch: Dann müssen Sie wohl.

In einer traditionellen Sichtweise lehnt der Syndikalismus Tarifverträge ab. Was entgegnet ihr KritikerInnen, die diese Sichtweise vertreten?

Markus (TK): Das sie recht haben, natürlich haben Tarifverträge ihre Tücken. Wir schließen einen Vertrag mit dem Klassengegner und das wollen wir eigentlich nicht. Aber wir befinden uns in einer Situation, in der wir eben nicht mehrere Millionen GenossInnen organisiert haben und wir daher pragmatische Wege gehen müssen um im Hier und Jetzt etwas für uns und unsere KollegInnen zu erreichen und um den KollegInnen, die außerhalb unserer Gewerkschaft stehen zu zeigen, dass wir sehr wohl etwas erreichen können, selbstorganisiert und basisbezogen. Die Verträge

müssen halt einen Mehrwert für uns haben – z.B. die Stellung, die sich die Betriebsgruppe gegenüber der Geschäftsleitung erstritten hat. Übrigens haben wir eine Generalstreik Klausel aufgenommen, die das Streikrecht der GenossInnen im Falle eines entsprechenden Aufrufs seitens der FAU oder anderer Gewerkschaften ausdrücklich garantiert und die sogenannte betriebliche Friedenspflicht aussetzt.

Ihr seid ein zu Hundert Prozent in einer Gewerkschaft organisierter Betrieb. Was würde passieren, wenn Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft in den Betrieb eintreten würden? Denen würde ja nun das Tarifeinheitsgesetz auf die Füße fallen!

Jana (TK): Die Betriebsgruppe müsste sich überlegen, wie sie damit umgeht, die einzige verhandlungsberechtigte Gewerkschaft im Betrieb zu sein. Vorstellbar wäre ein solidarisches Miteinander mit den anderen ArbeiterInnen, sie in der Betriebsgruppe willkommen zu heißen, aber deutlich zu machen, dass weder Verdi noch eine andere Gewerkschaft verhandlungsberechtigt ist.

BG: Es wäre begrüßenswert, wenn alle zukünftigen MitarbeiterInnen von Strengthshop.de auch der FAU beitreten, das ist aber keine Bedingung, damit ein Beschäftigungsverhältnis zustande kommt. Wir freuen uns, neuen MitarbeiterInnen die FAU und ihre Ziele vorzustellen.

Interview: Erik Dickmann

## Meldungen aus der FAU

### Protest bei Lebenshilfe

Frankfurt: Mitarbeiter kämpfen für Tarifvertrag  
Frankfurt, 21.05.2015 – 80 Menschen haben am 21. Mai in Frankfurt a.M. gegen prekäre Arbeitsbedingungen in der Behindertenhilfe protestiert. Bei einem lautstarken Spaziergang durch Frankfurt-Hausen trugen in der FAU organisierte Mitarbeiter der Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V. sowie weiterer sozialer Träger ihre Forderung nach Abschluss von Tarifverträgen auf die Straße. Organisiert hatten den Spaziergang mehrere Beschäftigte der Lebenshilfe Frankfurt. Ein großes Banner mit der Aufschrift „Tarifvertrag jetzt!“ zeigte, worum es geht. Auch Mitarbeiter des CeBeef und Mitglieder des Netzwerks der sozialen Arbeit haben sich dem Spaziergang angeschlossen, da sie ebenfalls für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung bei sozialen Trägern eintreten. Neben Mitarbeitern dieser zwei Träger waren auch zahlreiche weitere Kollegen aus dem sozialen Bereich vor Ort, um ihre Solidarität zu zeigen. Einige Eltern von Klienten, die von Mitarbeitern der Lebenshilfe betreut werden, unterstützen den Protest ebenfalls. Die Lebenshilfe lehnt bisher die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit der FAU-Betriebsgruppe ab.

### Neue Broschüre:

Dein Recht im Minijob  
Passend zur Kampagne der FAU Freiburg hat die FAU Münsterland die Broschüre „Dein Recht im Minijob“ aktualisiert und neu aufgelegt. Neben der PDF-Version findet sich unter [www.fau-muensterland.de/minijobs/minijob-broschuere/](http://www.fau-muensterland.de/minijobs/minijob-broschuere/) eine sich stets in Aktualisierung befindliche Online-Fassung. Die FAU Münsterland freut sich über Feedback, Ergänzungen, Verbesserungen und Erfahrungsberichte.

### Anzeige

Unterstützt die zapatistische Autonomie!

Kaffeekollektiv  
Aroma Zapatista eG

Solidarischer Handel mit  
zapatistischem Kaffee

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel: 040 - 28780015

[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)  
(mit Online-Shop)  
kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de

### Eine Auswahl der wissenschaftlichen Literatur zum Thema:

Carr, Barry: „Across Seas and Borders“: Charting the Webs of Radical Internationalism in the Circum-Caribbean.

In: Luis Roniger u.a. (Hg.): *Exile and the Politics of Exclusion in the Americas*. Brighton u.a. 2012. S. 217-240.

Hirsch, Steven & Lucien van der Walt (Hg.): *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870-1940. The Praxis of National Liberation, Internationalism and Social Revolution*. Leiden/Boston 2010.

Levy, Carl: Social Histories of Anarchism. In: *Journal for the Study of Radicalism*, Bd. 4 (Nr. 2) 2010. S. 1-44.

Rosenthal, Anton: Radical Border Crossers. The Industrial Workers of the World and their Press in Latin America. In: *EIAL*, Bd. 22 (Nr. 2) 2011. S. 39-70.

Shaffer, Kirwin R.: Contesting Internationalists. Transnational Anarchism, Anti-Imperialism and US Expansion in the Caribbean, 1890s-1920s.

In: *EIAL*, Bd. 22 (Nr. 2) 2011. S. 11-38.

Van der Walt, Lucien & Michael Schmidt: *Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus*. Hamburg 2013.

Grenzüberschreitend solidarisch: Enrique Flores Magón mit seiner Familie und mexikanischen IWW-Mitgliedern 1923 in Ciudad Juárez.



# Radikale Globetrotter

Jenseits nationaler Grenzen: Anarchistische Netzwerke in der Karibik um 1900

1910 war die „anarchistischste“ Stadt der Welt nicht etwa Barcelona, sondern Buenos Aires, dicht gefolgt von Havanna. In vielen karibischen und lateinamerikanischen Regionen erlangten große syndikalistische Gewerkschaften eine ähnliche Bedeutung wie ihre europäische Schwester, die CNT. Verleihen wir dem globalen Süden in der Geschichte der anarchistischen Bewegung ein anderes Gewicht, ist Spanien keine Ausnahme mehr, so der Politikwissenschaftler Carl Levy. Momentan werden zahlreiche blinde Flecken auf der geographischen Landkarte des Anarchismus erschlossen und unerwartete Verbindungen aufgedeckt. Denn in Lateinamerika und der Karibik, aber auch in Südostasien und Teilen Afrikas, hatten Anarchismus und Syndikalismus um 1900 eine Massenbasis, ganz im Gegenteil zur Sozialistischen Internationale, die sich einen solchen Status in den kolonisierten und ehemals kolonisierten Gebieten erst noch erarbeiten musste. Lucien van der Walt und Michael Schmidt haben mit ihrem Konzept der *broad anarchist tradition* auf diese Breitenwirkung des Anarchismus aufmerksam gemacht. Bis heute wird die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihrer Ideen, Praxis und Organisationsformen aus einer eurozentrischen Perspektive erzählt. Im Mittelpunkt stehen meist weiße, männliche Handwerker und Industriearbeiter, nur selten werden die Grenzen des Nationalstaats hinterfragt. Doch die AkteurInnen waren weitaus internationalistischer und mobiler als oftmals angenommen.

Einige biographische Beispiele aus der Karibik: Der kolumbianische Anarchist und Herausgeber der Zeitschrift *Ravachol*, Juan Francisco Moncaleano, wurde 1911 des Landes verwiesen. Aus Sicht der Behörden hatte es Moncaleano, der hauptberuflich Lehrer war, mit seinen provokanten regierungskritischen und antiklerikalen Artikeln zu weit getrieben. Gemeinsam mit seiner Frau Blanca schiffte er sich nach Kuba ein, in Havanna kamen sie bei GenossInnen unter. Beide unterrichteten dort in konventionellen Schulen, verließen die Insel allerdings ein Jahr später wieder – angezogen von der Mexikanischen Revolution. In Yucatán halfen sie, eine *Moderne Schule* nach dem Vorbild Francisco Ferrers aufzubauen, dann verschlug es Moncaleano nach Mexiko-Stadt, wo er an der Gründung der ersten syndikalistischen Gewerkschaft Mexikos beteiligt war, der *Casa del Obrero Mundial*. In den USA traf sich das Paar 1913 wieder und unterstützte den Aufbau einer weiteren Schule in Los Angeles, die in einem neuen Gewerkschaftshaus der *Casa* untergebracht war.

Fast zur gleichen Zeit unternahm die aus Puerto Rico stammende Anarchistin und Feministin Luisa Capetillo Propagandareisen

nach Kuba und in die Dominikanische Republik, wo sie auf öffentlichen Versammlungen die ArbeiterInnen aufrief, sich in Gewerkschaften zu organisieren. In Puerto Rico hatte die alleinerziehende Mutter selbst Erfahrungen beim Streik der TextilarbeiterInnen gesammelt. Später lebte sie in Tampa (Florida) und New York. Der katalanische Anarchist Pedro Esteve hingegen war schon Anfang der 1890er Jahre in die Vereinigten Staaten gekommen. Zuvor hatte er im Nordosten Italiens an der Herausgabe anarchistischer Zeitungen mitgewirkt, nun lebte er in Tampa und Paterson (New Jersey). Esteves war für die italienischsprachigen Seiten der anarchistischen Zeitschrift *Regeneración* verantwortlich, die von den Brüdern Flores Magón erst in Mexiko und dann in den USA herausgegeben wurde.

### Proletarische KosmopolitInnen

Die Moncaleanos, Luisa Capetillo, Pedro Esteve sowie Ricardo und Enrique Flores Magón sind die etwas prominenteren Gesichter eines mobilen Proletariats, das seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre hinein die Karibik und ihre kontinentalen Anrainer in Süd-, Mittel- und Nordamerika aus Sicht der Regierenden unsicher machte. In dieser Zeit überquerten hunderttausende Menschen den Atlantik und immer wieder zahlreiche Staatsgrenzen auf der Suche nach Arbeit oder einem besseren Leben, auf der Flucht vor Repression, getrieben von revolutionärer Abenteuerlust oder mit der Absicht, Plantagen und Baustellen gewerkschaftlich zu organisieren. Das Propagandamaterial hatten sie im Gepäck. Durch ihre persönlichen Kontakte und die Verbreitung ihrer Zeitschriften knüpften sie Netzwerke jenseits des Nationalstaats.

Der technische Fortschritt – Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraphenkabel – trug dazu bei, dass Ozeane und nationale wie koloniale Grenzen einfacher denn je passiert werden konnten. Druckerzeugnisse waren leichter herzustellen und konnten massenhaft verbreitet werden. Zwischen 1898 und 1924 erschienen in Kuba, Puerto Rico und Panama allein 42 anarchistische Zeitungen. Den größten Verbreitungsgrad hatten die in Havanna herausgegebene Wochenzeitung *¡Tierra!* und die bereits erwähnte *Regeneración*. Beide Zeitungen dienten in Regionen, in denen es keine eigene Presse gab, als Überbringerinnen neuer Ideen und versorgten die dortigen GenossInnen mit Informationen aus der Bewegung, die wiederum eigene Artikel über die Lage vor Ort einschickten.

Verbreitet wurden Zeitungen und Propagandamaterial von den Grenzüberschreitern schlechthin: Matrosen und Eisenbahnern, unter ihnen viele Wobblies. So entwickelten

sich Hafenstädte wie Veracruz und Tampa zu wichtigen Drehscheiben in den Netzwerken, an denen sich besonders viele radikale GlobetrotterInnen trafen. Das tropische Netzwerk verband nicht nur die ArbeiterInnen der Großen und Kleinen Antillen miteinander, es reichte bis auf den Kontinent. So waren urbane Zentren wie Mexiko-Stadt, Key West und New York wichtige Knotenpunkte. Aber die ProtagonistInnen druckten nicht nur Zeitungen: Sie organisierten sich in Gewerkschaften, führten öffentliche Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch, streikten in den Tabakfabriken, auf den Docks sowie den Zuckerrohr- und Bananenplantagen, organisierten Rundreisen und Konferenzen, eröffneten Schulen und feierten den 1. Mai. Unter der Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Unterschiede entwickelten sie die anarchistische Idee weiter und teilten ihre Erfahrungen mit den GenossInnen weltweit. In den ersten Jahren der Revolution wurde Mexiko ein besonderes Experimentierfeld für Radikale aus allen Teilen der Karibik und der Welt. Als die anarchistische *Partido Liberal Mexicano* um die Magón-Brüder 1911 in Niederkalifornien ein Kommune-Projekt initiierten, waren viele der KämpferInnen, die das kollektive Land schützten, IWW-Mitglieder oder kamen aus Europa.

Seit ein paar Jahren sind diese transnationalen Netzwerke verstärkt ins Interesse einiger HistorikerInnen gerückt, die sich auf die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik spezialisiert haben. Insbesondere die sogenannte transnationale und postkoloniale Wende in den Geistes- und Sozialwissenschaften haben dazu beigetragen. Anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen im globalen Süden werden zunehmend mehr Studien und Publikationen gewidmet. In einem noch ausstehenden Band wollen van der Walt und Schmidt die Weltgeschichte des Anarchismus und Syndikalismus aufarbeiten – ohne eine Hälfte des Erdballs auszusparen. Dem Historiker Kirwin Shaffer ist es zu verdanken, dass die Karibik längst kein unbekanntes Terrain mehr ist.

### Schmelztiegel Karibik

Seit der Eroberung und Kolonisierung durch die Spanier und die späteren Vorstöße der französischen, britischen und holländischen Kolonialmächte war die Karibik ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen und Sprachen. Die Region wurde durch den transatlantischen Sklavenhandel und ausgedehnte Zuckerrohrplantagen bestimmt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts leitete die Sklavenrevolution der „Black Jacobins“ (C.L.R. James) von Saint Domingue die Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika ein. 90 Jahre später verlor Spa-

nien nach dreijährigem Unabhängigkeitskrieg mit Kuba seine letzte Kolonie in Amerika. Am Krieg beteiligten sich auch viele kubanische AnarchistInnen, die den Kampf weniger als nationale Befreiung, sondern als anti-kolonialen Kampf für Freiheit sahen (vgl. van der Walt in *DA* 209). Außerdem wurde die Karibik stark durch die Einwanderung spanischer und italienischer ArbeiterInnen und die zunehmende hegemoniale Ausdehnung der USA geprägt.

Im Zuge der zweiten industriellen Revolution und der Dollar Diplomacy der USA gewannen große transnationale Unternehmen an Einfluss. Ganze Gebiete wurden durch Konzerne wie die *United Fruit Company* erschlossen, die zum Beispiel in Costa Rica Eisenbahnstrecken und Häfen zum Bananentransport bauen ließ. Der Ausbreitung des Kapitals folgten die ArbeiterInnen. Zwar waren die Unternehmen auf ihre Arbeitskraft angewiesen, doch fürchteten sie gleichzeitig nichts mehr, als AgitatorInnen auf den Plantagen und in den Fabriken. Ab 1903 wurde die Panamakanal-Zone zu einem weiteren wichtigen Knotenpunkt im karibischen Netzwerk. Der Bau des Kanals, den die USA durch die Unabhängigkeit Panamas von Kolumbien forciert hatte, zog Arbeiter aus der gesamten Karibik und darüber hinaus an. Prompt verboten die US-amerikanische und die panamaische Regierung Anarchisten die Einreise in die Kanalzone und später ins ganze Land – dennoch schlüpfen zahlreiche von ihnen durch die Kontrollen. Sie fanden sich mit miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert und mussten feststellen, dass Gewerkschaften in dem jungen Land nicht existierten. Von der *American Federation of Labor* erhielten sie nur wenig Unterstützung, außerdem nahm sie nur weiße, ausgebildete Arbeiter auf. So begannen die Anarchisten bis zur Fertigstellung des Kanals 1914 ihre eigene Kampagne: Sie agitierten ihre Kollegen – auch mit Hilfe der kubanischen *¡Tierra!* – führten zahlreiche Streiks durch, schlossen sich in einer Föderation zusammen und warnten mithilfe der Zeitungen die Genossen in Spanien vor den schlechten Arbeitsbedingungen – sie sollten sich keine Illusionen machen und zu Hause bleiben.

Um die Militanten loszuwerden, ersetzte die Kanalverwaltung sie durch billigere Arbeiter von den British West Indies. Ähnliche Maßnahmen wandte man auch auf den Zuckerrohrplantagen Kubas an. Manchmal ging diese Strategie auf. Die Armut auf den West Indies war groß, die ArbeiterInnen akzeptierten geringere Löhne und stießen bei ihren KollegInnen oft auf rassistische Vorurteile. Auch den AnarchistInnen gelang es nicht immer, diese zu überwinden und sich gemeinsam zu organisieren. Nachdem der Kanal fertiggestellt war, zogen die meisten Arbeiter weiter, viele importierten ihre Organisationserfahrungen an ihre neuen Arbeitsplätze. Diejenigen, die in Panama blieben, machten zehn Jahre später mit einem Mietenstreik auf sich aufmerksam, den die Regierung mithilfe der USA brutal niederschlug.

Am Ende der 20er Jahre hatte die anarchistische Bewegung in der Karibik ihren Höhepunkt überschritten. Einerseits sahen sich die AkteurInnen mit großen Repressionswellen konfrontiert. Die *Red Scare* griff nicht nur in den Vereinigten Staaten um sich, sie breitete sich auch in der Karibik aus, wo nach wie vor zahlreiche autoritäre Regimes durch die USA unterstützt wurden oder die Marines stationiert waren. AnarchistInnen wurden fast überall als vermeintlich kriminelle AusländerInnen ausgewiesen oder deportiert. Andererseits hatte die Russische Revolution und der Sieg der Sowjets eine große Anziehungskraft entwickelt. Die anarchistischen Organisationen konkurrierten zunehmend mit kommunistischen Parteien, die ganz andere Strategien vertraten. Inwiefern auch organisatorische Schwächen zum Niedergang der Netzwerke beitrugen, ist bislang wenig beleuchtet.

Sicher hingegen ist, dass die „Tropical Libertarians“ (Shaffer) unsere heutige Sicht auf den Anarchismus revolutionieren. Denn entgegen geläufiger Erwartungen, waren sie zumindest zeitweise ungewöhnlich gut organisiert und global vernetzt – proletarische KosmopolitInnen im wahrsten Sinne des Wortes.

Silke Bremer

### Anzeige

**graswurzel revolution**  
www.graswurzel.net  
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Die Alternative zu Kommerz und Verdummung“ (THTR-Rundbrief)

Probeheft kostenlos.  
Abo: 38 Euro (10 Ausgaben)  
Bestellformular & Infos: [www.graswurzel.net/service/](http://www.graswurzel.net/service/)

GWR 400, Sommer 2015: Graswurzelrevolutionäre Comics, Analysen, Geschichte; Anti-Atom; „Project Shelter“; Peter Paul Zahl, Dutschke, Christian Sigrist, Seyfried und Hans Söllner; Berichte aus Chile, Griechenland, Frankreich,...



# Tragödie und Farce der sich wiederholenden Geschichte

Warum Erdogan keine neue Türkei erschaffen hat. Eine Debattenkritik anlässlich der türkischen Parlamentswahlen

Rund um die türkischen Parlamentswahlen am 7. Juni wurde vor allem eine große Geschichte erzählt: Vom Aufstieg und nun womöglich Fall des Recep Tayyip Erdogan angesichts des Erfolges des kurdisch-linken Wahlbündnisses HDP. Er und seine AKP hätten, so die meisten Chronistinnen und Chronisten, 2003 eine Zeitenwende in der türkischen Politik eingeleitet. Sämtliche gesellschaftlichen Prozesse werden seit über einem Jahrzehnt gerne mit den Umtrieben und der Persönlichkeit Erdogans erklärt: Ob Wirtschaftsboom oder Islamisierung, ob Frieden oder Krieg mit der PKK, ob Jugendaufstände wie bei den Gezi-Protesten oder Wahlerfolge der neokonservativen AKP, immer scheint es im Kern um den stolzen Aufsteiger aus Istanbul zu gehen. Der Journalist Deniz Yücel überschreibt seine Posts bei Facebook und Twitter schon gerne mal mit „Neues aus Tayyipistan“.

Mit der Idee von der 2003 eingeleiteten Zäsur der türkischen Politik und Gesellschaft lassen sich auch etliche Konflikte ideologisch überlagern, die tatsächlich auf die Zeiten der rücksichtslosen Industrialisierung unter Staatsgründer Kemal Atatürk oder die Militärdiktatur der 1980er Jahre zurückgehen. Die Diskriminierung der Provinzen – nach wie vor ein Hauptthema der türkischen Gesellschaft, zu dem sich die Politik der AKP sehr ambivalent verhält – entspringt der Entwertung der dortigen wirtschaftlichen Zusammenhänge nach dem Untergang des Osmanischen Reiches und der staatlich organisierten Konzentration der Wirtschaftskraft auf industrielle Zentren rund um Istanbul und entlang der Mittelmeerküste gemäß der Modernisierungsdevisen Atatürks. Die Folgen sind bis heute eine enorme Landflucht und ein Heer von Arbeitssuchenden in den Zentren, aus denen die türkische Industrie einen großen Nachschub an NiedriglöhnerInnen rekrutieren kann.

In diesem Milieu entstanden in den 70er Jahren starke Gewerkschaften, autonome Betriebsgruppen, radikale linke Organisationen und aufgrund der speziellen Diskriminierung der kurdischen Provinzen auch die PKK. Da die damalige Türkei zwar durchaus einen Grad von Industrialisierung erreicht hatte, der dem der westlichen Industrienationen kaum nachstand, aber nur eine Durchlaufstation in der internationalen Wertschöpfungskette markierte – die Bundesrepublik war und ist aufgrund der im Kaiserreich gereiften Kontakte eins der Hauptländer, in die das in der Türkei erwirtschaftete Kapital abfließt – war es dem türkischen Staat und seinen Unternehmen nicht möglich, die ArbeiterInnen mittels Ausbau des Sozialstaates und der Einbeziehung der Gewerkschaften zu befrieden. Ohne das Zuckerbrot blieb nur noch die Peitsche: Massenentlassungen als Bestrafungsaktion, Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Schlägertrupps, aus denen dann auch unternehmensfreundliche Gewerkschaften aufgebaut werden konnten, und als zwangsläufiger Höhepunkt einer solchen Strategie der Spannung schließlich der Militärputsch von 1980.

## Nebelkerzen für eine neue Gegenwart

Erdogan und seine AKP deuteten diese Verhältnisse erfolgreich zu historischen Atlanten um, die durch den Gleichschritt aus Neoliberalismus und Islamisierung endlich beseitigt werden könnten: Mit der Schwächung des laizistischen Charakters des türkischen Staates werde die gesellschaftliche Stellung der so genannten „schwarzen Türcinnen und Türcen“, also der Landbevölkerung und ihrer urbanen Nachkommen, die im Gegensatz zur städtischen kemalistischen Bourgeoisie, den „weißen Türcinnen und Türcen“, nicht von der Modernisierung des Landes profitiert hatten, aufgewertet. Mit der Identifizierung der Diskriminierten des Landes als eine unterjochte religiöse Mehrheit der Gesellschaft verkaufte die AKP ihre Islamisierungsagenda als eine Anti-Eliten-Politik. Hieraus ergab sich der Freibrief, hart gegen Gewerkschaften und jene zivilgesellschaftlichen Akteure vorzugehen, die dem neoliberalen Projekt der Regierung entgegenstanden.

Im Zeichen des Neoliberalismus sollte auch der Fokus auf Ausbeutungsverhältnisse in den Hintergrund wirtschaftspolitischer Debatten gerückt werden. Die Konfliktlinien – zwischen Massenbelegschaften und prekarierten WanderarbeiterInnen mit quasi identischen Erfahrungshintergründen auf der einen und der türkischen wie internationalen Großindustrie und dem Staat auf der anderen Seite – erblassen seit einem guten Jahrzehnt aufgrund der prototypisch neoliberalen Umstrukturierung der türkischen Wirtschaft zunehmend: Durch die Auslagerung von Produktionsstätten, die Gründung von Subunternehmen, ein Wirrwarr von unterschiedlichen Arbeitsverträgen im selben Betrieb, arbeitsrechtliche Sonderregelungen in einigen Provinzen und Unternehmen, den Ausbau des Dienstleistungssektors mit seinen kleinteiligen Formen der Arbeitsorganisation sowie auch die starke Erweiterung der Aktivitäten in so genannten „Freihandelszonen“. Auf diese Weise entsteht der neoliberalen Ideologie der AKP entsprechend „Arbeit für alle“ und ein türkischer Wirtschaftspatriotismus angesichts der Wachstumszahlen und der Überholspur, auf der sich die türkische Volkswirtschaft gegenüber gerade vieler europäischer Industrienationen befindet. Klassenbewusstsein und gewerkschaftliches Engagement gelten folgerichtig als antiquiert und münden, wenn konsequent vertreten, in Vaterlandsverrat. Das Verbot des Streiks der MetallarbeiterInnen im Frühjahr 2015 durch die AKP als „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ (vgl. Artikel in der letzten DA) ist Ausdruck dieser Ideologie.

## Neoliberale Erfüllung diktatorischer Träume

Dass es sich bei der sowohl in der Türkei als auch bei internationalen KommentatorInnen weit verbreiteten Idee, Erdogan hätte Kraft seiner Persönlichkeit das Land umgekrempelt, eben um nicht viel mehr als Ideologie handelt, wird an dem Beispiel des Verbots dieses Streiks deutlich. Die AKP griff auf

ein Gesetz zurück, das in der Zeit der türkischen Militärjunta in den 1980er Jahren geschaffen wurde, wie in der Umdeutung eines Arbeitskampfes als Angriff auf die Nation schon semantisch deutlich wird. Da sich der Streik gegen das finale Übergreifen der neoliberalen Agenda auf die Metallindustrie richtete, kann auch auf den Charakter der Wirtschaftspolitik der AKP allgemein hingewiesen werden: Das Ziel der Militärjunta von der entpolitisierten und de-organisierten türkischen Gesellschaft im Allgemeinen und der ArbeiterInnen im Speziellen doch endlich zu erreichen – ein Zustand, der letztendlich ja weltweit die Utopie aller Neoliberalen beschreibt. Die Industrie- und Handelskammer Köln preist die 20 Freihandelszonen der Türkei bei deutschen Unternehmen mit den Worten an, die in ihnen „operierenden Betriebe genießen seit 1985 Freiheit von der Einkommen-, Körperschaft- und Mehrwertsteuer sowie vom Einfuhrzoll.“ Damit bezieht sie sich positiv auf die Gesetzgebung einer Zeit, in der die Organisationen der Beschäftigten in der Türkei massiv verfolgt und unterdrückt wurden. 1986 wurden allein im Verfahren gegen den Gewerkschaftszusammenschluss DISK 1.477 Anklagen erhoben; Zehntausende saßen in Gefängnissen und waren von Folter und Exekution bedroht. Die mit Stacheldraht und hohen Mauern umgebenen Freihandelszonen, in denen über 45.000 Menschen arbeiten, sind heute die vielleicht gewerkschaftsfeindlichsten Orte des Landes.

Dass die AKP ranghohe Militärs, Polizisten und Richter, die sich während der Diktatur furchtbarer Verbrechen schuldig gemacht hatten, entmachtete, vor Gericht stellte und tatsächlich ins Gefängnis brachte, wird bis heute als ein großer historischer Verdienst Erdogans dargestellt. Tatsächlich brachte die AKP auf diese Weise Militär, Polizei und Justiz unter eigene Kontrolle und ist nun in der Lage, harte und langwierige Konflikte mit Gewerkschaften und anderweitig organisierten ArbeiterInnen einzugehen, wie auch angesichts des viel beachteten „Tekel-Streiks“ deutlich wurde. Dem Aufstand gegen die Privatisierung des Tabak-, Alkohol- und Zuckerunternehmens, dem sich 2010 fast 100% der 12.000 Beschäftigten anschlossen, konnte die AKP mit dem ganzen Arsenal aus gewalttätiger Repression und juristischer Einschüchterung begegnen, begleitet von einer medialen Hetzkampagne. Bekanntermaßen unterscheidet sich die Wertschätzung der Pressefreiheit seitens der AKP auch nur graduell von derjenigen der Militärjunta, deren negatives Erbe Erdogan zu überwinden versprach. Im Gegensatz zur militärischen Gwalt Herrschaft in den 1980er Jahren setzt die AKP nicht ausschließlich auf physische und juristische Verfolgung von kritischen Journalistinnen und Journalisten, sondern auch auf die Macht des Geldes, in dem parteinahe Investoren einfach Medienunternehmen aufkaufen oder neugründen. Der Effekt bleibt ein zumindest ähnlicher.

## Ob mit oder ohne Allah: No justice, no peace

Doch auch das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie ist entgegen der Darstellung der AKP und einer Vielzahl internationaler Presseberichte nicht auf eine gänzlich neue Ebene gehoben worden. Erdogan beschwört beständig seine Herkunft aus einem ärmlichen Elternhaus, sein Vater ein typischer Arbeitsmigrant aus Rize am Schwarzen Meer ins industrielle Istanbul, ökonomisch ausgebeutet und politisch und kulturell aufgrund seiner Religiosität und provinziellen Herkunft durch die kemalistisch-laizistischen Eliten diskriminiert. Der religiöse Knochen, den die AKP den (oftmals auch nur vermeintlich) konservativen Provinzen seit der Übernahme der Regierung permanent hinwirft, ist jedoch allmählich abgegessen.

Die durch das höhere Steueraufkommen, Handelsverträge und den Verkauf von Staatsunternehmen gewachsenen finanziel-

len Möglichkeiten des Staates werden nicht rechtsverbindlich und transparent eingesetzt, um endlich den abgehängten Kommunen ein Stück vom Kuchen abzugeben. Vielmehr können Provinzgouverneure der AKP willkürlich über die von der Zentralregierung umverteilten Ressourcen verfügen. Anstatt eines Wohlfahrtsstaates, der der



*Geschichtsbewusstsein als klamaukige Fassade: Mit dick aufgetragener osmanischer Schminke möchte Erdogan die klaffenden Wunden der türkischen Gesellschaft überpinseln. Hier beim Empfang des Fatah-Führers Abbas*

neoliberalen Ideologie auch entgegenstehen würde, werden durch die mit dem Staat verwachsenen lokalen AKP-Strukturen religiöse Institutionen mit Geld versorgt, um Charity zu betreiben. Anstelle eines Rechtsanspruches auf sozialstaatliche Mittel winkt Hilfe nur beim Eintritt ins AKP-nahe religiöse Kollektiv. Auf eine solche Hilfe sind strukturell vor allem die BewohnerInnen der Provinz angewiesen, da eine große Auswahl an Arbeitsmöglichkeiten fehlt; zudem ist die Bevölkerung vieler Orte auf dem Land aufgrund der Auswanderung in die Städte stark überaltert – ohne die Hilfe der in den Zentren lebenden Familie droht vielen die Altersarmut. Doch islamische Charity kann den allgemeinen Charakter eines Wohlfahrtsstaates nicht ersetzen. Die Bedürftigen finden einen Flickenteppich von religiösen Hilfsangeboten vor, die die jeweils sehr unterschiedliche Form der Hilfe an ebenfalls sehr unterschiedliche Bedingungen knüpft. Zudem verschwindet in dem undurchsichtigen Konglomerat aus staatlicher Finanzbehörde, regionalen AKP-Büros und den diversen islamischen Einrichtungen ein nicht kleiner Teil des Geldes für alle Ewigkeit. Die sowohl neoliberal als auch religiös begründete Ablehnung eines starken Sozialstaats befeuert Filz und Korruption als Merkmal der AKP-Herrschaft gerade in der Peripherie. Erdogan und die AKP haben der verarmten Landbevölkerung anstatt zu neuen Rechten so zu einem System der Willkürherrschaft verholfen. Die von Kemal Atatürks Industrialisierungspolitik geerbte Kluft zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich so nicht schließen.

Bei Redaktionsschluss verbreitete sich die Meldung, die AKP würde nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit nun eine Koalition mit der nationalistischen MHP eingehen, zu deren politischen Umfeld die rechtsradikalen Grauen Wölfe gehören und bei der sich viele Mitglieder positiv auf die Militärjunta der 1980er beziehen. Damit würde die Ideologie von der durch Erdogan neu geschaffenen Türkei endgültig zu Grabe getragen werden. Für Gewerkschaften und türkische sowie speziell kurdische soziale Bewegungen bedeutet ein solcher im Prinzip folgerichtiger Schulterschluss – sollten sich die Meldungen nach Erscheinen dieser DA bewahrheiten – nichts Gutes.

Marcus Munzlinger



*500.000 Anzüge produzieren die Beschäftigten in der Hugo Boss Textilfabrik in der Freihandelszone Izmir jährlich und dürfen sich als Dank von PraktikantInnen aus deutschen Universitäten zu noch mehr Arbeit antreiben lassen. Wer sich beschwert, wird schnell gefeuert*

Anzeige

www.jungewelt.de/probeabo

**Eine Million Tore für die Revolution!**

Die Tageszeitung **Junge Welt**

**Auftakt zum Widersta**

**Jetzt drei Wochen gratis lesen!**

# struggle ['strʌgl]

## NACHRICHTEN VON DER KLASSENFRONT

### Türkei: Repression gegen Gewerkschaft bei Pool-Hersteller

200 überwiegend weibliche Beschäftigte zählt das Istanbul-Werk des Swimming-Pool-Herstellers „Serapool“. Nun wurde einer von ihnen wegen gewerkschaftlicher Betätigung die Kündigung ausgesprochen, woraufhin die Belegschaft am 15. Juni in den Streik trat und das Werk besetzt hielt. Doch ist die Entlassung nur die Spitze des Eisbergs: Im Kern fordern die Angestellten ebenfalls, das Lohnniveau von Frauen und Männern im Betrieb einander anzugleichen, zudem das Ende des Mobbing gegen Gewerkschaftsmitglieder, sowie bessere Arbeitsbedingungen vor Ort – zum Teil wird hier bei 50 C° produziert. Unterstützt wird der Kampf von der Glas-Keramik-Gewerkschaft (Cam Keramik-Is Sendikası), welche Teil der 350.000 Mitglieder zählenden linken Gewerkschaftsföderation DISK ist.

### Island: Krankenschwestern gegen Streikverbotsgesetz

Das isländische Pflegepersonal besteht zu gut 94% aus Frauen. Und – wen wird es überraschen – verdient diese Berufsgruppe mit ca. 2000 Euro brutto weitaus weniger, als andere Berufsgruppen mit vergleichbaren Qualifikationsanforderungen. Seit Mai kam es unter anderem deswegen in einem Zeitraum von mehreren Wochen wiederholt zu Streiks. Daraufhin verabschiedete das isländische Parlament ein Gesetz, welches dem Pflegepersonal bis auf Weiteres Streiks verbietet und eine Schlichtung bis zum 1. Juli vorschreibt. Prompt legten die Isländische Krankenschwesternassoziation (FÍH) und die die Ärzte vertretende Gewerkschaft BHM Einspruch ein, in dem sie vor den obersten Gerichtshof zogen, mit dem Verweis auf die Unvereinbarkeit des Gesetzes mit dem in der isländischen Verfassung garantierten Streikrecht – jedoch ohne entscheidenden Erfolg. Derweil droht eine beträchtliche Anzahl von Krankenschwestern mit Massenkündigungen, mit der realistischen Aussicht in anderen skandinavischen Ländern ihre Arbeit unter besseren Bedingungen und höherer Entlohnung verrichten zu können. Wird bis zum 1. Juli keine Einigung gefunden, soll sich ein Schiedsgericht der Sache annehmen.

### Spanien: Telefonica macht Zugeständnisse

Nach über 70 Tagen Streik und einer Streikbeteiligung von 95% ist der Kommunikationsriese Telefonica nun zu Zugeständnissen an seine Beschäftigten bereit. Konkret geht es um in Subunternehmen Beschäftigte im Baskenland. Dort existierte bisher nur ein unzureichender Tarifvertrag der großen Gewerkschaften CCOO und UGT. Nun konnte das selbst gewählte Streikkomitee einen Vertrag erwirken, in dem u.a. der Lohn auf im Schnitt 15 Euro die Stunde angehoben wurde.

### Brasilien: Mercedes entlässt 500 Angestellte

Bereits Ende April kochte es in der brasilianischen Automobilbranche: Nachdem neben dem Mercedes-Werk in São Paulo auch VW, GM und Volvo Entlassungen angekündigt haben, kam es zu Streiks, welche alle vier Konzerne vorerst zum Zurückrudern bewegten. Doch zumindest Mercedes geht seit Juni wieder in die Offensive: 500 Entlassungen, darüber hinaus sollen 2000 Aufhebungsverträge geschlossen werden, 7000 Angestellte wurden in Zwangsurlaub geschickt. Derweil kampfieren 300 Entlassene vor den Werkstoren. Ein Vertreter der Metallarbeiter-Gewerkschaft erklärte, sie halte sich jede mögliche Form des Kampfes offen, gegen jede Art einseitigen Handelns seitens Mercedes. Sogar von der IG Metall wird der Protest hierzulande unterstützt. Neben Solidaritätsbekundungen gibt es auch die Ankündigung es nicht hinzunehmen wenn versucht werde, in deutschen Mercedes-Werken eine neuerlichen Streik aus Brasilien abzufedern bzw. zu brechen.

### Armenien: Gegen hohe Strompreise

Rund 3000 DemonstrantInnen zogen am 24. Juni wiederholt durch die Straßen der Hauptstadt Jerewan. Sie fordern nach wie vor den Stopp einer geplanten Strompreiserhöhung. Lokale Medien berichteten von Barrikaden aus Mülltonnen, auch kam es zu einem rabiaten Vorgehen seitens der Sicherheitskräfte: Schlagstöcke und Wasserwerfer waren im Einsatz. Bereits während einer Demonstration am Vortag hatte die Polizei rund 200 Menschen festgenommen, welche aber – offiziellen Angaben zufolge – größtenteils wieder auf freiem Fuß sein sollen.



Die Mafia ist längst nicht mehr nur in Süditalien präsent

# System Mafia capitale und die Flüchtlinge

Ein Bericht zur aktuellen Lage der Flüchtling in Verbindung mit der Mafia

Gerade geht in Rom und in seiner Umgebung unglaubliches vor. Fast wie zu Beginn der 1990er Jahre kommt ein System zum Vorschein, bei dem Gedacht worden war, den Sumpf aus Verquickung von mafiösen Strukturen und der öffentlichen Hand in Italien trocken gelegt zu haben. Dies war natürlich weit gefehlt – nicht erst Berlusconi und andere Politiker erlebten auch nach den zahlreichen Gerichtsprozessen vor 20 Jahren rätselhaft Aufstiege – nein auch die beständige Verbindung zwischen diesen Strukturen und der Politik endete nie. Zwar wurde die gesamte italienische Parteienlandschaft zur Zeit des „Manipulite“ und „Tangentopoli“ komplett umgepflügt – das Übel bekam nun meistens aber einfach einen neuen Namen. Und auch die organisierte Kriminalität änderte sich, sie wanderte viel mehr vom einfachen Drogenschmuggel oder der Schutzgelderpressung in die höhere Wirtschaft, dort wo es sie wie in anderen Ländern auch in Italien vielen Bereichen im höheren Finanzwesen gibt.

In den jetzigen Enthüllungen hat sich die Mafia ein besonderes neues Tätigkeitsfeld gewählt: Die Unterbringung der von Afrika kommenden Bootsflüchtlinge in Auffanglagern. Zunächst wurde dabei im Dezember letzten Jahres aufgedeckt, dass die insbesondere in Kooperation des rechtsextremen Politikers Massimo Carminati und des aus der „linken“ Ecke kommenden Salvatore Buzzi, der Chef eines Genossenschaftskonsortiums war, ein Netzwerk entstand, welches auf dem Rücken

der Flüchtlinge eine wahre Geldmaschine wurde. So wurden von den 35 Euro, welche täglich vom italienischen Staat pro Flüchtling für seine Unterbringung an eine Organisation gezahlt werden, ein Großteil selbst eingestrichen sowie für das Schmieren weiterer öffentlicher Verwaltungsmitarbeiter und Politiker bezahlt. Dafür boten die Unterkünfte nur miserabelsten Bedingungen für die Flüchtlinge um damit den größtmöglichen Gewinn zu erwirtschaften. Unter diesem perfiden System fielen auch weitere Geschäfte aus öffentlichen Vergaben.

Im letzten Monat kamen nun weitere Details ans Licht – zudem stieg die Zahl der Verhaftungen auf mittlerweile um die 80 Festnahmen. Einige dieser Festgenommenen entstammen den hohen Machtzirkeln der Stadt Rom und seiner Umgebung – deshalb „mafia capitale“. Buzzi und Carminati kennen sich bereits seit den achtziger Jahren aus dem Gefängnis – damals saß Buzzi wegen Totschlags dort, Carminati bereits wegen illegalen Geschäften innerhalb der alten Mafia Roms.

Ihr System der Flüchtlingsunterbringung ging dabei weit über Rom hinaus: Bereits die erste Station von aus Afrika stammende Asylsuchende, die Unterbringungsstation in Mineo auf Sizilien, gehörte zum System von Buzzi, Carminati und Konsorten. Dabei kam in abgehörten Telefonaten heraus, wie sehr sie ihr neues Geschäft mit den Flüchtlingen bejubelten, da es „viel mehr Geld einbringen würde, als das Geschäft mit Drogen“.

Unter diesen Bedingungen, bei denen unklar ist, ob es unter staatlicher Aufsicht tatsächlich möglich ist die Bereicherung an Flüchtlingen zu stoppen – denn Politiker aller Parteien sind in „mafia capitale“ involviert – sind dann auch die Ereignisse der letzten Wochen zu verstehen. Mitte Juni versuchten über 100 Flüchtlinge mit dem Zug von Italien nach Frankreich zu gelangen und wurden an der Grenze im ligurischen Ventimiglia gestoppt. Die Grenzbeamten auf Französischer Seite verweigerten ihnen die Einreise und es kam in der Folge zu dramatischen Ereignissen: Die Flüchtlinge begannen einen Hungerstreik, wurden von der italienischen Polizei später am Bahnhof gezwungen und wiederum zurück nach Italien in Unterkünfte gebracht. Trotz Schengen besteht der französische Staat in diesem Fall auf die Grenzkontrollen, welche durch das Dublin II-Abkommen möglich werden. Ventimiglia bleibt auch in den letzten Tagen ein Hotspot für anreisende Flüchtlinge, die Italien verlassen wollen, aber immer wieder daran gehindert werden. Über dies wird jedoch hierzulande, wie auch in anderen europäischen Ländern, kaum berichtet. Des Weiteren werden die meisten Flüchtlinge in Italien von den staatlichen Strukturen weitgehend allein gelassen, beziehungsweise enden sie im Kapitalakkumulierungssystem Auffanglager.

Gabrielle Roccia

Anzeige

Zusammengestellt von Redaktion Globales

**iz3w** #349  
**Logistik – Leidbranche der Globalisierung**  
 Außerdem ► Fracking in Südafrika ► Graphic Novels im Nahen Osten ► Grüner Kapitalismus in Mexiko...  
 52 Seiten, € 5,30 + Porto auch als PDF-Download  
 iz3w • PF 5328 • 79020 Freiburg • Tel. 0761-74003 • www.iz3w.org  
**iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd**

**Fire and Flames**  
 uolwear  
**BACK IN BLACK**  
 WWW.FIREANDFLAMES.COM

**ABONNIEREN SIE JETZT!**

**STICHWORT BAYER** erscheint seit 1983 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne. Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

**COUPON**

Ich/wir abonniere für ..... € jährlich. (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).  
 Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds ..... €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank \_\_\_\_\_  
 IBAN \_\_\_\_\_  
 BIC \_\_\_\_\_  
 Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
 Coordination gegen BAYER-Gefahren,  
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
 Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

**CBG**  
 Coordination gegen BAYER-Gefahren  
 Coordination contre les dangers de BAYER  
 Coordination en contre des dangers de BAYER  
 Coordination contre les dangers liés à BAYER  
 Coordination against BAYER dangers

# Der Liebesentzug des Bürgermeisters

Zum Zustand der „partizipativen Demokratie“ in venezolanischen Betrieben am Beispiel einer lokalen Tragikomödie

„Keine Yankee-Stiefel auf venezolanischem Boden!“ Am 21. März schien die sozialistisch-patriotische Einheitsfront in der Gewerkschaft *Unión Socialista de Trabajadores y Trabajadoras* UST (Sozialistische Union der Arbeiter und Arbeiterinnen) in der Gemeinde Boliveriano Libertador, Kernregion des Hauptstadtdistriktes Caracas, noch in bester Ordnung. Die wichtigsten Funktionäre – allesamt ältere Herren – ließen sich auf Schulbänken mit Fotos des 2013 verstorbenen Comandante Hugo Chávez Frías ablichten. Gegenüber eines riesigen Heldenportraits des amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro wollten sie die Einheit und Entschlossenheit der venezolanischen ArbeiterInnen bezeugen, sich nicht einschüchtern zu lassen von der Definition ihres Landes als „terroristische Gefahr“, wie es in einer Regierungserklärung Barack Obamas unlängst geschehen war.

So absurd diese Maßnahme des US-Präsidenten auch ist – Terrorgefahr geht eher gegen den venezolanischen Staat seitens rechtsgerichteter Exilanten aus, die sich in den USA aufhalten – so wenig betrifft sie venezolanische GewerkschafterInnen. Die Obama-Administration dehnte ihr Verständnis von „Terrorismus“ auf Beziehungen von Regierungen zu anderen Regierungen aus, die wiederum im Verdacht stehen, mit terroristischen Gruppen zusammenzuarbeiten. Zweck einer solchen Konstruktion von Terrorunterstützung zweiter Ordnung ist es, Bankkonten von venezolanischen Regierungsangehörigen im Ausland einfrieren und Einreiseverbote verhängen zu können und so Druck auf die Regierung Maduro auszuüben, in ihren Hasstiraden auf die USA den Fuß vom Gas zu nehmen. Mit den Belangen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die vor allem in der UST (zum Teil zwangs-) organisiert sind, hat dieses staatliche Säbelrasseln ziemlich wenig zu tun. Vielmehr sprangen die UST-Funktionäre hier den obersten Bossen ihrer Gewerkschaftsmitglieder gehorsam zur Seite.

Zu den UST-Gewerkschaftsfunktionären, die sich an jenem 21. März propagandistisch als tapfere Patrioten inszenieren ließen, gehörten auch der Generalsekretär Marco Antonio García und der organisatorische Leiter William Ortega. Eineinhalb Monate später, am 12. Juni, wurden dann jedoch beide durch Einheiten der PoliCaracas, einer dem Gemeindegewerkschafter unterstellten Polizeidirektion, verhaftet. Somit kam die Anweisung ihrer Verhaftung direkt von Jorge Rodríguez, Bürgermeister von Boliveriano Libertador, ehemaliger Vizepräsident Venezuelas unter Chávez und Organisator des Vereinigungsprozesses der ersten linken Regierungskoalition zur Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (*Partido Socialista Unido de Venezuela*, kurz PSUV), die seitdem die Regierung des Landes stellt.

Was war passiert? An diesem Tag fanden die allgemeinen Gewerkschaftswahlen der UST für die Führung der jeweiligen Direktionen in Boliveriano Libertador statt. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen zwischen der Gemeindeverwaltung und den

Beschäftigten in der Müllentsorgung. Die Beschäftigten forderten mehr Lohn und eine Demokratisierung der Arbeitsorganisation: Anstelle von Funktionären und staatlichen Bürokraten wollten die Beschäftigten ihre Schichten und die Abläufe der Müllentsorgung selbst regeln. Hintergrund war eine monatelange Debatte über die Ineffizienz des öffentlichen Dienstes, mit besonderem Fokus auf die Stromversorgung und eben die Müllentsorgung. Zwischen den Vertretern der rechten Opposition sowie den ihnen nahestehenden Medien und der Gemeindegewerkschaft entflammte ein Streit, in der die Beschäftigten selbst nicht zu Wort kamen, da beide Seiten eher eine Stellvertreterdiskussion entlang ideologischer Grabenkämpfe führten.

Jenseits der Schlagwortgefechte von der „bolschewistischen Zerstörung der Nation“ oder der „Sabotage durch die Agenten des Imperialismus“ thematisierten die Beschäftigten die oft sinnlose Einteilung ihrer Einsatzgebiete, die zeitraubende Bürokratie zum Nachweis der erbrachten Arbeit und die schlechte Ausfinanzierung ihrer Arbeit, was sowohl die technische Ausstattung und den Personalschlüssel als auch die Löhne betrifft. Gerade die Angestellten im öffentlichen Dienst sind von der realen Inflation im Lande stark betroffen, da die Regierung die von den Supermärkten und Schwarzmarkthändlern geforderten Preise, die sich wiederum am inoffiziellen Kurs des Bolívares orientieren, ignoriert und entsprechend Löhne zahlt, die von der tatsächlichen Preisentwicklung abgehängt werden.

## Fünf Finger verkrampfen sich zur Faust

Solche Missstände ließen sich auch gewerkschaftsintern bei der UST nicht so leicht durch Patriotismus und die Schuldzuschiebung auf den Dämon USA ignorieren. In dem angespannten Dauerzustand, in dem die PSUV die letzten Jahre – und verstärkt seit dem Tod der Ikone Chávez – regiert, kann von einer lebendigen Diskussionskultur innerhalb des sozialistischen Lagers jedoch kaum die Rede sein. Präsident Maduro ist, obwohl von Chávez auf dem Totenbett als Nachfolger auserkoren, in der Partei und ihrem gesellschaftlichen Umfeld keineswegs unumstritten, was natürlich die Lage der Regierung gegenüber der rechten Opposition um Henrique Capriles enorm verschärft. Entsprechend gereizt reagiert das Parteiestablishment auf Kritik aus den eigenen Reihen. Zum x-fach wiederholten Male wird die Bedrohung der Nation beschworen und eine mal wieder nun besonders wichtige Einheit aller sozialistischen und linken Kräfte gegen die äußeren und inneren Feinde gefordert. Linke und gewerkschaftliche KritikerInnen gelten, auch wenn sie noch so rational und noch so sehr am Gegenstand wie etwa der Müllentsorgung in Boliveriano Libertador argumentieren, da schnell als Verräter an der Arbeitereinheit, als Nestbeschmutzer, die – ob bewusst oder unbewusst – das Werk der imperialistischen Aggression befördern.



Vor dem Familienstreit - Marcos Antonio García, Sekretär der UST, bezeugt am 21. März seine anti-imperialistische Einsatzbereitschaft. Mehr Propagandafotos mit dem später in Ungnade Gefallenen auf [www.aporrea.org/trabajadores/n267279.html](http://www.aporrea.org/trabajadores/n267279.html)

Das Tischtuch zwischen García und Ortega, den ansonsten immer ideologiekonformen Unterstützern der Regierung, und dem Bürgermeister Rodríguez wurde zerrissen, als die beiden Gewerkschaftsfunktionäre die Forderungen der ArbeiterInnen in der Müllentsorgung in Boliveriano Libertador entgegennahmen und unterschrieben an die Chefs in der Gemeindeverwaltung weiterleiteten. Angesichts der darauf folgenden Ereignisse liegt der Verdacht nahe, dass die nahenden Gewerkschaftswahlen bei der UST im Sinne Jorge Rodríguez' genutzt werden sollten, um Ortega und García auf möglichst elegante Weise abzuservieren, in dem sie einfach offiziell abgewählt würden. Zur politischen Karriere des amtierenden Bürgermeisters in Boliveriano Libertador gehörte auch die Tätigkeit als Rektor des Nationalen Wahlrats (*Consejo Nacional Electoral*, CNE) von 2004 bis 2006, welcher die Wahlen auf Bundesebene organisiert. Die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, die von der CNE ausgehen, sind sicherlich politisch schwierig zu bewerten, da die rechte Opposition in den von ihnen kontrollierten Provinzen ebenfalls mit unlauteren Mitteln Einfluss auf Wahlen nimmt und die CNE ihre Interventionen als notwendiges Korrektiv rechtfertigt. Erfahrung mit einem Eingreifen in Wahlvorgänge hat Rodríguez jedoch allemal.

Am Wahltag zur Besetzung der Ausschüsse in den Gewerkschaftsdirektionen der UST häuften sich dann die Berichte über die Umtriebe von MitarbeiterInnen bei PoliCaracas. Die dem Bürgermeister direkt unterstellten Polizeikräfte, die ebenfalls zu den Gewerkschaftswahlen der UST aufgerufen worden waren, sollen laut vielfachen Meldungen trotz ihrer Zivilkleidung ihre Dienstwaffen zur Wahl mitgebracht haben und gezielt gegenüber Betriebsgruppen, die sich in die Diskussion um den öffentlichen Dienst in Boliveriano Libertador eingebracht hatten, eine Bedrohungssituation aufgebaut haben. Überprüfen lassen sich diese Berichte im Nachhinein natürlich schwer. Andere Quellen berichten, dass in vielen Betrieben die Wahllokale frühzeitig geschlossen wurden, vor dem offiziellen Wahlende und kurz nach der geschlossenen Stimmabgabe bestimmter Betriebsgruppen. Wieder andere geben an, nach dem Schließen einiger Wahllokale seien Beschäftigte von PoliCaracas mit Schlüsseln in die Wahllokale gegangen.

Nach übereinstimmenden Schilderungen formierte sich in einigen Betrieben Protest, auf dem die Verlegung der Wahlen ins Freie gefordert wurde, um ihren Ablauf zu beobachten und zu dokumentieren. In dieser Situation ereigneten sich dann die Festnahmen Marco Antonio Garcías und William Ortegas. Beim Versuch, die Tische und Wahlzettel aus den Betrieben auf die Straße zu bringen, soll es zu Sachbeschädigungen am Inventar und den Fenstern der jeweiligen Betriebe gekommen sein. García und Ortega wurden daraufhin unter dem Vorwurf der „Zerstörung von Staatseigentum“ festgenommen – ausgerechnet zwei hohe Gewerkschaftsfunktionäre und mit Ortega ein Mitorganisator der Wahl.

Mutmaßlich hatte Bürgermeister Rodríguez aufgrund des Aufruhrs, den die Aktionen der PoliCaracas-Mitarbeiter verursacht hatten, das Scheitern einer eleganten Lösung der Personalfrage García/Ortega per frisiertem Wahlergebnis einsehen müssen und spontan umdisponiert.

## Kollektive Vereinbarungen der Regierung mit sich selbst

Die – wohl kaum zufällig am selben Tag angesetzte – Rede des Bürgermeisters im Teatro Municipal wurde daraufhin von wütenden Protesten begleitet. Das Thema der Rede, die von der Regierung Maduro einseitig ohne Anhörung der Gewerkschaften beschlossene „Kollektivvereinbarung“, gemäß der die Bezüge von Landes- und Provinzregierung gekürzt werden, um so die stagnierenden Löhne der im allgemeinen Staatsdienst Beschäftigten etwas besser rechtfertigen und die Rede vom Strang, an dem gemeinsam gezogen werden müsse, lancieren zu können, bekam für viele Anwesende in Anbetracht der Ereignisse einen besonderen Beigeschmack. „Wir, die Arbeiterinnen und Arbeiter haben das Recht, unsere Forderungen selbst zu vertreten. Es kann nicht sein, dass der Bürgermeister einfach etwas verkündet, was niemals diskutiert wurde!“, ließ es sich einer per Megafon während Rodríguez Auftritts vorgetragenen Gegenrede entnehmen. Dabei wurde auch auf die Vorkommnisse bei den Gewerkschaftswahlen der UST und auf die Verhaftungen der beiden Funktionäre eingegangen: „Wir sind hier, um die sofortige Freilassung der Gewerkschaftsvertreter William Ortega und Marcos García zu fordern, Opfer der illegalen und ungerechten Vorgehensweise der PoliCaracas-Funktionäre, bei der es nur darum ging, die Gewerkschaftswahlen zu sabotieren. So sieht ihre Kollektivvereinbarung aus!“ Des Weiteren kritisierten die Protestierenden auch die gedankliche Konstruktion des angeblichen gemeinsamen Verzichts von Regierung und der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Die Beschäftigten und die Regierungsmitglieder besuchten nicht dieselben Krankenhäuser, ihre Kinder gingen nicht in dieselben Schulen, sie hätten nicht den gleichen Lohn und Regierungsmitglieder wüssten auch nicht, wie es sich anfühle, ewig für ein Kilo Fleisch anzustehen, das 800 Bolívares koste, hieß es in der Gegenrede der Protestierenden.

Ortega und García wurden zwei Tage später, am 13. Juni, auf freien Fuß gesetzt und wegen Sachbeschädigung angezeigt. Ob die beiden ehemaligen Vorzeigeeideologen ihren Weg zurück in die sozialistische Einheitsfront finden steht in den Sternen, ist aber zwecks schnellstmöglicher Deckelung der Konflikte in der UST nicht unwahrscheinlich. Daran, dass in der krisengeschüttelten und tief gespaltenen venezolanischen Gesellschaft die Verwirklichung des Ideals einer partizipativen Demokratie in Gemeinde und Betrieb immer schwieriger wird, würde ein solches Ende der Lokalposse auch nichts ändern.

Marcus Munzlinger



Geballte Regierungswut: Jorge Rodríguez, der Gemeindegewerkschafter von Boliveriano Libertador (rechts mit Mikrofon)

Anzeige



Der Online-Shop für  
Anarchie und Widerstand  
[www.a-sortiment.de](http://www.a-sortiment.de)

# Wer sich nicht ins Feuer begibt kommt darin um

Oder: Chancen und Risiken von Tarifverträgen

2010 führte die FAU Berlin einen langanhaltenden Kampf im Kino *Babylo(h)n*<sup>1</sup> um einen Haustarifvertrag. Aktuell befindet sich die FAU Frankfurt in einem Konflikt mit der Lebenshilfe um einen Haustarifvertrag.<sup>2</sup> Und eine Betriebsgruppe der FAU Berlin hat unlängst einen Haustarifvertrag abgeschlossen.<sup>3</sup> Allerdings gibt es keine offizielle Position der FAU zu der Frage ob überhaupt Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, nach welchen Regeln sie ggf. zustande kommen können und wie diese insgesamt im Spannungsverhältnis von Kapital und Arbeit zu sehen sind. Mit diesem Beitrag wollen wir versuchen, wie unter anderem schon die FAU Bremen im Jahr 2005, eine notwendige Debatte anzustoßen.

## Die rechtlichen Grundlagen laut Tarifvertragsgesetz (TVG)

Wer darf einen Tarifvertrag (TV) abschließen?  
Das TVG erlaubt auf Seiten der ArbeiterInnen einzig und alleine Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen.<sup>4</sup> Das hat weitreichende Konsequenzen: Zum einen legt das Betriebsverfassungsgesetz fest, dass für Gewerkschaften die „Anerkennung des geltenden Tarifrechts“ verbindlich ist, zum anderen verlangt das Bundesarbeitsgericht (BAG) „Mächtigkeit“, also die Fähigkeit den Boss unter Druck setzen zu können. Faktisch wird damit zumeist die Streikfähigkeit gemeint. Aber die Gewerkschaft muss darüber hinaus nach Meinung des BAG schon vor Tarifverhandlungen in der Lage sein die wirtschaftliche Lage zu analysieren und nach Abschluss eines TV dessen Einhaltung auch zu überwachen. All dies könnte uns egal sein, wenn es nicht auch Dritten möglich wäre, die Tariffähigkeit einer Gewerkschaft durch die Arbeitsgerichte überprüfen zu lassen. So haben zum Beispiel ver.di und DGB gegen die Tariffähigkeit der „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit“ CGZP geklagt (ArbGG §97)<sup>5</sup> und letztinstanzlich auch Recht bekommen. Begründet wurde die Tarifunfähigkeit der CGZP unter anderem durch die niedrige Anzahl abgeschlossener TV, Abweichungen – zum Beispiel beim Stundenlohn – nach unten und fehlende soziale Mächtigkeit (=Streikfähigkeit). Auf Seiten der Bosse können grundsätzlich sowohl Arbeitgeberverbände als auch einzelne Bosse mit den Gewerkschaften Tarifverträge abschließen.

Was darf man in einem Tarifvertrag regeln?  
Laut TVG regelt ein Tarifvertrag „die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien (obligatorischer Teil) und enthält Rechts-

normen, die den Inhalt, den Abschluss und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen ordnen können (normativer Teil)“.<sup>6</sup> Im obligatorischen Teil werden also Dinge geregelt, die direkt das Verhältnis von Gewerkschaft auf der einen Seite und Arbeitgeber beziehungsweise Arbeitgeberverband auf der anderen Seite betreffen. Im normativen Teil werden all die Dinge geregelt, die ihre Wirkung für die einzelne Arbeiterin entfalten, wie zum Beispiel Fragen nach der Lohnhöhe, Kündigungsfristen, Urlaubstagen, Sonderzahlungen und vieles andere mehr.

Der Tarifvertrag muss schriftlich vorliegen und von den beiden Vertragsparteien unterzeichnet sein. Andere Schriftstücke, zum Beispiel die Protokolle der Verhandlungen oder Richtlinien zur Anwendung oder zum Verständnis und zur Auslegung des TV, sind nur dann Teil des TV, wenn in diesem ausdrücklich auf sie verwiesen wird.

In der Praxis haben sich unterschiedliche Formen von TV herausgebildet: Da wäre zum einen der Manteltarifvertrag (MTV). Üblicherweise werden hier Fragen längerfristig geregelt; die Laufzeit beträgt üblicherweise drei Jahre. Dies sind oft Dinge wie Arbeitszeiten, Urlaub, Überstunden und anderes mehr. In Rahmentarifverträgen (RTV) werden üblicherweise die Lohngruppen festgelegt. Auch finden sich dort die Bestimmungen zur Eingruppierung. Auch sie haben zumeist eine Laufzeit von drei Jahren. In den Entgelttarifverträgen (ETV) wird eigentlich nur die Lohnhöhe festgelegt. Die Laufzeit ist zumeist deutlich kürzer als bei den anderen beiden Tarifformen.

Natürlich ist die Trennung in diese drei Vertragsarten keine totale. Es ist absolut erlaubt, Fragen, die üblicherweise separat in ETV, RTV und MTV geregelt werden, allesamt in einem einzigen TV zu regeln. Wichtig für ArbeiterInnen ist es aber zu wissen, dass es im Zweifel nicht reicht, nur einen von den drei ggf. für einen selbst wirksamen Tarifverträgen zu kennen. Ganz zu schweigen von weiteren denkbaren Verträgen.<sup>7</sup>

### Für wen gilt der Tarifvertrag?

Zuerst einmal gilt ein TV unmittelbar und zwingend. Das bedeutet, dass ein Tarifvertrag sofort mit der Unterzeichnung gilt und dass weder der Boss noch die einzelnen ArbeiterInnen von den Regelungen „nach unten“, also zuungunsten der ArbeiterInnen abweichen dürfen. In der Praxis geschieht dies nur allzu oft, aber dazu später mehr. Abweichungen „nach oben“, also zugunsten der ArbeiterInnen sind jederzeit möglich. Die JuristInnen nennen dies Günstigkeitsprinzip. Der Tarifvertrag stellt in diesem Sinne also nichts

weiter dar als das kollektivvertraglich geregelte Minimum, das den ArbeiterInnen auf jeden Fall zusteht. Es ist aber ausdrücklich erlaubt, in den Verhandlungen zum Arbeitsvertrag mehr Lohn, mehr Urlaub, kürze Arbeitszeiten, bessere Überstundenregelungen usw. durchzusetzen (das bedarf natürlich einer starken individuellen Verhandlungsposition). Allerdings gelten Tarifverträge nur für die Mitglieder der abschließenden Gewerkschaft unmittelbar und zwingend. Bist du kein Gewerkschaftsmitglied gilt der TV für dich prinzipiell erst einmal nicht. Bis vor einigen Jahren war das auch überhaupt kein Problem. In aller Regel haben die Arbeitgeber den jeweils gültigen TV einfach auf alle ArbeiterInnen angewandt. Zwei Dinge verändern diese Praxis langsam: Zum einen die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes, dass es in einem Betrieb mehr als eine Gewerkschaft geben kann, die für ein und denselben Berufszweig entsprechende Tarifverträge abschließt. Dies zwingt die ArbeiterInnen in einigen Fällen dazu, bekanntzugeben, in welcher Gewerkschaft sie sind, damit auf sie die jeweiligen tariflichen Bestimmungen angewandt werden können. Zum anderen führen „Tarifflucht“, also das Austreten einzelner Arbeitgeber aus den entsprechenden Arbeitgeberverbänden, und die wirtschaftliche Situation (mit einem Heer von Arbeitslosen einerseits und vollzeitarbeitenden Armen andererseits) dazu, dass Bosse untertariflich bezahlen und sich in anderen Bereichen (zum Beispiel Urlaub, Sonderzahlungen...) nur an die gesetzlichen Mindestregelungen halten. Laut TVG<sup>8</sup> können in unter bestimmten Umständen Tarifverträge auch für „allgemeinverbindlich“ erklärt werden. Geschieht dies, so gilt der TV ausnahmslos für alle ArbeiterInnen eines bestimmten Branche in einer bestimmten Region oder gar bundesweit.

### Wie kommt ein Tarifvertrag zustande?

Zwei Szenarien kommen in der Praxis am häufigsten vor. Zum einen der erstmalige Abschluss eines TV für eine Berufsgruppe/Branche oder ein Gebiet. Zum anderen der Anschlussarbeitsvertrag. Beides hält sich normalerweise an bestimmte sehr ritualisierte Wege und unterscheidet sich kaum.

Am Anfang steht in der Regel das Aufstellen einer gewerkschaftlichen Tarifkommission. Diese leistet wirtschaftliche Analyse, stellt einen Forderungskatalog auf und begibt sich in Verhandlungen mit dem einzelnen Boss oder dem entsprechenden Verband. Sollten die Verhandlungen scheitern, kann es eine Schlichtungsphase geben. Einige TV schreiben die Schlichtung zwingend vor. Während der Schlichtung sind in der Regel Arbeitskämpfmaßnahmen untersagt. Falls sich beide Seiten auf eine Schlichtung verständigen oder diese gar im TV vorgeschrieben war und diese scheitert, führt dies zumeist zu Warnstreiks oder gar zur Urabstimmung über einen Streik.<sup>9</sup> Ziel des Streiks ist es den Boss oder den entsprechenden Verband dazu zu bewegen ein besseres Angebot vorzulegen und/oder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Am Ende steht dann in der Regel der neue TV.<sup>10</sup> Im Falle einer Kündigung des TV oder des Erreichens der vorher festgelegten Gültigkeitsfrist wirkt dieser nach. Nachwirkung bedeutet, dass alle Regelungen weiter gelten, allerdings können sie nun jederzeit auch durch arbeitsvertragliche Änderungen auch zuungunsten der ArbeiterInnen ersetzt werden.<sup>11</sup>

### Wie wird der Tarifvertrag durchgesetzt?

Obwohl ein TV unmittelbar und zwingend gilt, ist es tägliche Erfahrung, dass sich die Bosse nicht an die tariflichen Mindeststandards halten. Aus Sicht der Bosse sind Tarifverträge vor allem ein Faktor, die die „Ware Arbeitskraft“ nur unnötig verteuert. Grundvoraussetzung um die tariflichen Mindeststandards durchzusetzen ist, dass die ArbeiterInnen überhaupt von der Existenz und den konkreten Inhalten der Tarifverträge wissen. Theoretisch müssen die Bosse auf die für sie geltenden Tarifverträge hinweisen.<sup>12</sup> Laut TVG

muss der TV<sup>13</sup> sogar an „geeigneter Stelle“ ausgehängt/bekannt gemacht werden. Da es aber keine gesetzlichen Sanktionen gegen den Boss gibt, wenn er das nicht tut, bleibt uns oft nichts anderes übrig als (falls vorhanden) beim Betriebsrat oder besser gleich bei der zuständigen Gewerkschaft nachfragen.

Haben die ArbeiterInnen erst einmal Kenntnis, bleiben folgende Wege zur Durchsetzung:

1. Die individualrechtliche Durchsetzung, d.h. die einzelne Arbeiterin zieht vor das Arbeitsgericht.

2. Die Massen- oder Sammelklage. Wenn es sich um klare Verstöße handelt, rät es sich Sammelklage einzureichen. Das hat den Vorteil, dass nicht mehr eine einzelne Arbeiterin klagt und sich damit den Unmut des Bosses zuzieht.

3. Falls vorhanden, kann man sich auch an den Betriebsrat wenden. Dieser ist verpflichtet über die Einhaltung des TV zu wachen.<sup>14</sup> Allerdings hat er im Falle eines Falles nur das Recht mit dem Boss zu verhandeln und keine rechtlichen Möglichkeiten ihn zur Einhaltung des TV zu zwingen.

4. Die Gewerkschaft kann vom „Tarifpartner“ verlangen, sich an den TV zu halten. Bei Firmentarifen ist das relativ einfach, denn im Zweifel kann sie die Einhaltung gerichtlich erzwingen. Handelt es sich um einen TV mit einem Verband, kann sie nur den Verband auffordern auf die Mitglieder des Verbandes einzuwirken. Eine Klage gegen den Verband wäre zwar möglich, ist aber nicht wirklich effektiv. Denn halten sich einzelne Bosse nicht an den TV, kann der Verband diese nur auffordern dies zu tun oder sie aus dem Verband ausschließen.

In der Zeit, in der der Boss sich nicht an den TV hält, könnten die betroffenen ArbeiterInnen theoretisch die Arbeit verweigern.<sup>15</sup> Dies wird aber sehr selten getan. Zum einen weil dies kaum ArbeiterInnen wissen und zum anderen weil es sehr darauf ankommt wie die Kollegen so gestrickt sind, ob es (ökonomische) Unterstützung von außen gibt und vieles andere mehr.

## Friedenspflicht und Sinn von Tarifverträgen

Aus staatlicher Sicht entlastet das TVG den Staat, da er sich in der Regel nicht mehr um die üblicherweise durch TV geregelten Dinge kümmern muss. Dass dieses Konzept aus den verschiedensten Gründen nicht immer auf Dauer aufgeht, sehen wir zum Beispiel am Mindestlohngesetz. Eigentlich fällt die Frage nach Mindestlöhnen, nichts anderes sind ja die tarifvertraglich geregelten Einkommen, in die Verhandlungsautonomie von Gewerkschaften einerseits und Bossen andererseits. Das offensichtliche Versagen der Gewerkschaften, einen flächendeckenden, für alle Branchen geltenden (Arbeits-)Lohn durchzusetzen, führte schon vor Jahren zu einer DGB-Kampagne zur Einführung eines Mindestlohnes.<sup>16</sup>

Wichtiger als diese Entlastung ist für den Staat und natürlich auch für die Bosse die dadurch erreichte Stabilisierung der bestehenden Ordnung. Dies wird unter anderem dadurch erreicht dass auf Seiten der ArbeiterInnen laut TVG nur Gewerkschaften gestattet wird, Tarifverträge abzuschließen. Gleichzeitig verlangt das Betriebsverfassungsgesetz von Gewerkschaften die verbindliche Anerkennung des TVG. Flankiert wird das Ganze noch durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Dieses geht zum Beispiel von einer relativen Friedenspflicht aus.

Das bedeutet, dass das BAG den Gewerkschaften untersagt, während der Laufzeit eines Tarifvertrages Arbeitskämpfmaßnahmen zu ergreifen um die im TV geregelten Dinge weiter zu verbessern. Die Gewerkschaft ist ggf. schadensersatzpflichtig, was ihr durchaus ökonomisch das Rückgrat brechen kann. Bedenkt man nun, dass laut Richterrecht in Deutschland auch nur Gewerkschaften gestattet ist zu streiken, wird schnell klar, dass diese während der Laufzeit alles daran setzen

### Anmerkungen:

- [1] [www.fau.org/soli/babylo](http://www.fau.org/soli/babylo)
- [2] [faubetriebsgruppelebenshilfeffm.wordpress.com](http://faubetriebsgruppelebenshilfeffm.wordpress.com)
- [3] [berlin.fau.org/news/fau-berlin-schliesst-haustarifvertrag-in-onlineversandhandel-ab](http://berlin.fau.org/news/fau-berlin-schliesst-haustarifvertrag-in-onlineversandhandel-ab)
- [4] §2 Abs. 1 TVG
- [5] Arbeitsgerichtsgesetz
- [6] Zitiert nach Däubler, Arbeitsrecht 10. Auflage 2014 | 82
- [7] In den letzten Jahren wurden neben den genannten Tarifverträgen zum Beispiel auch zahlreiche Rationalisierungsschutzabkommen, betriebliche „Bündnisse für Arbeit“, Tarifsozialpläne und anderes mehr abgeschlossen. Im Zweifel heißt es also gründlich recherchieren!
- [8] § 5 TVG
- [9] Streik kann viele Formen haben. Aktuell scheinen die sozialpartnerschaftlichen Verbände des DGB wieder auf den klassischen „Vollstreik“, den sie auch bereit sind „unbefristet“ zu führen, zu setzen.
- [10] Dies ist eine vereinfachte Darstellung. Außerdem wurden hier nicht die „demokratischen“ Mitwirkungsmöglichkeiten der einfachen Mitglieder erwähnt oder die Möglichkeiten Verhandlungskommissionen usw. zu Gründen.
- [11] Für ArbeiterInnen die schon während der Gültigkeit des TV gearbeitet haben ändert sich in diesem Sinne nur etwas wenn sie eine Änderungskündigung unterschreiben. Für alle ArbeiterInnen die nach Ablauf der Gültigkeit des TV, bzw. nach Kündigung des TV anfangen, ohne das es einen neuen TV gibt, gilt, das für sie nur noch die gesetzlichen Mindeststandards gelten, nicht mehr die des TV. Natürlich können sie immer versuchen individuell bessere Verträge zu bekommen. Dies wird aber nur in Ausnahmefällen überhaupt möglich sein.
- [12] NachweisG § 2 Abs.1 Nr.10
- [13] § 8 TVG
- [14] § 80 BetrVG Abs.1 Nr.1
- [15] § 273 BGB
- [16] Zum Thema Mindestlohn siehe: Direkte Aktion 227 | Jan./Feb. 2015
- [17] Zitiert nach Däubler, Arbeitsrecht 10. Auflage 2014 | 88
- [18] FAU Bremen, Klassenkampf im Weltmaßstab. Aus der Reihe „Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven.“ Bremen, 2006
- [19] FAU Bremen, Klassenkampf im Weltmaßstab. Aus der Reihe „Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven.“ Bremen, 2006
- [20] FAU Bremen, Klassenkampf im Weltmaßstab. Aus der Reihe „Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven.“ Bremen, 2006
- [21] [berlin.fau.org/strategie/tarifpolitik](http://berlin.fau.org/strategie/tarifpolitik)



**ROTE HILFE e.V.**

**Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. bundesvorstand@rote-hilfe.de  
 Sparkasse Göttingen ★ www.rote-hilfe.de ★  
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 Solidarität organisieren  
 BIC: NOLADE21GOE Mitglied werden!

---

**DIE ROTE HILFE**

**Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression**

**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr...  


...und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.  
**Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

DIE ROTE HILFE-Redaktion,  
 Postfach 3255, 37022 Göttingen  
 rhz@rote-hilfe.de

Anzeige

werden „wilde“ Streiks zu verhindern. Allerdings ist die Friedenspflicht nur relativ, das bedeutet, dass für alle Fragen, die nach TVG durch einen Tarifvertrag geregelt werden können aber noch nicht in einem bestehenden TV geregelt sind, durchaus gestreikt werden darf.

Die Friedenspflicht kann übrigens selbst zum Gegenstand eines TV werden. Allerdings bisher nur in der Art, dass die Friedenspflicht auf Zeiten jenseits der Laufzeit ausgeweitet werden kann. Eine Einschränkung oder gar Aufhebung der Friedenspflicht durch eine tarifvertragliche Regelung ist bisher nicht erlaubt. Interessanterweise kommen Staaten wie zum Beispiel Frankreich oder Italien bisher ohne die Rechtsidee der „Friedenspflicht“ aus.<sup>17</sup>

## Blick zurück nach vorne

Otto Rühle (Rätekommunist)

...analysierte schon 1924: „Der Vergleich – nicht der Sieg – bildete in der Regel den Abschluß von Lohnbewegungen oder Arbeitszeitkonflikten. So vollzog sich mit der Zeit auf der ganzen Linie eine Änderung der Taktik, der Kampfmethodik. [...] Auf der Grundlage von Verabredungen und Vereinbarungen wurden Tarifverträge abgeschlossen [...] Der Unternehmer gewann durch den Abschluß von Tarifverträgen bedeutsame Vorteile: er konnte sichere Geschäftskalkulationen für die Dauer des Vertrages aufstellen, konnte auf Einhaltung der Vertragsbestimmungen bei bürgerlichen Gerichten klagen, konnte mit einer gewissen Stabilität seiner Geschäftsführung und Profitquote rechnen, konnte vor allen Dingen in größter Ruhe jahrelang seine Kräfte konzentrieren für einen um so stärkeren Druck auf die Arbeiterschaft beim Abschluß des nächsten Tarifvertrages. Im Gegensatz zum Unternehmer hatte der Arbeiter vom Tarifvertrag nur Nachteile: er konnte, an den Vertrag auf lange Zeit gebunden, aufkommende günstige Konjunktoren nicht zu Verbesserungen seiner Lage ausnutzen, wurde in seinem Klassenbewußtsein und Kampfwillen mit der Länge der Zeit eingeschlafert und zur Inaktivität erzogen, geriet damit immer mehr in die für den Klassenkampf verderbliche Atmosphäre der ‚Harmonie zwischen Kapital und Arbeit‘ und ‚Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer‘.“

Zu Rühles Lebzeiten sahen die radikalen ArbeiterInnen sicher auch in den sozialdemokratischen Gewerkschaften noch ein revolutionäres Potential. Sie hatten noch die Hoffnung, dass diese der Keim einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft werden könnten. In diesem Sinne fokussierten sie ihre Analyse auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Bei ihnen merkten sie, das die Ideen und die spontane Praxis der „Direkten Aktion“ durch die Gewerkschaftsfunktionäre durch die Konzentration auf neue Tarifpolitik immer weiter ins Hintertreffen geriet. Gleichzeitig konstatiert Rühle den ordnungspolitischen Charakter der Tarifpolitik und die wirtschaftliche Nützlichkeit, die sich durch die Aufrechterhaltung einer gewissen Ruhe und Ordnung einstellt. Ausgehend von der Vorstellung einer starken und autonomen Arbeiterbewegung, deren Mitglieder jederzeit bereit und fähig sind in den Streik zu treten, ist seine Ablehnung des Tarifsystems nur folgerichtig.

Anzeige



Augustin Souchy<sup>18</sup> (FAUD/AS)

...veröffentlichte mehrere Artikel in der „Internationale“, dem Theorieorgan der FAUD, zur Stellung der Syndikalisten zu Tarifverträgen. Eine Umfrage in der IAA über die „Einstellung der einzelnen syndikalistischen Landesorganisationen zu den Kollektivverträgen.“ ergab erstaunliche Übereinstimmungen. Verträge mit sehr kurzen Laufzeiten, um sich flexibel auf verändernde Situationen einstellen zu können wurden von vielen akzeptiert. Das staatliche Schlichtungswesen wurde dagegen rundheraus abgelehnt. „Haben sie die Macht und allein zu bestimmen, dann lehnen sie Kollektivverträge für bestimmte Zeit mit festen Bindungen ab. Ist ihre organisatorische Macht nicht ausreichend, dann versuchen sie das herauszuschlagen, was im Bereich der Möglichkeit liegt unter Beibehaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes. [...] Werden durch einen Vertrag offensichtliche Verbesserungen, die durch einen Kampf errungen wurden, festgelegt, und hat die Organisation auch die Möglichkeit und Kraft, darüber zu wachen, dass diese Verbesserungen während der Vertragsperiode beibehalten werden, dann kann kein revolutionärer Arbeiter etwas dagegen einwenden. Man könnte allerdings sagen, dass ein Vertrag überhaupt nicht notwendig sei, wenn die die Gewerkschaften jederzeit in der Lage sind, über die Errungenschaften zu wachen. Das würde aber nur dann zutreffen, wenn der Syndikalismus die Gesamtarbeiterschaft eines Landes hinter sich hätte. Solange die Mehrzahl der Arbeiterschaft zentralgewerkschaftlich organisiert ist, werden Verträge nicht zu umgehen sein.“

Anders jedoch Fritz Linow<sup>19</sup> (FAUD/AS)

...der 1929 ausführte: „historisch gesehen ist der Kollektivvertrag eine höhere Form des Arbeitsvertrages als der Individualvertrag. Kein sozialistisch denkender Arbeiter will zum Individualvertrag zurück [...] Der Anarchosyndikalismus wendet sich [...] gegen die den Kollektivvertrag von außen her aufgezwungenen bzw. angehängten rechtlichen Konsequenzen. [...] Rein taktisch gesehen ist es [...] das Streben des Anarchosyndikalismus, das kollektive Zusammenwirken der Arbeiter gerade auf ökonomischen Gebiet zu forcieren. [...] Der Kollektivvertrag bedeutet vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes aus ständiges Abschließen von Waffenstillständen [...] Aus diesen Waffenstillständen leitet nun das geltende Arbeitsrecht [...] nach herrschender Meinung Einstellung der beiderseitigen Feindseligkeiten für die Lauffrist des Vertrages [ab]. Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass der Kollektivvertrag als zwangsläufige Folge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ein bloßes Hilfsmittel im Kampf der Arbeiter um die Beteiligung an den Erfolgen der Produktion ist. Und weiter darf nicht einmal behauptet werden, dass es ein gutes, sicheres, unfehlbares Hilfsmittel für den gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter darstellt. Dem Kollektivvertrag, den die Gewerkschaft abschließt, kann man schwerlich mit himmelstürmenden Enthusiasmus gegenüberstehen. Er ist eine Kompromisslösung, die sich aus den weitgesteckten Zielen und Forderungen der Arbeiter nach Aenderung der wirtschaftlichen Grundlagen, des Charakters der Wirtschaft, ihres Wesens und ihrer Eigenart ergibt. So wenig wie man sich für den Kollektivvertrag begeistern kann, muß doch gesagt werden, dass er eine aus den Verhältnissen der kapitalistischen Welt sich ergebende Konsequenz ist. Man kann diesen Kollektivvertrag nicht von heute auf morgen beseitigen. Er wird überhaupt erst mit der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden, aber bis dahin ein wesentlicher Bestandteil der Gewerkschaftspolitik sein.“

Souchy, Linow und viele andere sahen sich Ende der 1920er Jahre mit einer Arbeiterbewegung konfrontiert die fest in sozialdemokratischer Hand war. Die FAUD selbst war auf wenige tausend Mitglieder geschrumpft und eigenständige Kämpfe nur noch in wenigen Branchen überhaupt möglich. Das Abschließen von Tarifverträgen war unter anderem auch unter dem Blickpunkt der Mitgliederbindung eine Notwendigkeit geworden. Trotzdem behielten sich die FAUD



Die Praxis gibt klare Antworten: FAU Frankfurt kämpft wie hier am 21. Mai für einen Tarifvertrag

und andere syndikalistische Organisationen eine kritische Distanz zum Tarifwesen bei. Auf ihrem letzten Kongress (1932) nimmt die FAUD noch einmal offiziell Stellung zur Frage der Tarifpolitik:

„Die FAUD sieht in den Kollektivverträgen eine höhere Form der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als im Individualvertrag. [...]“

Sie unterstreicht das Zusammenwirken der Arbeiter, um den Arbeitsverhältnissen ein einheitlicheres Gepräge zu geben. Aus diesem Grunde schließt sie dort, wo die Bedingungen gegeben sind, Kollektivverträge ab. Sie sieht in solchen Abschlüssen eine unumgängliche Pflicht, um die Lohngestaltung und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen dem Einfluß der reformistischen Gegner zu entziehen. Sie wendet sich aber gegen die sogenannte Tarifvertragspolitik, weil diese nicht nach dem Inhalt und nach der Interessenberücksichtigung der Arbeiter fragt, sondern dem Tarifvertrag an sich zum Ziel hat. Die FAUD ist der Meinung, daß die Arbeiter um den Inhalt ihrer Kollektivverträge kämpfen müssen. Nicht auf den Tarifvertrag kommt es an, sondern auf den Inhalt desselben.

Bei allen Kollektivvertragsabschlüssen ist deshalb oberster Grundsatz aller abschließenden Ortsgruppen der FAUD, daß diese Verträge sich von denen der reformistischen Gegner, sowohl der Form als auch dem Inhalt nach unterscheiden müssen. Dies gilt besonders für diejenigen Teile der Kollektivverträge, die auf die Schlichtung von Streitigkeiten Bezug nehmen. In allen Fällen ist um eine Ausschaltung der staatlichen Schlichtungseinrichtungen für Arbeitsstreitigkeiten zu drängen. Die Laufzeiten der Kollektivverträge sind unbefristet zu gestalten und oder möglichst kurzfristig zu halten. Bei allen Kündigungsfristen müssen auf alle Fälle lange Fristen abgelehnt und die Kündigungstermine grundsätzlich in solche Zeiten verlegt werden, wo die wirtschaftliche Kraft der Arbeiter ausreicht, Änderungen in ihrem Interesse durchzusetzen.

Wo die Voraussetzungen gegeben sind, schließt die FAUD auch Betriebsvereinbarungen ab. Dabei ist auf die Laufzeiten der sonstigen Verträge in anderen Betrieben oder im Gewerbe oder in der Industrie dergestalt Rücksicht zu nehmen, daß diese Vereinbarungen nicht über die Laufzeiten der übrigen Verträge hinausreichen, um zu verhindern, daß die tariflich gebundenen Arbeiter bei Arbeitseinstellungen der übrigen Betriebe zu Streikbrechern werden.“<sup>20</sup>

## Und heute?

Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt den Gewerkschaften vor, das Tarifvertragsgesetz anzuerkennen. Praktisch werden damit Gewerkschaften auf das Ziel TV festgelegt. Das TVG wiederum billigt nur Gewerkschaften zu Tarifverträge abzuschließen. Das Bundesarbeitsgericht schreibt die relative Friedenspflicht vor und verdonnert so die Gewerkschaftsapparate in diesem Sinne auf die ArbeiterInnen einzuwirken, also für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Was Laufzeiten und Kündigungsfristen angeht, lässt das TVG den Gewerkschaften allerdings freie Hand. Bedenkt man also noch die Nachwirkung, wäre es ein Leichtes im Sinne des Beschlusses der FAUD von 1932 zu handeln. Die FAU Berlin ist das erste und bisher einzige Syndikat, das

sich eine aktuelle Position zum Thema erarbeitet hat. Dabei stellt sie fest: „Die aktuelle Rechtsprechung ist stark an Zentralapparaten orientiert.“ Und formuliert eine Aufgabe, die zu erfüllen sicher nicht einfach, dafür aber umso notwendiger ist: „Wir verstehen uns [...] als Bahnbrecher neuer Tarifaktivitäten. Sie sind bei uns eng an die betriebliche Basis geknüpft. Offensive und nachhaltige Forderungen sind uns ebenso wichtig wie die Angleichung der Lohngruppen. Bestehende Standards dürfen niemals unterschritten werden. Zudem versuchen wir, Alternativen zum Tarifvertrag zu entwickeln, um flexibel zu bleiben.“<sup>21</sup> Und den Tarifpolitischen Richtlinien kann man entnehmen, dass „eine Unterzeichnung [eines Tarifvertrages] nur erfolgen [darf], wenn das Ergebnis vergleichbare Tarifverträge nicht unterbietet“. Auch das, in Anbetracht der numerischen Stärke der FAU sicher eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Die Vorlage der FAU Berlin ist sicher dazu angetan, auch auf einem Kongress der FAU für alle Syndikate verbindlich angenommen zu werden. Einerseits trägt sie nämlich der Tatsache Rechnung, dass wir ganz aktuell (trotz der Streikaktivitäten bei Amazon, Post, Bahn, den Kitas oder in den Krankenhäusern) eine Arbeiterbewegung haben, die sich insgesamt nicht dadurch auszeichnet, gegen den Willen der sozialpartnerschaftlichen Verbände in autonome Kämpfe zu gehen (auch wenn es immer wieder schöne Beispiele gibt wo genau das passiert). Als FAU können wir uns also nicht auf die Position zurückziehen, dass es am besten ist, wenn die ArbeiterInnen, anstatt Tarifverträge abzuschließen, einfach bei jeder Gelegenheit in den Streik treten. Das wäre zwar wünschenswert, ist aber momentan nur ein Traum. Andererseits stilisiert sie den Umstand, dass wir Tarifverträge werden abschließen müssen, nicht hoch: Der Tarifvertrag an und für sich ist nicht das eigentliche Ziel. Im Zentrum stehen zwei Dinge:

Erstens: die enge Bindung an die Basis, die in den tarifpolitischen Richtlinien auch genauer geregelt ist und die Angleichung der Lohngruppen – Letzteres ist im Idealfall die egalitäre Aufhebung der Lohnunterschiede (das ist natürlich noch immer nicht die Überwindung des Kapitalismus – aber im Sinne eines mittelfristigen Zieles mit samt all seiner Implikationen ein sehr wichtiger Schritt).

Zweitens: Die Selbstverpflichtung, bestehende Mindeststandards nicht zu unterschreiten und Alternativen zum Tarifvertrag (wie wir ihn kennen und wie er aus dem Zusammenspiel diverser Gesetze und der Rechtsprechung heute schlichte Realität ist) zu entwickeln.

Mit diesen selbst gesteckten Herausforderungen tritt die FAU in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Wie schnell und wie erfolgreich sie sein wird ist kaum vorherzusagen. Sicher werden viele „Fehler“ begangen werden. Das ist aber nicht weiter schlimm, wenn wir und alle interessierten ArbeiterInnen diese möglichst vorurteilsfrei zur Kenntnis nehmen und offen diskutieren.

Für die Syndikate der FAU stellt sich ganz praktisch die Frage, wo sie überhaupt so stark sind, offensiv in Konflikte gehen zu können, der als Zwischenergebnis eben einen Tarifvertrag, zum Beispiel nach den Bestimmungen der FAU Berlin, zum Ergebnis hat.

Rudolf Mühland (FAU Düsseldorf)

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Diskussionsforum für  
• Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung  
• Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik  
• Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik  
• Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe  
• Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Ich möchte ein Probeexemplar – unverbindlich und kostenfrei

Niddastraße 64  
**60329 FRANKFURT**  
Tel. (069) 67 99 84  
express-afp@online.de  
www.express-afp.info

**express**

# Die Rückkehr der Allmende

Gartenkultur als gemeinschaftlicher Prozess

Allmende – das ist eine seit alters her bekannte Weideform, das Land gehört allen in einer Gemeinde und wird gemeinsam genutzt. Kollektives Eigentum also, das dank hartnäckigen bäuerlichen Widerstandes trotz hemmungsloser Profitmaximierung und Privatisierung des Bodens noch immer nicht ganz von diesem Planeten verschwunden ist. Seit sechs, sieben Jahren erlebt Allmende, als Urban Gardening modernisiert, nun auch in Deutschland ein ungeahntes Comeback. Gemeint sind kollektives Gärtnern und Umgestaltungen des öffentlichen Raumes, die spätestens mit der Bepflanzung des Londoner Parliament Square am 1. Mai 2000 weltweit in die Schlagzeilen gerieten und inzwischen viele neue Fans gefunden haben. Man kann das Wesentliche daran kurz und treffend so ausdrücken: „Leute kommen vorbei, die ich nicht kenne, schauen sich um, freuen sich, manchmal fragen sie ‚was ist das hier?‘ ‚Ein Garten‘, sage ich. ‚Schön‘, sagen sie dann!“ So Christophe Kotanyi über den Berliner „Allmende-Kontor“-Garten, in dem sich türkisch- und deutschstämmige ProletInnen treffen. Der „Allmende-Kontor“ ist einer der „Sprechenden Gärten“ von Teresa Beck und René Reichelt, die sie in ihrer so benannten sehenswerten Dokumentation auf YouTube vorstellen. Nichts weniger als die industrielle Lebensweise in Großstädten wird in Frage gestellt: Auf ehemals einfachen Rasenflächen oder gar Betonplätzen entstehen Gärten, meist von offenen Gruppen angelegt. Wie notwendig solch ein bewusstes und selbstorganisiertes „Zurück zur Natur“ ist, zeigt die Wirklichkeit des bereits vorhandenen „Natur- und Naherholungsraumes“.

Denn an sonnigen Tagen strömen Hunderttausende aus den Metropolen wie Wahnsinnige ins Grüne, branden an den Ufern von nahen Seen oder Flüssen. An der zu lauten Hektik und Gier dieser Massenaufmärsche, an denen in Büsche geworfene Verpackun-

gen, zu Scherben zerbrochenen Wein- und Bierflaschen, an den in der Nacht zuvor zurückgelassenen Heroinspritzen und den auf Spielwiesen verteilten Hundekot lässt sich etwas Beunruhigendes ablesen: Obwohl sie es ja eigentlich wollen, gelingt es den meisten hier überhaupt nicht, Natur zu erleben, sich als Teil von ihr mit ihr zu verbinden, denn sonst würden sie nicht so gleichgültig auf ihrer Mutter herumtrampeln. Dennoch wird bei ihnen während dieses seelenlosen Freizeitkonsums ein unruhiges Rumoren im Unbewusstsein bleiben, Sehnsucht, diese Wiese hier, samt Ente und Schmetterling, müsste doch eigentlich der Ort sein, wo wir uns selber finden und fallen lassen können.

Aber die meisten der beispielsweise am Frankfurter Mainufer zusammengedrängten Sonnenhungrigen erleben den Fluss ähnlich wie die Liebespaare, die tatsächlich Schlange stehen, um sich im Fünfminutentakt vor der romantischen „In“-Strandkulisse am Mittelmeerbadeort ablichten zu lassen. Oder auch wie Menschen, die Freundschaft und Leidenschaft vor allem aus dem Vorabendserien kennen: Eigenes, individuelles Erleben bleibt erstickt und wird durch Selbst- und Fremdmannipulation ersetzt.

Ich glaube, wer das Wesen von Pflanzen und Tieren nicht mehr wahrnehmen und spüren kann, bei dem oder der ist bereits ganz viel Seele verschüttet. In „Wege aus einer kranken Gesellschaft“, beschrieb der Psychologe Erich Fromm bereits 1955 wie Kapitalismus Formen von seelischer und geistiger Erkrankung zum einen zur Voraussetzung hat, sie zum anderen immer wieder neu erzeugt. Die Nichtachtung und Zerstörung der Natur ist neben der Entstehung von Herrschaftsverhältnissen wesentlicher Grund für den elenden Zustand von Erde, Mensch und Tier. Die linear auf den Abgrund zurasende Autogesellschaft muss abgelöst und stattdessen zyklisches, erdverbundenes Leben in die Städte zurück-

geholt werden! Denn Flucht, beispielsweise in Landkommunen, ist kaum möglich: Heute leben selbst im agrarisch geprägten Irland die meisten Menschen im Großraum Dublin, bei sieben Milliarden Menschen steigt die Bedeutung der Metropolen täglich.

Einen riesigen Schritt zum Positiven haben all jene gemacht, die sich beim Urban Gardening engagieren und für die dabei nicht der Profit an erster Stelle steht, was es, gemäß der kapitalistischen Logik „Alles muss vermarktet werden!“, natürlich auch schon gibt.

Während früher proletarische Schrebergärten zur Selbstversorgung dienten, da der Lohn kaum zum Leben reichte, – was heute allerdings auch wieder zunimmt –, entstehen die neuen Gärten vor aller Augen und werden von Kollektiven angelegt. Den GärtnerInnen geht es um mehr als Privatinteresse, so legitim dieses auch sein mag, wie beispielsweise bei den Schrebergärten. Es geht ums Allgemeinwohl. Warum sonst zum Beispiel Obstbäume pflanzen, die erst in vielen Jahren Früchte tragen? Soziales Lernen im kollektiven Prozess und ökologische Aspekte wie Bio- und Kompostanbau stehen im Mittelpunkt. Auch interkulturell ist dies interessant, wenn, wie Brigitte Kanacher-Ataya für den Berliner „Wuhlegarten“ schildert, aserbaidjanische Familien Senkbeete anlegen und der ukrainische Nachbar Riesenknoblauch zieht. Dass fast alle Gärten auf ein Entgegenkommen der Verwaltung angewiesen sind und an diesem Punkt vielleicht auch Kompromisse eingehen müssen, liegt auf der Hand, ändert aber nichts an der wesentlichen Veränderung von Stadt und Mensch, die sie bewirken.

Die Bewegung weitet sich aus. Beispielsweise wird seit drei Jahren auch im Mannheimer Neckargarten am Neuen Messplatz in gegenseitiger Hilfe gearbeitet. Jede und jeder bekommt ein eigenes Beet, darf dort Blumen oder Gemüse anbauen. Die Nachbarschaft



Kleiner Gartengnom

wurde von Anfang an eingebunden und mitten im Stadtteil entsteht so eine offene gärtnerische Gemeinschaft. Einige Flüchtlinge beteiligen sich und durchbrechen so ihre Isolation, Obdachlose, die sich für ein oder zwei Nächte niederlassen, arbeiten freiwillig mit.

Gute GärtnerInnen sprechen mit ihren Pflanzen, denn jede von ihnen wächst nur unter ganz bestimmten Bedingungen und wer sich mit diesen Wunder beschäftigt, ist schon mittendrin im Kreislauf der Natur. Die Guerilla Gardener machen es sich gar zum Ziel, dort zu pflanzen, wo dies nicht vorgesehen ist, etwa auf den Straßenstreifen. So durchbrechen sie die sterilen und lebensfeindlichen Normen der Warengesellschaft. „Wir leben von Gemüse, Obst und von der Schönheit. Warum sind nicht überall Bäume für alle da? Wer keinen Garten hat, muss sich einen nehmen!“, so Guerilla Gardener Petrus Akkordeon. Es ist eine gute Idee, den Beton aufzubrechen, denn mit gemeinschaftlichen Gärtnern können wir uns bereits heute ein gutes Stück Utopie in den Alltag zaubern.

Oliver Steinke

# Immer auf der Suche nach dem Weg

Berührend thematisiert Refpolk in seinem Album „Klippe“ die Krise der deutschen Bewegungslinken

Mit Ticktickboom, einem Zusammenschluss linker Rap-Artists, entstand vor gut drei Jahren ein bis in den Mainstream hineinstrahlender Leuchtturm linker Subkultur. Das von den hier aktiven Künstlerinnen und Künstlern vorgelebte Selbstbewusstsein entfaltet eine große Anziehungskraft und beförderte vor allem in jugendlichen Zusammenhängen eine starke Identifikation mit einem linken Szenehabitus – was nicht in geringstem negativ zu verstehen ist. Alternativen zum Jubelbetrieb auf die Gesellschaft, als welcher 99% der Kulturindustrie fungieren, können gar nicht genug wertgeschätzt werden. Dass es lohnend und notwendig ist, in das Rapgenre zu intervenieren, dürfte angesichts seiner schier Fülle offensichtlich sein. Analysen zum klassen- und geschlechtsspezifischen Musikkonsum zeigen hier noch mal ganz eigene Handlungsoptionen und -Bedarfe auf.

Nach solchen Gesichtspunkten hat vor allem die Berliner Rapperin Sookee ihr künstlerisches und politisches Handeln aufgebaut: Sie thematisiert, was im Rap als Tabu gilt, kritisiert reaktionäre Tendenzen in der Rapkultur und kämpft für eine emanzipatorische Veränderung des Raps insgesamt. Ihr Ticktickboom-Kollege Refpolk, ebenfalls aus Berlin, fokussiert hingegen eher direkt Themen politischer Bewegungen, ohne aus ihnen Fragen an die Rapszene zu entwickeln: Gentrifizierung, Polizeigewalt bei Demonstrationen, Flucht und Asyl, Verarmung und Repression im Zuge der „Eurokrise“ sowie rechte Gewalt. Refpolk geht es also nicht in erster Linie darum, einen Diskurs innerhalb der Rapkultur anzustoßen oder über seine Texte eine Verhaltensänderung in der linken Szene herbeizuführen. Vielmehr spricht er in seinen Songs als politischer Akti-

vist und politisch denkendes Individuum direkt und ungefiltert, zwar oft in Metaphern, Ironie und lyrischer Sprache, aber selten abstrakt und eigentlich nie metatheoretisch.

## „Weiterhin kein like auf die Welt“

Folgerichtig sind gesellschaftliche Randständigkeit und die Marginalität der eigenen politischen Positionen zentrale Themen für Refpolk – auf seinem aktuellen Album „Klippe“ noch stärker als bisher. Hier wird in einem absurden, grellen Theater die Selbstinszenierung von politischem und künstlerischem Ego in der Maschinerie „sozialer“ Medien beschrieben – selten wurden im deutschsprachigen Rap Doubletimes als Stilmittel so kohärent eingesetzt, um Hektik und Irritation bildlich werden zu lassen, wie es Refpolk im Prolog zum Album „Klippe“, der „Zeckenrap-Ansage“, gelingt. Der affirmative Charakter der Facebook-Kultur, die von ausschließlicher Rezeption lebt, in der sich das gesamte soziale und kulturelle Leben nur noch als ZuschauerIn und KommentatorIn, als Teilhabe zweiter Ordnung erleben lässt, steht den DIY-Gedanken sowohl in der Rapkultur als auch in linken Subkulturen entgegen, was diese jedoch nicht vor der Sogwirkung der Kommunikationsindustrie schützen konnte. Diesen Widerspruch bringt Refpolk textlich und musikalisch innovativ und gekonnt zum Ausdruck.

Ein energiegeladener Track wie „Atemnot“, gemeinsam mit der in Berlin lebenden französisch-kongolesischen Künstlerin Carmel Zoom, dürfte auf Konzerten eine ganz spezielle Dialektik entfalten, wenn jugendliche Zeckenrap-Fans in euphorischer Stimmung zu den treibenden Beats ihre Partykultur zelebrieren. Im Text, der in solchen Situationen

zwangsläufig in den Hintergrund gerät, wird jedoch gerade die verdrängende Wirkung von Hedonismus und die Identifikation von Partyerlebnissen als Lebensinhalt problematisiert. Dabei ist der Textausschnitt aus der Hook „sind gerettet, wenn der Laden tobt“ sicherlich nicht bloße Ironie, sondern durchaus auch als Lebensgefühl einer gestressten und von Zukunftssorgen geplagten Generation ernst gemeint. Loslassen und Kompensation für die tagtägliche Selbstdomestizierung sind wichtige Aspekte jeder rebellischen Subkultur und gehören natürlich auch zur Rapmusik von Refpolk – aber bieten eben keinen wirklichen Ausbruch, können nicht wirklich über die Partykultur hinausweisen. Es ist diese eben nicht abstrakte, nicht zu verkopfte Dialektik, die textliche Fähigkeit, widersprüchliche Emotionen und Gedanken verständlich und erlebbar in einem auszudrücken, die die Texte Refpolks ausmacht.

## „So lange Du es weißt, sind wir zusammen“

Auch mit der griechischen Rapkünstlerin Daisy Chain hat Refpolk für „Klippe“ wieder zusammengearbeitet. Relativ viel Beachtung fand das gemeinsame Projekt von Refpolk, Daisy Chain und dem Rapper Kronstadt aus Barcelona „The Future Is Still Unwritten“ im Jahr 2013. In drei verschiedenen Sprachen wurden Ursachen und Wirkungen der sogenannten „Euro-Krise“ aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und – wie der Titel schon suggeriert – über die Katastrophen des Bestehenden hinaus auch eine Chance auf Veränderung beschrieben. Dieses Projekt besteht weiterhin und ging 2014 auf Tour durch Spanien, Griechenland und Deutschland.



Zeckenrap mit Ansage: Refpolk

Im Titeltrack für „Klippe“ erschaffen Daisy Chain und Refpolk jedoch anstatt kämpferischem Aufbruch eine Stimmung voll Melancholie, Schwermut, aufkommender Verzweiflung – und Funken der Hoffnung. Die Unmöglichkeit, für die gescheiterte Befreiung aus den gesellschaftlichen Zwängen ausreichende Kompensation in zwischenmenschlichen Beziehungen zu finden, ist das Thema dieses deutsch-griechischen Rapduetts. Frust und Entfremdung entstehen angesichts der Erinnerung an gemeinsame Hoffnungen. Das Einzige, was zusammenschweißt, ist die sich in diesen Erinnerungen, im beschädigten Traum ausdrückende gemeinsame gesellschaftliche Marginalität. Damit schließt der Titeltrack „Klippe“ jedoch nicht zynisch, sondern eher trotzig-kämpferisch; es lässt sich sogar ein romantischer Hoffnungsschimmer heraushören.

Marcus Munzlinger

Anzeige

**GAIDÃO**  
HER MIT DEN SCHÖNEN LEBEN!

Die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist:innen bietet einen Querschnitt aus anarchistischer Theorie und Praxis.

Lokal, Überregional, International.

Alle Ausgaben, sowie Informationen zum gedruckten Abo findet ihr online unter:  
[www.fda-ifa.org/gaidao](http://www.fda-ifa.org/gaidao)

# Maya Deren: An einem einsamen Ort

Essay von Jude Rawlins

Als ich 2004 erstmals darauf angesprochen wurde, ob ich nicht die Soundtracks für die Werke der experimentellen Filmmacherin Maya Deren machen wolle, war ich skeptisch. Nicht wegen der Aufgabe – ich war ein großer Fan von Deren, meine lautstarke Bewunderung für sie war der eigentliche Grund für dieses Angebot. Ich war skeptisch, weil sich meine Wege schon einige Male mit denen der Filmgemeinde gekreuzt hatten. Aber das ist eine andere Geschichte, in der ein „Dankeschön“ an Derek Jarman und ein „fuck you“ an die BBC vorkommt. Was mich trotz meiner Bedenken und meines Misstrauens dem Filmgeschäft gegenüber dazu veranlasste „Ja“ zu dem Deren-Projekt zu sagen, war Maya Deren selbst. Obwohl sie elf Jahre bevor ich geboren wurde, starb, war ihr künstlerisches Feingefühl, jenes der Initiatorin, der Autorenfilmmacherin, etwas, das ich nur zu gut verstand. In „Der Mythos des Sisyphos“ vergleicht Albert Camus große Kunst mit Selbstmord, mit dem existentiellen Argument, dass beide „in der Stille des Herzens“ entstehen würden. Es ist kein Zufall, dass der letzte Song, den Ian Curtis, der Sänger von Joy Division, schrieb, „In A Lonely Place“ heißt. Obwohl es nahezu unmöglich erscheint, einen Film in verhältnismäßiger Einsamkeit zu erschaffen, ist dies sicherlich nicht der Fall beim Formulieren von Ideen, was, als Autorentin, Derens oberste Priorität war.

Maya Deren ist einzigartig und unerreicht als Mutter des Avantgarde-Films. Nahezu. Die einzig andere Bewerberin für diesen Titel ist Leni Riefenstahl, aber für mich hat Riefenstahl diesen Anspruch verwirkt. Nicht nur weil sie ein Nazi war, sondern auch weil Not die Mutter der Erfindung ist und Riefenstahl im Gegenzug zu ihrem Pakt mit dem Teufel die Ressourcen eines ganzen Landes auf einem silbernen Tablett serviert bekam. Das Argument, dass ihre Filme technisch innovativ und von hohem Wert seien, ist ebenso fehlerhaft wie offensichtlich. Mit diesen Ressourcen hätte wohl jede auch nur halbwegs annehmbare Künstlerin ein visuelles Fest kreieren können. Die Argumente für Riefenstahl entkräften sich von selbst. Nur weil sie vielschichtig war, gibt ihr das weder Recht, noch wird ihr Werk dadurch interessanter. Es bleibt bestenfalls geschmacklos, und selbst wenn wir uns so weit entmenslichen könnten, um Kunst und Politik zu trennen, wäre ihr Werk dann mehr als ein nur interessantes Artefakt? So sehen die Errungenschaften des Imperialismus aus, sie machen Geschichte, aber bringen keine Kultur hervor.

Deren dagegen arbeitete nahezu alleine, mit einem minimalen Budget, nur auf ihre Kamera und ihre Vorstellungskraft vertrauend. Außer ihrer eigenen Kreativität hatte

sie keinen Plan und ihre einzige Belohnung war das vollendete Werk. Und trotzdem können wir ihren Einfluss überall entdecken, nicht nur in der Avantgarde, sondern auch tief in der Pop-Kultur. Von Andrej Tarkowski über Andy Warhol bis hin zu Jimi Hendrix – Deren ist überall dabei. Obwohl Jonas Mekas ebenfalls ein großer Filmmacher dieser Ära ist, kann das von ihm nicht behauptet werden. Auch von Stan Brakhage nicht. Zumindest werde ich das nicht tun. Ich habe ihn 1996 getroffen und betrachte ihn eher als Handwerker denn als Künstler.

Maya Deren war gefühlsmäßig staatenlos. In der Ukraine geboren, floh ihre Familie nach Amerika, um der Verfolgung zu entkommen und fand dort eine andere Art der Not: die ökonomische. Das war ein Druck, dem Deren niemals entkommen konnte. Sie sah Geld als notwendiges Übel, oder als halbwegs dauerhaften Störfaktor, ein Hindernis, ein potenziell katastrophale Last. Sie kämpfte darum, Geld für ihre Kunst zusammenzubekommen und aß aus diesem Grunde nur so viel, wie sie unbedingt zum Leben brauchte, um noch mehr Kunst machen zu können. Sie hatte Null Interesse an narrativen Formen oder der Grammatik des Films. Deren wollte nur ihre eigene Phantasie abbilden, gestalten und für sich selbst auf die Leinwand bringen. Wie alle großen Künstler war sie ihr eigenes Zielpublikum, was sie über alle Kritik erhaben machte. An Geschlechterrollen war sie gleichermaßen desinteressiert, es kümmerte sie nicht, ob sie Mann oder Frau war. In ihrem Leben probierte sie Beziehungen, Ehen und Geschlechterrollen wie andere Menschen Kleidung. Nichts davon schien ihr zu passen, aber lange Zeit dachte sie, dass mensch irgendetwas davon zu tragen hätte. Ihre Entdeckung und spätere Besessenheit von haitianischen Voodoo-Ritualen änderte das letztendlich und befreite Deren von den Zwängen des westlichen Materialismus. Sie gewann ihre mentale und emotionale Freiheit, auf Kosten ihrer künstlerischen Arbeit, ihrer Freundschaften und schlussendlich auch ihres Lebens. Nach ihren Erfahrungen in Haiti passte das Leben in New York nach ihrer Rückkehr nicht mehr zu ihr.

Maya Deren machte niemals einen finanziell erfolgreichen Film, bekam niemals Kritikerlob oder den Respekt ihrer KollegInnen. Ja, sie zog sich sogar den Zorn ihrer ZeitgenossInnen wie Anais Nin zu, teils weil sie ihr Geld gaben, das sie nicht zurückzahlen konnte, teils weil sie sie wortlos – und anscheinend erfolglos – herausforderte, ihr eigenes Werk kritisch zu betrachten und zu ihren eigenen Worten zu stehen. Sie starb jung und schlecht ernährt. Und trotzdem ist ihr Werk, zumindest in künstlerischer Hinsicht, ein Triumph. Und das war wichtig für sie und das sollte wichtig für uns sein. Jeder



Maya Deren: At Land - ein Film von 1944

ihre Filme ist heute noch genauso überraschend und schön, wie er war, als Maya Deren sie in den 1940ern und 1950ern drehte. „Meshes Of The Afternoon“ ist zweifellos das größte Meisterwerk des Avantgarde-Kinos. „At Land“ hat einen deutlichen Einfluss auf viele ausgeübt, von Stanley Dones bis hin zu Jean Baptiste Mondino, und „Ritual In Truncated Time“ ist das beste Beispiel in Sachen filmischer Bewegung. Mit keinerlei Budget, billigem Filmmaterial, begrenzter Zeit und einfachen Drehorten, spielt Deren dennoch besser mit dem Licht als Orson Welles, bewegt ihr Darsteller anmutiger als Cocteau und drückt Schönheit besser aus als jedes klassische MGM-Musical. Sie verweigert sich jeder kinematographischen Konvention und trotzdem scheint gerade dies die Kraft des Filmes verstärkt zu haben. Ihr Genie bestand in ihrem angeborenen Verständnis des unausgesprochenen Vertrags, welches das Publikum mit dem Künstler hat; es will geführt, geliebt werden, eher Sinnlichkeit als Sensationen begegnen; das Publikum vermischt seine eigenen Vorstellungen mit denen des Künstlers und das Ergebnis ist ein Tanz im Kopf. Ein Maya-Deren-Film ist Musik für die Augen.

Maya Deren ist so einmalig, dass es nahezu unmöglich ist, über ihr Werk mit jemandem zu sprechen, der oder die nichts von ihr gesehen hat. Beim Schreiben eines Essays über sie ist das natürlich ein Problem, aber es ist gleichzeitig auch das größte Kompliment, das man einem/r KünstlerIn machen kann. Es ist möglich, dass sie von „Un Chien Andalou“ und „Blood Of A Poet“ beeinflusst wurde. Möglicherweise. Aber Derens größte Inspirationsquelle ist ihr innerer Dialog, ihr Konflikt mit sich selbst. Sicher-

heit und Selbstbewusstsein haben keinen Platz in ihrer Welt, ihre Welt ist ein zufälliger und gefährlicher Ort, mit angedeuteter Gewalt und unerbittlicher Körperlichkeit, die gleichzeitig die homoerotische Komponente in uns anspricht, wie auch die mehrdeutige Sexualität der Handlung im Film bezeugt. Mensch könnte argumentieren, dass Derens Interesse am Surrealen lediglich ein Werkzeug war, um Mehrdeutigkeit in all seinen Formen auszudrücken; für sie hat das Unbekannte viel Kraft. Wenn das Mädchen in „At Land“ die Schachfigur stiehlt und wegrennt, stört sie nicht nur das Spiel, sondern beendet das ganze visuelle Essay mit einem unerklärlichen Akt der Missachtung und des Trotzes, der mehr an Flucht als an Verspieltheit denken lässt. Man weiß, dass sie nie zurückkommen wird und dass sie den König bei der ersten Gelegenheit soweit ins Meer werfen wird, wie sie nur kann. Deren muss uns das nicht zeigen, wir brauchen keine Darstellung, weil wir die Missachtung schon gespürt haben - sie war da in der Bewegung, im Ausdruck und in der ganzen Darstellung. Auf diese Art und Weise bringt Deren die Geschichte zum Abschluss ohne sie erzählen zu müssen.

Es gibt viel zu lesen über Maya Deren, sei es in ihren eigenen Worten oder in denen von anderen, Tatsachen und Meinungen, Theorien und Zeugnisse. Aber nichts davon ist so wichtig oder relevant wie sich ihre Filme anzuschauen, was an einem einzigen Nachmittag möglich ist, weil sie so wenige machte. Ich garantiere persönlich dafür, dass es ein sinnvoll genutzter Nachmittag sein wird.

Jude Rawlins (Lene Lovich Band/  
Subterreans)

KULTURGUERILLA



## Martina Kudláček: Im Spiegel der Maya Deren

Maya Derens Leben ist ihr Werk ist ihr Leben. Die beste Möglichkeit, mehr über die Avantgardefilmerin zu erfahren ist und bleibt es, sich ihre Filme anzusehen. Martina Kudláček's filmisches Porträt von 2002 ist freilich eine ausgezeichnete Ergänzung, illustriert sie doch die faszinierende Lebensgeschichte der Pionierin und unbittlichen Aktivistin des Avantgardefilms mit essayistischen Bildern der Orte von Derens Wirken und in Gesprächen mit ZeitgenossInnen in den USA und in Haiti, wie zum Beispiel Alexander Hamid, Katherine Dunham, Andre Pierre, Stan Brakhage, Amos Vogel, Jonas Mekas, der erst kürzlich verstorbenen Judith Malina und vielen anderen. Mit „Aimless Walk“ hatte die österreichische Filmmacherin bereits 1996 ein filmisches Porträt über den während des Zweiten Weltkriegs aus Prag emigrierten und seit dieser Zeit in New York lebenden Fotografen und Filmmacher Alexander Hamid (ursprünglich: Alexander Hackenschmied), den zweiten Ehemann von Maya Deren, gedreht. Leider lief „In The Mirror Of Maya Deren/Im Spiegel der Maya Deren“ nur kurz im Kino, auf DVD ist er derzeit nur als Import von Zeitgeist Video erhältlich.

Emma Malsca

# Gustav Landauer

Erfolg der Initiative für einen neuen Gedenkstein

„Es hat in Deutschland in der Zeit seiner größten Gottesferne einen Mann gegeben, der wie kein anderer Mensch dieses Landes zur Umkehr aufrief. Um einer kommenden Menschheit willen, die seine Seele schaute und begehrte, stritt er gegen die Unmenschlichkeit, in der er leben musste.“

Mit diesen Sätzen beginnt Martin Buber in der Düsseldorfer Halbmonatsschrift „Masken“ im Jahre 1919 seinen Aufsatz „Landauer und die Revolution“ für seinen langjährigen Freund Gustav Landauer (1870 Karlsruhe – 1919 München-Stadelheim), dessen Werke er letztwillig herausgab.

Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg und dem Beginn der Novemberrevolution hatte Kurt Eisner den Schriftsteller und Übersetzer Gustav Landauer in einem Brief vom 14.

November 1918 zur Teilnahme an der Revolution in Bayern eingeladen: „Was ich von Ihnen möchte, ist, dass Sie durch rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mitarbeiten.“ Landauer folgte diesem Aufruf und wurde in der Räteregierung am 7. April 1919 Beauftragter für Volksaufklärung. Nach der Niederschlagung der Räteregierung durch Reichswehr und Freikorpsverbände wurde Gustav Landauer am 1. Mai 1919 verhaftet und am nächsten Tag im Zuchthaus Stadelheim mit großer Brutalität ermordet.

Landauers Asche wurde zunächst in der Urnenhalle des Schwabinger Friedhofs beigesetzt, dann wurde die Urne auf den Waldfriedhof überführt. Mitglieder der Freien Arbeiter-Union, aber auch prominente Persönlichkeiten, führten auf Anregung von Landauers Tochter Charlotte eine Geldsammlung durch

und setzten Landauer 1925 einen Obelisk als Grabdenkmal.

1933 beschloss das Münchener Stadtparlament die Zerstörung der Grabdenkmäler „marxistischer Revolutionäre“. Auch das Landauer-Denkmal wurde dabei zerstört, der Obelisk zerschlagen und die Asche exhumiert. Seine sterblichen Überreste sandte man an die Jüdische Gemeinde München und stellte darüber auch noch eine Rechnung aus.

Am 2. Mai 2019 jährt sich der Jahrestag von Landauers Ermordung zum 100. Mal. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte das Münchener Stadtparlament das in der Nazizeit begangene Unrecht in so weit korrigieren, dass wieder ein Gedenkstein für Gustav Landauer auf dem Waldfriedhof errichtet wird.

Hierzu müsste im Jahr 2015 ein Beschluss gefasst werden, damit die Planungen mit einem Bildhauer-Wettbewerb beginnen können. Eine anteilige Summe könnte auch durch Spendenaufrufe erbracht werden. Wir fordern die Mitglieder des Münchener Stadtparlaments auf, einen dahingehenden Beschluss zu fassen.

Mit diesem Aufruf forderte die Initiative um Dr. Siegbert Wolf (Frankfurt/Main), des Herausgebers der „Ausgewählten Schriften“ Gustav Landauers und Peter Kühn (Flemingen), des Vorstandsmitglied der Martin Buber-Gesellschaft die Wiedererrichtung des Gedenksteins für Gustav Landauer auf dem Münchner Waldfriedhof. Die Initiative fand viele UnterstützerInnen und zeigte Erfolg: Am 24. April 2015 hat sich Ältestenrat des Münchener Stadtrats unter Vorsitz von Oberbürgermeister Dieter Reiter einstimmig für eine Wiederrichtung der 1933 von den Nationalsozialisten zerstörten Gedenkstele für den libertären Kulturphilosophen, Schriftsteller und Aktivist Gustav Landauer ausgesprochen.

Emma Malsca

**WAS WILL DIE FAU-IAA?**

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freier Grundlagede zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

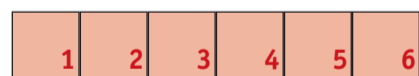
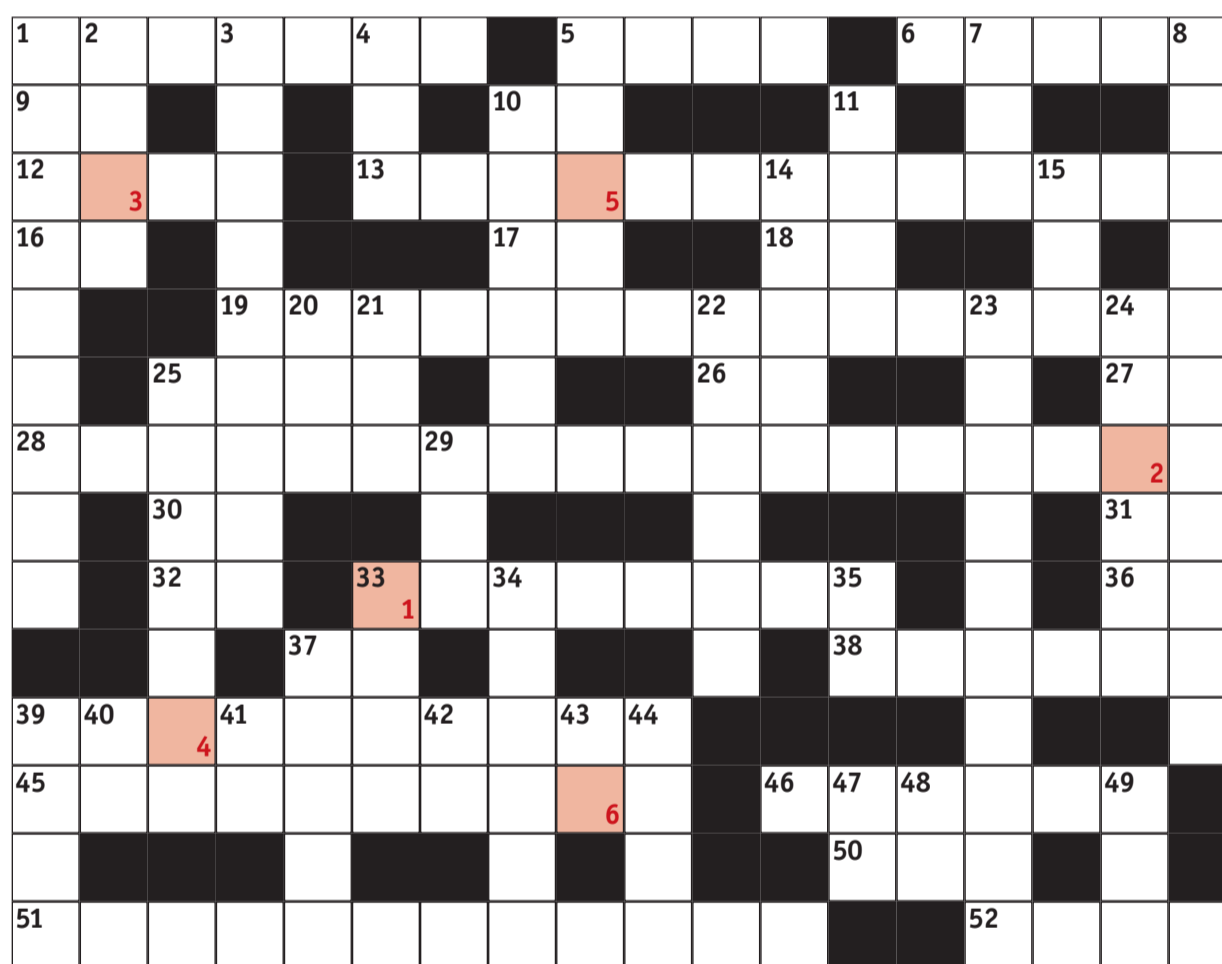
Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

# Technik als sozialer Prozess

Des letzten Rätsels Lösung: Smart Factory



## Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 95



**Hinweis zum Rätsel:** Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

**Waagrecht**

- 1. Pseudonym, unter dem Michail Bakunin 1842 den Artikel „Die Reaction in Deutschland“ schrieb (mit dem Schlusssatz „Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust!“), Vorname: Jules
- 5. billiges oder kostenloses, oft veganes Essen in linken Szenenlokalen
- 6. „Ohne ~ kein Kampf“ 9. absolut knülle, fertig 10. Länderkürzel für Rumänien
- 12. Ausdruck des Erstaunens: Ich glaub, mich küsst ein ~ 13. anarch. Zeitschrift in Deutschland, 1917-1921 von Ret Marut herausgegeben 16. weiblicher Artikel im Französischen, z.B. die Revolution = ~ révolution 17. Kfz-Kennzeichen für Gelsenkirchen 18. Ausruf, mit dem man Schmerzen ausdrückt 19. Lehrgang für einen Beruf 25. öffentliches Verkehrsmittel <ugs.> 26. Ausruf der Ungläubigkeit, Ungeduld oder Erleichterung
- 27. Umschreibung für „ä“, wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 28. was man bei vielen Gewerkschaften in Deutschland noch

- vermisst 30. häufige Abkürzung in Rezepten 31. ein Akzent in der musikalischen Notation („verstärkt“) <ital. Abk.> 32. chemische Formel für das Cyanid-Ion 33. geldlich <lat.> 36. Kfz-Kennzeichen für Kulmbach 37. rechtslastige deutsche Wochenzeitung <Abk.> 38. seit 1990 jährliches Heavy-Metal-Festival (inzwischen ziemlich kommerzialisiert): ~ Open Air 39. Bedrängnis, Verlegenheit <franz.> 45. einen bisher vertretenen Standpunkt aufgeben, die Meinung ändern <ugs., abwertend> 46. kleine Schleuder (bspw. bei heftigen Arbeitskämpfen in den 2000er Jahren von spanischen Werftarbeitern häufig eingesetzt) 50. Herausgeber symbolistischer anarch. Literatur in Frankreich der 1890er Jahre, Autor von „Leben, ohne zu warten“, Xo d'~ 51. Geschoss einer Feuerwaffe, das an einem Gegenstand abprallt 52. Werbeslogan der Handelskette Saturn im Zeichen des Konsumwahns und aggressiver Marktpolitik: ~ ist geil

**Senkrecht**

- 1. von VerbraucherschützerInnen durchgesetzte Auflistung der hygienischen Missstände in der Berliner Gastronomie <ugs.> 2. Film von Tom Tykwer, in dem die weibliche Hauptfigur in 20 Minuten 100.000 DM beschaffen muss, um ihrem Freund das Leben zu retten: ~ rennt 3. viel daher reden, töricht reden 4. militante kommunistische Gruppe, die seit Ende 2009 v.a. in Berlin mit Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen staatliche RepräsentantInnen aktiv ist <Abk.> 5. wer nächstens neue Welten erschließt, möchte nicht unbedingt um fünf aus den Federn: Der frühe ~ kann mich mal 7. Vorfahr 8. Leider gilt das alte Clausewitz-Zitat immer noch: „Der Krieg ist eine bloße ~ der Politik mit anderen Mittel“ 10. Regierungsform, Herrschaftssystem 11. Täuschung, Schwindel: Lug und ~ 14. Landschaft zwischen Donau, Theiß und den Südkarpaten 15. Alles ~ macht der Mai 20. weltweit größter Veranstalter von Messen und Eigentümer von Messegeländen, Sitz in Paris <franz. Abk.> 21. deutsche Punkrockband („Schnauze voll“; „Kein Sex vor der Rente“) 22. von der UNO 1980 gegründetes Institut für Abrüstungsforschung <engl. Abk.> 23. flächendeckende Vernichtung von Arbeitsplätzen, Absenkung von Sozialleistungen usw. <Bild aus der Forstwirtschaft> 24. raffigieriger Mensch, Neureiche <Berlinerisch> 25. Klo 29. Tschüss, Servus <engl.> 33. Ausdruck des Ekels, Abscheus 34. Berechnung, ausgeklügelter Plan 35. Kfz-Kennzeichen für Rottweil 37. Irrationalität als Prinzip: der US-Leitaktienindex Dow-~ 39. der Siemens-Konzern stieß 2005 seine Handysparte an dieses Unternehmen aus Taiwan ab, das im Folgejahr die Insolvenz erklärte und den Betrieb stilllegte: Tausende Arbeitsplätze in München und Kamp-Lintfort gingen verloren 40. was haben Aprikosen und Sumo-Ringer gemeinsam? 41. Länderkürzel für Dänemark 42. Zuggattung der Deutschen Bahn 43. Wortendung zur Bildung der Verkleinerungsform in einigen Mundarten 44. das Energieeinsparungsgesetz (vollständig: Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden) <Abk.> 47. märkisch und berlinisch für „Nicht wahr?“, „Stimmt es?“ 48. römisch 9 49. weiblicher Vorname

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main).

Gewinner#229: Christian H. aus Meiningen

**Auflösung # 94**

KADI RÄUBERTOCHTER  
 O I A O M M O A A O  
 JUVENIUS MAGHREB T  
 E I D H P O E O R E R Z  
 D E K A R R E W A I L F  
 Q U E R U L A N T G U E R I L L A  
 N T I N G S T S A D E H  
 Ö D A U E R W U R S T S N  
 K L E I N O E A B S K K E  
 O B L E F R U H C H E N  
 L E I K E F H Y  
 I N G W E R E M P F Ä N G I S  
 N O C O O P E U E C  
 X E N O P H O B I E L Y R I S C H

anarcho-syndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion  
 Abonnementverwaltung  
 Mühlgasse 13  
 60486 Frankfurt/Main

ISSN 0949-1872

**Redaktionsanschriften:**  
 Bug: da-bug@fau.org  
 Globales: da-globales@fau.org  
 Hintergrund: da-hintergrund@fau.org  
 Kultur: da-kultur@fau.org  
 Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org  
 Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org  
 Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

**Verleger:**  
 Direkte Aktion e.V.,  
 c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

**ViSDP:** Patrick Lohner

**Druck:** Union Druck Berlin

**Redaktionsschluss DA 231:**  
 21. August 2015

**Eigentumsvorbehalt:** Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.